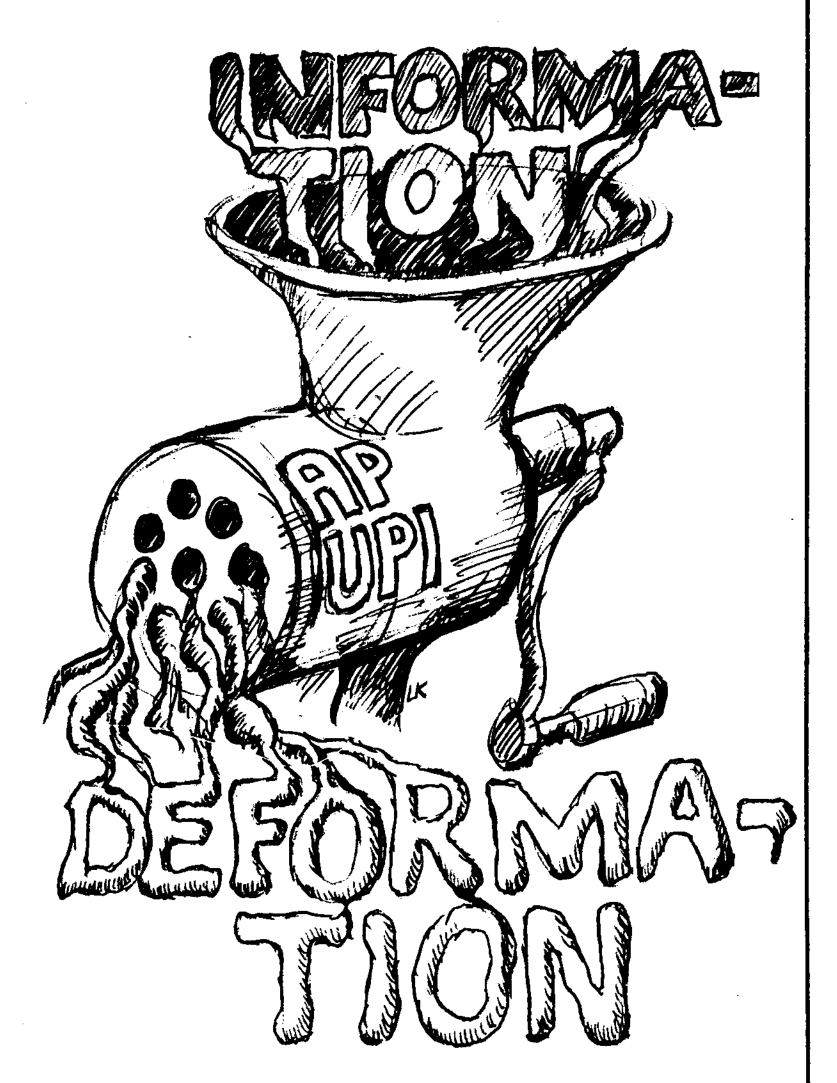
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Information als Deformation

Über die Vorherrschaft der westlichen Nachrichtenagenturen

Nr. 82 Dezember 1979 DM 2.50

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus),
D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761/74003.
Bürozeiten: Mo—Fr, 10—12 und 15—18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Raili Salmela, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755;
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047;
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Postvertriebsstück versandten Teil dieser Auflage liegt bei: der Bücherzettel des SOAK-Verlages, Winter 1979/80

Satz: Composer-satz-Service,
Im Erlenbusch 10, 5300 Bonn 1, Tel.: 02221 / 28 26 19

Druck: SOAK Hannover, Telefon: 0511 / 1 76 18

Folgende Bücher sind in der Redaktion eingetroffen:

Ernesto Cardenal, Die Stunde Null, Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal 1979

Afrika. Texte, Dokumente, Bilder.
Hg. von den Berliner Festspielen Horizonte.
Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 1979

Indianische Hoffnungen – Vielleicht sind wir doch Brüder, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1979

National Survey on the Incidence of Bonded Labour, Hg. von Gandhi Peace Foundation, National Labour Institute, New Delhi

Cepal-Review, Hg. von den Vereinigten Nationen, August 1979

Entwicklungspolitik im Umbruch, Hg. von Deutsche Welthungerhilfe, Reihe Problem Nr. 8

Hella Gerth-Wellmann, Das AKP/EG-Abkommen von Lomé, Bilanz und Perspektiven.
Weltforum-Verlag, München 1979

Karl W. Menck und Siegfried Greif, Technologietransfer in Entwicklungsländer. Rahmenbedingungen, Mechanismen, Probleme.
Weltforum-Verlag, München 1979

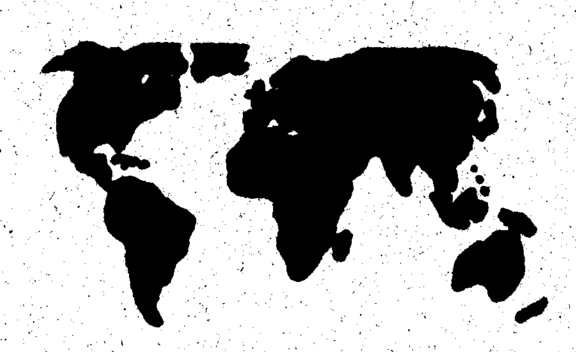
Alles wird teurer, leider auch die „blätter"

Das letzte Mal haben wir die Preise für die „blätter des iz3w" Ende 1975 festgesetzt. 4 Jahre lang ist es uns also gelungen, die Zeitschrift gleichbleibend billig anzubieten. Jetzt kommen wir leider nicht mehr daran vorbei, die Preise zu erhöhen: Ab 1980 wird das Studentenabo nicht mehr 20, sondern 25 DM kosten, das Normalabo 35 und das Einzelheft 4 DM.

Der wichtigste Grund dafür ist das enorme Anwachsen der Herstellungs- und Versandkosten, die uns entstehen: Seit 1975 ist das Drucken um mindestens 40% teurer geworden, das Porto hat sich noch mehr erhöht. Ein Teil dieser Kostensteigerungen konnte in den vergangenen Jahren dadurch ausgeglichen werden, daß auch die Auflage kontinuierlich steigt, was die Herstellungskosten pro Heft etwas senkt. Aber gerade die Auflagensteigerung zwingt uns heute auch, die Preise heraufzusetzen:
Die mit dem Vertrieb der „blätter" verbundenen Büroarbeiten (Karteikarten anlegen und einsortieren, Zahlungseingänge verbuchen, Adressierplatten prägen, Adressänderungen aufnehmen, Mahnungen verschicken, Bilanzen für die Steuer erstellen, usw.) sind nämlich so umfangreich und kompliziert geworden, daß sie durch unbezahlte Tätigkeit ehrenamtlicher Mitarbeiter nicht mehr zu schaffen sind. Wir müssen jetzt schon 5 hauptamtliche Leute beschäftigen, die von der Büroarbeit im iz3w leben. (Honorare für Artikel bezahlen wir nach wie vor nicht). Das liegt teilweise auch daran, daß immer mehr von uns mit ihrem Studium fertig werden und mit dem Beruf beginnen, was nur noch wenig Zeit für die Arbeit in der Aktion Dritte Welt läßt. Jedenfalls haben wir bisher zu wenig berücksichtigt, daß in zunehmendem Maße Lohnkosten anfallen, und drohen deshalb in die roten Zahlen zu geraten.

Langfristig soll die Preiserhöhung auch zu unserer politischen Unabhängigkeit beitragen: Ein Teil unserer Einnahmen (etwa 30000,- DM im Jahr) besteht immer noch aus Zuwendungen der Kirchen, einer Stiftung für Friedensforschung usw., die unserer Arbeit wohlwollend gegenüberstehen. Gerade wenn dieses Wohlwollen eines Tages schwinden sollte, was bei den in der BRD überall bemerkbaren konservativen Tendenzen nicht ausgeschlossen ist, möchten wir — und hoffentlich auch unsere Leser — , daß diese Zeitschrift als kritisches Organ weiterbesteht und wir uns von niemandem die Inhalte vorschreiben lassen müssen.

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



olivien

licher Widerstand zwingt Putschisten
fgabe

enau zwei Wochen dauernder Amtszeit
schpräsident ging Alberto Natusch
n die Knie. In dieser Zeit hat er eine
demagogischer Sprüche vom Stapel ge-
lle verfassungsmäßigen Rechte außer
setzt und 207 Bolivianer in blutigen
ämpen ermorden lassen.

ges Verdienst: Er hinterläßt die siche-
heit, daß die selbstbewußte Aktion
erkschaften und Studenten über die
he Stärke der Putschisten siegen kann,
einheitlich und konsequent ist.

ovember 1979 wurde vom Kongreß
rau Lidia Gueiler zum Staatsober-
nnt.

ignisse waren dem Putsch
agen?

im Parlament

Wahlen vom 1. Juli 1979 waren
demokratische UDP (UDP: Union
ica Popular, Präsidentschaftskan-
Siles Suazo) mit rund 34 % und
servative AMNR (Alianza del
Nacionalista Revolucionario mit
or Paz Estenssoro) mit 32% der
orgegangen.

re Verschiebung des Kräftever-
ngungsten der UDP sorgte das
Wahlrecht; denn in Bolivien ist
leich Stimme: Pro 1 200 Ein-
fland - Bundeslandes Pando
og ein Abgeordneter in den
La Paz mußte ein Abgeordne-
en vorweisen, um ins Parla-
zu können.

h die Hochburg der UDP, das
n Wählerreservoir der rechts-
rteien ist, wurde die UDP bei
im Kongreß benachteiligt
des iz3w, Nr.80)

ten des Wahlbetrugs und die-
g verweigerte die UDP einer
z Estenssoros die Berechti-
er — nach bolivianischem
bsolute Mehrheit haben

Die Einigung auf Walter Guevara Arce wurde ein Kompromiß, mit dem keiner zufrieden war. Als mehrfacher Außenminister und Innenminister, als UN - Botschafter und Parteigründer vertrat er von 1952 bis 1970 die Interessen der bolivianischen Bourgeoisie und war stets auf Pro - USA - Linie.
Aufgrund seiner Gegnerschaft gegen den Ausverkauf bolivianischen Erdgases an Brasilien durch Banzer wurde er 1974 ins Exil gedrängt. Aufgrunddessen hatte seither die reaktionäre Anhängerschaft Banzers keine rechte Freude mehr an ihm. Folgerichtig entzogen ihm sowohl die UDP als auch die AMNR ihre Unterstützung, er mußte sich sein Kabinett aus einigen persönlichen Vertrauten zusammenbasteln. Beide Koalitionen richteten den Blick auf die neuerlichen für Mai 1980 angesagten Wahlen und verzichteten auf die Verantwortung für die bis dahin zu fällenden politischen Entscheidungen.

Guevara Arce regierte 83 Tage. 83 Tage des Tauziehens und der wortreichen parlamentarischen Untätigkeit. Dabei standen in den Monaten August bis Okober 79 schwerwiegende ökonomische und politische Fragen auf der Tagesordnung:

2. Der drohende Staatsbankrott:

— das Zahlungsbilanzdefizit für 1979 wird nach offiziellen Schätzungen 350 Mio. US -Dollar betragen
— die Belastungen durch den Schuldendienst machen für 1979 ein Drittel des gesamten Exporterlöses Boliviens aus
— das Haushaltsbudget für die Regierung in La Paz weist ein Defizit von 600 Mio. US - Dollar auf
— die beiden größten Staatsunternehmen COMIBOL (Corporacion Minera de Bolivia — Abbau von Zinn und anderen Mineralien) und YPFB (yacimentos petroliferos fiscates de Bolivia — Förderung von Öl und Erdgas) stehen aufgrund von Korruption, veralteten Abbaumethoden und zu niedrigen Weltmarktpreisen ebenfalls vor dem Bankrott
— der Anstieg der Lebenshaltungskosten betrug in den ersten 8 Monaten des Jahres mehr als 20 %

All diese Daten verdeutlichen, wie dringend die Ursachen für die Probleme analysiert werden müssen. Sie entstanden und multiplizierten sich in der Ära Banzer, als eine kleine Kaste hemmungslos in die eigene Tasche wirtschaften konnte.

Die Leidtragenden sind wie immer die Minenarbeiter und ihre Familien, zum Teil die Industriearbeiter und die kleinen Staatsangestellten, auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird.

Eine ernste Bedrohung, die nach Reaktionen verlangte, ging zusätzlich von den USA aus:

3. USA werfen Zinnreserven auf den Weltmarkt

Mitte Oktober hatte der US - amerikanische Kongreß beschlossen, seine 35 000 Tonnen umfassenden strategischen Zinnreserven für frei verfügbar zu erklären. Dagegen hatten die Zinnförderländer, allen voran Bolivien, die UNO, die OAS, der Andenpakt und die bolivianischen Bischöfe aufs Schärfste protestiert. Der Bergbauministzer Oscar Bonifaz befürchtet einen derartigen Sturz des Weltmarktpreises für Zinn, der Bolivien täglich 220 000 Dollar kosten könnte (vgl.: Die Neue vom 24.10.79).

Obwohl die Aufgabe der Zinnreserven der USA langfristig einen Anstieg der Preise ermöglicht und damit erstmalig das zentrale Druckmittel der USA gegenüber Bolivien verschwände, sieht Bonifaz in dieser Maßnahme „einen schweren Schlag für ein Land, das ins demokratische Leben eintritt". Mit ihrer Entscheidung hätten die USA gegen das fünfte internationale Zinnabkommen des Internationalen Zinnrates verstoßen, welches vorschreibt, daß kein Mitgliedsland seine Reserven ohne Absprache mit dem Zinnrat veräußern darf.

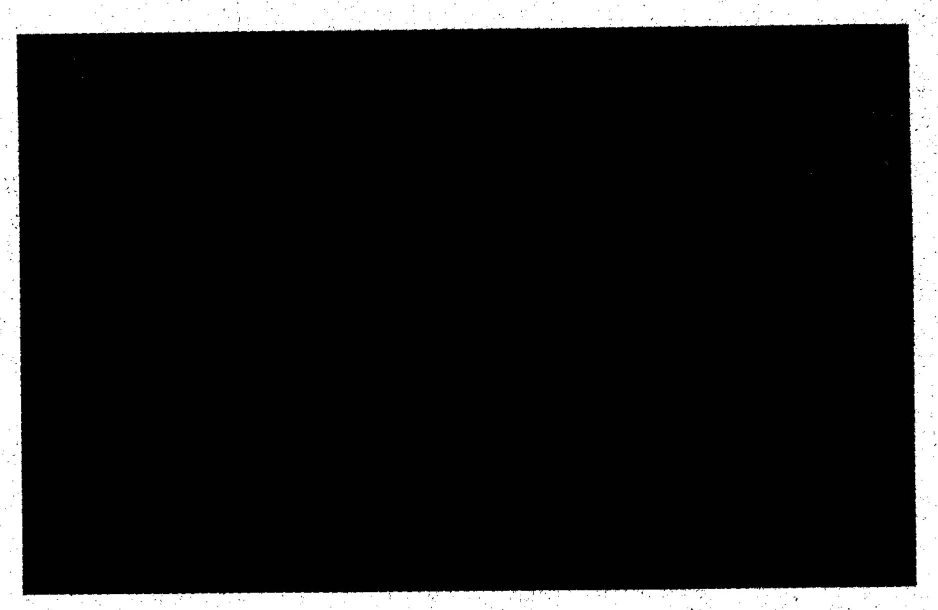
4. Der Versuch, das Regime Banzer für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Am 30.8.79 leitete der Kongreß ein drittes Strafverfahren gegen General Banzer ein. Folter und Morde in vielen einzelnen Fällen, Menschenrechtsverletzungen, Verrat am Vaterland und Wirtschaftsverbrechen während seiner siebenjährigen Amtszeit werden ihm vorgeworfen.

Von diesen Vorwürfen betroffen zu werden mußten vor allem auch die engeren Mitarbeiter Banzers befürchten, allen voran Oberst Natusch Busch, der all die Jahre sein engster Vertrauter und Landwirtschaftsminister war.

Chronik des Putsches und der Regierung Natusch

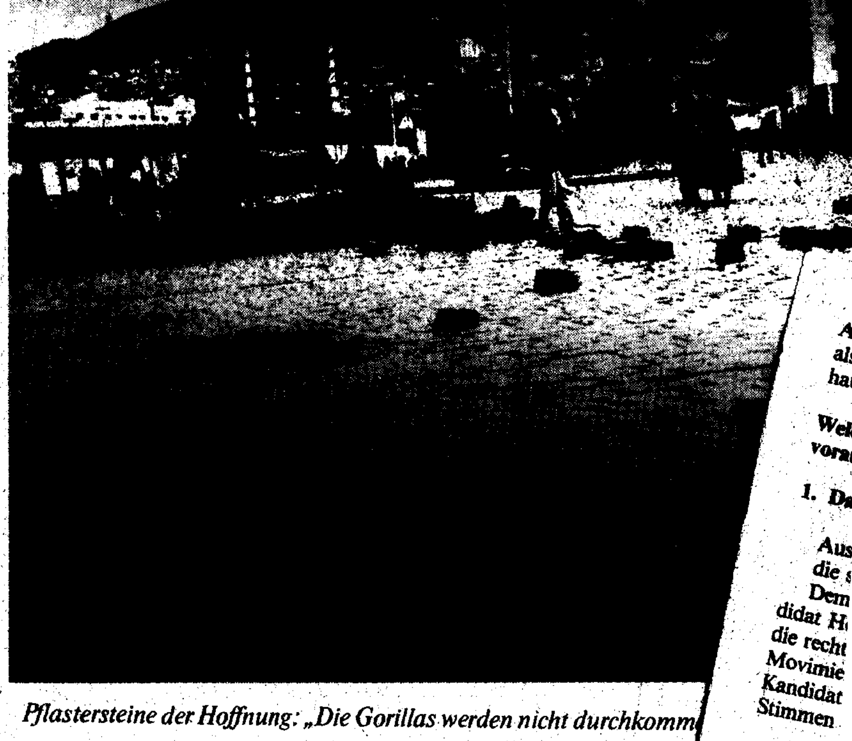
Mit der Begründung, die nationale Sicherheit schützen und Bolivien vor der Anarchie bewahren zu müssen besetzten Truppen in der Nacht



Zivilisten gegen Militär: Triumph der Panzer

zum 1. November 1979 den Regierungspalast und die Radiosender. Über diese wurde eine beispiellose Demagogie verbreitet, ständig unterbrochen von Militärmusik deutscher Herkunft und angeblichen Unterstützungskomuniques verschiedener Verbände und Instiutionen. Natusch erklärte, die Menschenrechte und Pressefreiheit achten zu wollen und erließ gleichzeitig Haftbefehle und die totale Pressezensur. Er versprach die Verfassung zu achten und reagierte auf den Widerstand der Bevölkerung mit der Ausrufung des Belagerungszustandes, d.h. er setzte alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft. Seine Absicht, mit dem Kongreß zusammenzuarbeiten, drückte sich in der Auflösung des Kongresses aus.

— die COB (Central Obrera Boliviana — Gewerkschaftsdachorganisation) rief den Generalstreik aus, der vier Tage lang von allen Teilen der Bevölkerung, einschließlich Busfahrern und Staatsangestellten befolgt wurde.
— Guevara Arce arrangierte sich nicht, sondern rief aus dem Untergrund zum Widerstand auf
— trotz der totalen Nachrichten- und Telefonsperre dringen Nachrichten z.B. über die Menschenrechtsorganisation („Asamblea permanente de los derechos humanos") nach draußen und Proteste machen die internationale Isolation der Putschisten offenbar
— die USA suspendieren ihr Hilfsprogramm in Höhe von 56 Mio. Dollar
— am Sonnabend, dem 3.11. erzwingen die Gewerkschaften die Wiedereröffnung des gestürzten Kongresses. Obwohl offenbar wird, daß Teile des Kongresses den Putschisten schon vorher zugearbeitet hatten (Mitglieder der ADN — Alianca Democratica Nacionalista — Banzers und der AMNR Paz's), stellt sich die Mehrheit hinter Guevara Arce, der in einem dramtischen Auftritt vor dem Kongreß erklärt, er werde nicht zurücktreten.
— in heftigen Straßenkämpfen im Stadtzentrum von La Paz und in einigen Arbeitervierteln geben 207 Menschen ihr Leben. Sie gehen mit Pflastersteinen gegen Panzer, mit Stöcken gegen Maschinengewehre vor.
— die Kirche — ein einflußreicher Faktor in Bolivien — verurteilt den Putsch. Ihre Vermittlungsversuche scheitern.



Pflastersteine der Hoffnung: „Die Gorillas werden nicht durchkomm

— in der Nacht zum Freitag, dem 16. November 79, wird eine Erklärung von 250 Offizieren verbreitet, die militärische Gegenmaßnahmen androht: Sie seien, so die Offiziere, nicht länger bereit, den Geschehnissen tatenlos zuzusehen: „Man kann nicht weiter mit dem Schmerz des Volkes spielen und uns dem Bürgerkrieg entgegentreiben!" (zit. nach FR vom 17.11.79)
— in einer machtvollen Demonstration gedachten die Studenten der Opfer des Putsches am 15.Nov.79
— nach unbestätigten Meldunggen entzog selbst die traditionell putschistenfreundliche Luftwaffe Natusch die Unterstützung.

Anstelle von Guevara Arce wurde Lidia Gueiler zur neuen Präsidentin gewählt. Obwohl sie vor ihrem Amtsantritt verkündet hatte: „Die Zeit der Staatsstreiche ist vorbei", mußte sie sich bereits dem Druck eines neuen Putschisten beugen. Sie hat die Ernennungen an der Spitze des obersten Militär aufgrund der Aktionen des rebellierenden Generals Luis Garcia Meza rückgängig gemacht.

„Die seit Freitag durch die Rebellion des Ober kommandierenden der Armee ausgebrochene schwere Regierungskrise scheint damit beendet zu sein. General Garcia Meza war von Oberst Alberto Natusch Busch, der sich am 1. November nach einem Putsch zum Staatsoberhaupt ernannt hatte und nach 16 Tagen an d zivilen Opposition des Landes gescheitert wa zum Heereskommandeur berufen worden. A Donnerstag trat jedoch das gesamte von Natusch eingesetzte Oberkommando zurück. D aufhin hatte Frau Gueiler neue Kommandue für die Teilstreitkräfte ernannt, die nun auf Druck Mezas, der sich in den Miraflores - I sernen im Zentrum von La Paz verschanzt te, ausgewechselt wurden." (taz vom 27.11

Ausblick

An den tatsächlichen ökonomischen Krise punkten hat das ganze Spektakel natürlich nichts geändert. W se im Kongreß bl stischen Importb schneidenden M men; inwieweit e Abhängigkeit v logieimport übe seine Probleme

Gegen Inflati und Korrupti schwendung bürgerlichen des Staatsob auch die Lö ge vor dem sich als Sch Verlängeru Jahr und S ten.

Südkorea

Park - Diktatur auch ohne Park?

Der südkoreanische Diktator Park Chung Hi ist tot, von seinem eigenen Geheimdienst - Chef erschossen. Aber damit ist das von Park bisher geführte System noch nicht tot. Denn obwohl Park Chung Hi in diesem System von Ausbeutung und Unterdrückung eine wichtige und geschickte Rolle spielte, war es nicht das Produkt etwa seiner persönlichen Machtgier. Vielmehr war der Abbau aller demokratischen Rechte seit 1965, verstärkt seit 1970, die Einführung der diktatorischen Yushin- (= „Erneuerungs-") Verfassung 1972, die Verhaftung, Folterung und Verurteilung immer größerer Zahlen von Oppositionellen in den letzten Jahren eine direkte Konsequenz jener Wirtschaftspolitik, für die das Park - Regime außerhalb Koreas soviel Lob erhielt. Denn das „Entwicklungsmodell" Südkorea — an seinen eigenen Zielen gemessen sehr erfolgreich — basierte ausschließlich auf dem Export solcher Produkte, bei denen die extrem niedrigen Löhne Südkoreas besonders stark ins Gewicht fallen: Textil- und Lederwaren, Sperrholz, Elektrogeräte, Elektronikteile, später auch Schiffe und Billigstahl. Der Erfolg dieser Exportpolitik und deshalb das Interesse in- und ausländischer Kapitalanleger an der südkoreanischen Wirtschaft, hing also vom niedrigen Lohnniveau in Südkorea ab. Aber die Arbeiter und Arbeiterinnen Südkoreas ließen sich nicht jahrelang auf „spätere" Früchte des „Wirtschaftswunders" vertrösten. Sprunghafte Inflation, monatelanger Rückstand der Löhne, Familieneinkommen unter dem Existenzminimum bei gleichzeitig provozierendem Luxusleben der Oberschicht, ließen die Unruhe in der Arbeiterschaft und die Kritik unter Studenten, Professoren, Journalisten und Kirchenleuten immer stärker werden. So mußte auch die Unterdrückung zunehmen. Die Diktatur war Bedingung des Wirtschaftsbooms.

Mit zunehmender Verschärfung der weltweiten und natürlich erst recht der südkoreanischen Rezession nahm der Widerstand in der Arbeiterschaft und bei den Intellektuellen zu. Folgende Ereignisse führten zur Zuspitzung der Krise, die in Parks Ermordung ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Im Mai diese Jahres unternahmen 160 entlassene Textilarbeiterinnen einen mehrtägigen Sitzstreik im Hauptquartier der (noch geduldeten) Oppositionspartei. Überraschenderweise unterstützte die Führung dieser Neuen Demokratischen Partei die Forderungen der Arbeiterinnen. Dennoch wurden diese von der Polizei abgeführt, wobei ein Mädchen getötet wurde. In der Folge attackierte der Parteivorsitzende Kim Young - Sam die Regierung Park immer heftiger. Daraufhin ließ Park ihm den Pa rteivorsitz gerichtlich absprechen. Als Kim auch aus dem Parlament ausgeschlossen wurde, legten sämtliche Oppositionsabgeordneten ihr Mandat nieder. Dies war der Auslöser für ungewöhnlich heftige Massendemonstrationen in der Hafenstadt Pusan, der Heimat Kim Young - Sams, die auf die Industriestädte Masan und Taegu übergriffen. Erstmals griffen Studenten und Arbeiter gemeinsam Polizeistationen an. Park verhängte das Kriegsrecht über die Städte im Süden. Aber damit war die Krise nicht gebannt. Bemerkenswerterweise soll der Streit um einen noch härteren oder einen nachgiebigeren Kurs jene Schießerei ausgelöst haben, bei der Park getötet wurde. Insofern wurde der Diktator Park selbst Opfer der Krise des Systems, dem er bisher vorstand.

Bisher (15.11.79) sieht es so aus, als ob die Nachfolger Parks mittels Kriegsrecht im ganzen Lande die Entstabilisierung des Systems nach Parks Tod bewältigten. Vielleicht versuchen sie es auch mit liberalisierenden Zugeständnissen. Aber die eigentlichen Ursachen der Krise sind geblieben. Sie kann jederzeit wieder aufbrechen und ist nur mit einer grundlegenden Änderung der Politik in Südkorea zu lösen.

Gerhard Breidenstein

Transkei

Oppositinsführer der Transkei steht vor Gericht

Vor drei Monaten sperrten Polizei- und Militäreinheiten die Zufahrtsstraßen nach Bumbane in der Nähe der Hauptstadt der Transkei, Umtata, ab. Dann umstellten sie das Haus des obersten Häuptlings der Tembu, einem Stamm, der zu den Xhosas gehört, und verhafteten Sabata Dalindyebo. Während der Verhaftung demonstrierten Tausende der Anhänger des Häuptlings vor seinem Palast und forderten seine Freilassung. Nur dem Appell des traditionellen Herrschers, Ruhe zu bewahren, ist es zu verdanken, daß es nicht schon damals zu einem Volksaufstand kam. Selbst unter den höchsten Staatsbeamten hat Sabata Anhänger: Der Polizeichef der Transkei, Kommandeur Eliot Cwele, hatte sich geweigert, den Verhaftungsbefehl für Sabata zu unterschreiben und wurde deshalb in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Elf Tage lang wurde Sabata festgehalten, ohne daß er seinen Anwalt sehen durfte. Dann ließ man ihn gegen eine Kaution von 1000 Rand (knapp 3000 Mark) frei — unter der Bedingung, daß er sich täglich bei der Polizei meldet und daß er an keinerlei Treffen oder Versammlungen teilnimmt. Seit Ende September steht er im entlegenen Hafenstädchen Port St. Johns vor Gericht. Der Prozeß findet unter Ausschluß der Öffentlichekti statt.

Sabata Dalindyebo, von vielen „König der Xhosas" genannt, ist ein Häuptling, der hohes Ansehen unter der Bevölkerung — und nicht nur bei den Tembu — genießt. Denn im Gegensatz zu Häuptling Kaiser Mantanzima, dem Präsidenten der Transkei von Pretorias Gnaden, hat er nie mit dem weißen Regime in Südafrika kollaboriert. Er und seine „Demokratische Fortschrittspartei" kämpfen seit mehr als 20 Jahren gegen die „Bantustan - Politik" der südafrikanischen Regierung. Mit dieser Politik des „Teile und Herrsche" werden Südafrikas etwa 20 Millionen Schwarze nach und nach in die sogenannten „Heimatländer" abgedrängt und ihrer südafrikanischen Staatsbürgerschaft beraubt. Die Transkei war das erste dieser „Bantustams", das im Oktober 1976 „unabhängig" wurde. Häuptling Mantanzima, dem zusammen mit seinem Bruder George, dem Justizminister, fast alle Hotels und Schnapsläden der Transkei gehören, wurde zum Präsidenten gemacht. Die Transkei ist ein „Armenhaus" mit nur 47500 Arbeitsplätzen. Sie ist ein ländliches Ghetto für Frauen, Kinder und Alte. Männer und Frauen im erwerbstätigen Alter sind gezwungen, ihren Lebensunterhalt als billige Arbeitskräfte im „weißen" Südafrika zu verdienen. Der „Hauptexport" der Transkei sind denn auch die 257000 Wanderarbeiter, die zum großen Teil in den südafrikanischen Bergwerken arbeiten.

Um die Unzufriedenheit der „Transkeianer" im Zaum zu halten, wurde mit Hilfe der südafrikanischen Armee und Geheimpolizei ein Terrorregime aufgebaut, das an Brutalität dem in Südafrika in nichts nachsteht. Die südafrikanische Gesetzgebung zur Unterdrückung jeglicher Opposition wurde übernommen. Nur die Namen der Gesetze wurden geändert. Heute kann in der Transkei jeder mißliebige Bürger — ähnlich wie in Südafrika — auf unbegrenzte Zeit in Haft genommen werden. Treffen von mehr als zehn Personen sind nur mit polizeilicher Genehmigung erlaubt. Politische Beobachter beschreiben die Empörung der Bevölkerung als „kurz vor der Expolsion". Es wundert nicht, daß sich Mantanzima gerade jetzt seines gefährlichsten politischen Rivalen zu entledigen sucht.

Häuptling Sabata ist angeklagt, „die Würde des Präsidentenamtes" zu unterminieren, was ihm 1000 Rand Strafe oder zwei Jahre Gefängnis einbringen kann. Er ist außerdem angeklagt, „die Unabhängigkeit der Transkei zu sabotieren". Das ist — nach den Gesetzen der Transkei — „Hochverrat" und kann mit der Todesstrafe geahndet werden. Bisher ist so gut wie nichts vom Verlauf des Prozesses bekannt geworden. Bekannt wurde jedoch, daß sich die „unabhängige" Transkei für den Prozeß Hilfe aus dem „Apartheid - Staat" geholt hat — den südafrikanischen Chefankläger Dr. Percy Yutar. Dr. Yutar hat einschlägige Erfahrung. Er war berüchtigter Ankläger in zahlreichen politischen Prozessen in Südafrika — unter anderem auch im „Revonia - Prozess" von 1964, bei dem die gesamte Führung der Befreiungsbewegung „Afrikanischer Nationalkongreß" (ADC) zu langjährigen Gefängisstrafen verurteilt wurde. Der prominenteste von ihnen, der Führer des ANC, Nelson Mandela, der eine lebenslange Gefängnisstrafe auf der Häftlingsinsel Robben Island verbüßt, ist der Cousin von Häuptling Sabata.

Kenia

Parlamentswahlen in Kenia: Demokratie in Afkika?

Am 8.11.79 fanden in Kenia Parlamentswahlen statt: zum drittenmal seitdem das Land 1963 unabhängig wurde, zum erstenmal seit dem Tod Kenyattas, des „Vaters der Nation", vor einem Jahr.

Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 70% verliefen die Wahlen in einer ruhigen Atmosphäre. Obwohl Kenia faktisch — wenn auch nicht der Verfassung nach — ein Einparteienstaat ist, war die Wahl mehr als nur die automatische Bestätigung einer von oben vorgelegten Einheitsliste, denn um die insgesamt 158 Parlamentssitze bewarben sich über 700 Kandidaten, die in den einzelnen Wahlkreisen einen oft recht erbitterten Wahlkampf gegeneinander führten. Diese Konkurrenz schlug sich dann auch im Wahlergebnis nieder: zu den Verlierern der Wahl gehörte mehr als die Hälfte der bisherigen Abgeordneten, darunter sieben Kabinettsminister und zehn stellvertretende Minister, die durch ihre Niederlage nicht nur ihre Mandate, sondern auch ihre Regierungsämter einbüßten.

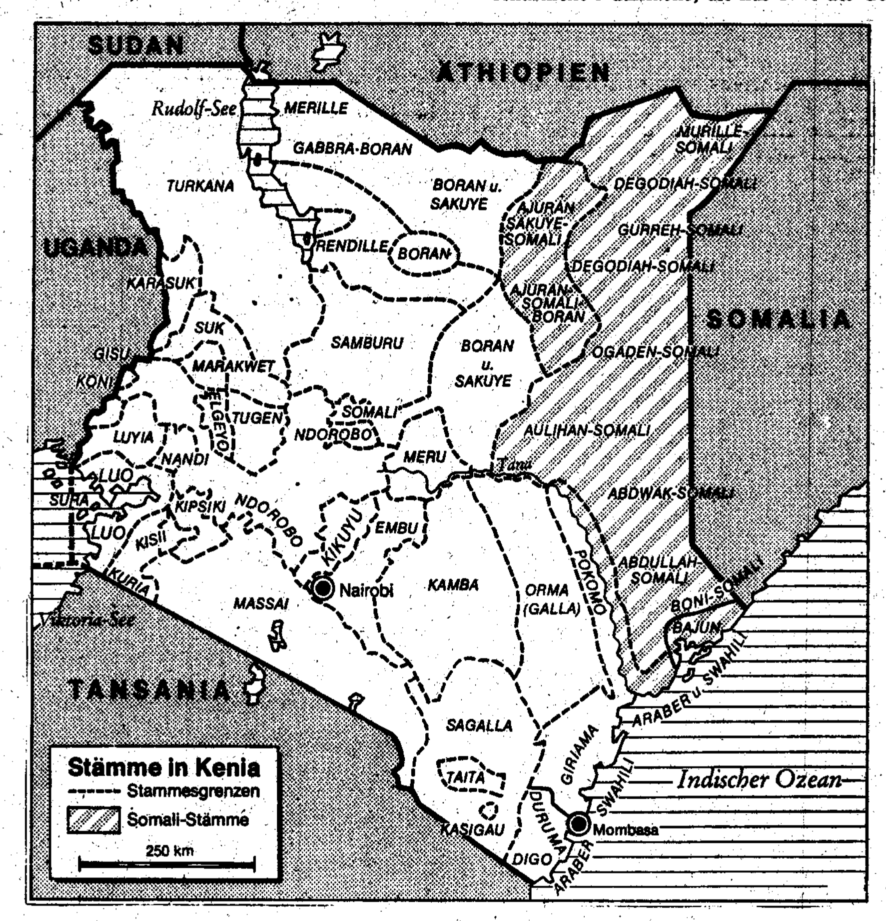
Wiedergewählt wurde hingegen Daniel Arap Moi, der unter Kenyatta Vizepräsident und seit dessen Tod verfassungsmäßiger Übergangspräsident gewesen war. Sein Anspruch auf die Präsidentschaft über diese Übergangsphase hinaus war innerhalb der politischen Elite allerdings nicht auf einhellige Zustimmung gestossen, denn trotz seines formal hohen Amtes als Vizepräsident war Moi nie Teil jener Clique um Kenyatta gewesen, die in den letzten Jahren mehr und mehr zum eigentlichen Machtzentrum des Landes geworden war. Zudem gehört Moi nicht, wie Kenyatta und diese Machtclique, zu den Kikuyu, der politisch und ökonomisch bedeutendsten Volksgruppe Kenias, sondern nur zu der kleinen und relativ unbedeutenden Gruppe der Tugen.

Seine Wiederwahl und vor allem die ohne Zwischenfälle abgelaufenen Wahlen sind für Moi daher wichtige Pluspunkte in seinem Kampf um die Nachfolge Kenyattas. Beides scheint ihn so gestärkt zu haben, daß seine Stellung als erster Präsident nach Kenyatta, dem „großen alten Mann" inzwischen als gesichert gilt.

Dieser reibungslose Übergang scheint endgültig auch alle jene widerlegt zu haben, die für die Zeit „nach" Kenyatta politische und tribale Wirren größten Ausmaßes, ja sogar den Zusammenbruch des ganzen Systems prophezeit hatten. (Stern vom 7.9.78)

Kenia — also nicht nur auf dem ökonomischen, sondern auch auf dem politischen Gebiet der Musterknabe Afrikas, ein Hort der Stabilität, in dem das politische Leben auch „weiterhin in für afrikanische Verhältnisse eher beispielhaft geordneten verfassungsmäßigen Rahmen verläuft"? (NZZ 13.11.78)

Ist Kenia gar ein Beispiel dafür, daß die soviel beschworene „freie Marktwirtschaft" nicht nur zu Wohlstand, sondern letztlich auch zur Demokratie führt? Beides, Wohlstand wie Demokratie, verlieren in Kenia bei näherem Hinsehen allerdings einiges von ihrem Glanz.



Wachstum ohne Verteilung

Es läßt sich in der Tat nicht bestreiten, daß Kenia in den ersten zwölf Jahren seit seiner Unabhängigkeit wirtschaftliche Erfolge vorweisen konnte, die neben denen der Elfenbeiküste zu den beeindruckendsten auf dem ganzen Kontinent zu gehören scheinen: ein jährliches Wachstum von nahezu 6%, eine ständige Steigerung der lukrativen Kaffee- und Teexporte, der Aufbau einer Leichtindustrie, ein bedeutender Anteil am weltweiten Ferntourismus und nicht zuletzt der Ausbau Nairobis zu einem Kongreß- und Finanzplatz ersten Ranges, mit, abgesehen, von Nigeria, der einzigen Börse in ganz Schwarzafrika.

Aber hinter der glitzernden Hochhausfassade Nairobis tut sich schon bald eine andere Wirklichkeit auf, die Kehrseite dieses „Wirtschaftswunders" — und das nicht nur im übertragenen Sinne. Denn hat man erst einmal die City von Nairobi verlassen und kommt in die Außenbezirke, so stößt man auf sich endlos hinziehende Elendsviertel, bevölkert von einer rapide wachsenden Zahl von Arbeitslosen oder nur gelegentlich Beschäftigten, Menschen, die jeden Tag aufs neue versuchen müssen, sich außerhalb des „offiziellen" Wirtschaftssektors der Banken und Büros irgendwie durchzuschlagen.

Auf etwa 40% der insgesamt eine Million zählenden Gesamtbevölkerung Nairobis schätzt man diese im wahrsten Sinne des Wortes ‚Marginalen', und ihre Zahl wird jeden Tag größer. Denn einen nahezu ununterbrochenen Zustrom erhalten sie vom Land her, wo der bebaubare Boden immer knapper wird und wo jetzt schon etwa 50% der Kleinbauern, die nicht zu den relativ wohlhabenden 300 000 Kaffee- und Teebauern gehören, selbst nach offiziellen Angaben unterhalb der Armutsgrenze leben. Eine halbe Million ist sogar gänzlich ohne Land und muß versuchen, als schlecht bezahlte Landarbeiter unterzukommen, wenn sie nicht gleich in die Stadt abwandern. Zu dem kommt noch eine jährliche Inflationsrate hinzu, die 10% auf dem Land und 14% in der Stadt beträgt.

Nun sind sicher nicht alle diese Probleme dem Regime anzulasten. Einige sind vielmehr typisch für die Situation der meisten sogenannten Entwicklungsländer: jährlich schwankende Rohstoffpreise und die Unwägbarkeiten des Tourismusgeschäfts, die eine langfristige Wirtschaftsplanung fast unmöglich machen; die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und von Technologien, die wegen ihrer Kapitalintensität nur wenig Arbeitsplätze schaffen; schließlich auch die Folgen der „Ölkrise" von 1973/74 mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Außenhandelsbilanz. Hinzu kommen noch Probleme, die spezifisch für Kenia sind: fast keine Bodenschätze und eine landwirtschaftliche Nutzfläche, die nur 17% der Gesamtfläche beträgt und die, kombiniert mit einem Bevölkerungswachstum von jährlich fast 4% — das höchste auf der Welt — einen ungeheuren Bevölkerungsdruck ergibt.

Trotz dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten muß die heutige mißliche ökonomische Lage aber in erster Linie als eine Folge des fünfzehn Jahre andauernden Kenyatta - Regimes (1963 — 78) angesehen werden, dessen Wirtschaftspolitik man am treffendsten wohl mit der Formel „Wachstum ohne Verteilung" umschreiben kann. Damit ist eine Politik gemeint, deren oberstes Ziel ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis ist, auch um den Preis kraßer sozialer Ungleichheiten. Diese sollen dann irgendwann später einmal, wenn der „Wirtschaftskuchen" groß genug sein wird, durch eine „ge-

rechte" Sozialpolitik abgebaut werden.

In der Praxis bedeutet das aber ein System, das die Starken auf Kosten der Schwachen bevorzugt, das denen gibt, die schon haben, während diejenigen, die nichts haben, noch weiter zurückfallen. Regionale, aus der Kolonialzeit überkommene Disparitäten werden durch eine einseitige, an den Interessen des ausländischen Kapitals ausgerichtete Investitionspolitik festgeschrieben, der ländliche Bereich, in dem fast 90% der Bevölkerung leben, wird gegenüber dem städtischen eindeutig benachteiligt. Das Ergebnis ist eine Einkommensverteilung, bei der der Anteil der unteren 40% der Bevölkerung am Nationaleinkommen knapp 10% ausmacht.

Kurz gesagt: ein „ungehemmter Frühkapitalismus" (FR 28.10.79), eine „Oase für Weiße auf einem turbulenten Kontinent" (SZ 9.8.76).

Es kristallisierte sich im Laufe der Zeit eine kleine afrikanische Elite heraus, die, meist durch Ämter in Politik und Verwaltung mit dem nötigen Startkapital versehen und durch großzügige staatliche Förderungsprogramme unterstützt, sich als Juniorpartner des ausländischen Kapitals immer mehr im Handel, der exportorientierten Landwirtschaft und der Kleinindustrie etablieren konnte.

Diese neue ökonomische Elite ist mit der Bürokratie und der politischen Elite durch gemeinsame Geschäfts- Verwandschafts- und Clanbeziehungen, durch gegenseitige „Gefälligkeiten" und korrupte Praktiken auf so vielfältige Weise verbunden, daß alle drei Gruppen im Grunde eine Einheit bilden; Staatsapparat, Wirtschaft und Bürokratie also gewissermaßen zu einem Interessenblock verschmolzen sind.

Die zu Anfang gestellte Frage nach der ‚Demokratie' in Kenia hat sich damit eigentlich von selbst erledigt, denn es dürfte klar sein, daß ein demokratisches System, im Sinne einer Partizipation breiter Massen am politischen Entscheidungsfindungsprozeß, sich unter diesen Bedingungen nur schwerlich entfalten kann.

Wahlen ohne Alternativen

Tatsächlich war der politische Ausdruck dieser Sozialstruktur eine autoritäre Regierungsform, bei der Kenyatta, gestützt auf eine straff organisierte und ihm ergebene Provinzverwaltung und eine kleine Gruppe von Beratern, quasi wie ein absoluter Fürst herrschte und die Elite nicht nur politisch unterstützte, sondern, zusammen mit seiner weitläufigen Familie, selbst ein Teil von ihr war.

So war es in Kenia ein offenes Geheimnis, daß Kenyattas Familie, die vor zwanzig Jahren noch keinen Pfennig besessen hatte, inzwischen zu den reichsten des Landes gehörte und daß es kein einigermaßen bedeutendes Unternehmen im Lande gab, an dem die „Royal Family" nicht in irgendeiner Form beteiligt war.

Kritiker an diesen Zuständen wurden ohne Zögern ausgeschaltet. Die einzige Oppositionspartei, die KPU, wurde 1969 mit fadenscheiniger Begründung verboten, die Gewerkschaften endgültig Anfang der siebziger Jahre entmachtet. Selbst vor Gewalt schreckte das Regime nicht zurück: so wurde einer der schärfsten Kritiker Kenyattas, der Abgeordnete Kariuki, der zudem noch aus den Reihen der Einheitspartei KANU selbst kam, im Jahre 1975 unter mysteriösen Umständen ermordet. Die Tatsachen, die trotz aller Vertuschungsbemühungen der Regierung durchsickerten, lassen keine Zweifel daran, daß es sich hier um einen politischen Mord handelte, der von oberster Stelle angeordnet wurde, — zumal ähnliche Morde, wenn auch weniger offen, sich schon früher ereignet hatten. Parlamentsabgeordnete, die die Art und Weise kritisierten, wie die Regierung den Fall Kariuki herunter zu spielen versuchte, wurden ohne Aufhebens mitten im Parlamentsgebäude verhaftet.

Dennoch kann das Regime Kenyattas nicht als Gewaltregime bezeichnet werden. Gewalt spielte, verglichen mit den Verhältnissen in anderen afrikanischen Staaten eine eher untergeordnete Rolle, sie war gewissermaßen das letzte Mittel, zu dem man griff. Kritiker, sofern sie überhaupt auftauchten, wurden viel mehr durch lukrative Pfründen in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft zum Schweigen gebracht. Im Gegenteil, eine gewisse Kritik in Presse und Parlament, sofern sie sich in Grenzen hielt und vor allem nicht Kenyatta persönlich oder die korrupten Praktiken seiner Familie angriff, wurde sogar als nützliches Ventil nach innen und als demokratisches Aushängeschild nach außen hier vor allem mit Zierichtung auf die ausländischen, um eine „liberale Atmosphäre" besorgten Investitoren.

Die internatinale Reputation Kenias als einer relativ „demokratischen" Gesellschaft beruht sicher nicht zuletzt auf dieser Flexibilität.

Kritik an allzu eklatanten Auswüchsen des Systems durfte vor allem anläßlich der Parlamentswahlen geübt werden. Denn alle fünf Jahre mußten diejenigen, die über einen Sitz im Parlament den Zugang zu den staatlichen Pfründen suchten, aber auch die, die bereits einen Parlamentssitz hatten, in die Wahlkampfarena steigen und sich dort um die Gunst ihrer lokalen Wählerschaft bemühen.

Politische Themen oder gar Alternativen zum bestehenden System standen in diesen Wahlkämpfen, die wegen der großen Zahl der Bewerber oft sehr lebhaft verliefen, allerdings nie zur Debatte. Die Auseinandersetzung verlief immer nur um einzelne Personen und die unmittelbaren Vorteile — tatsächliche oder vermeintliche — die sie ihrem Wahlkreis durch ihr Abgeordnetenmandat verschafft hatten oder für die Zukunft in Aussicht stellten.

Die Wahl wurde so statt einer Konfrontation verschiedener politischer Programme zu einem reinen Tauschakt: die Kandidaten versprechen den Wählern für den Fall eines Wehlsieges gewisse materielle Leistungen — einen Brunnen vielleicht oder den langerwarteten Straßenanschluß — und bekommen dafür im Gegenzug die Möglichkeit, sich über das Mandat und die sch daraus ergebenden Ämter so weit wie möglich zu bereichern. Dieser Tausch ist aber fast immer ein ungleicher, denn die Bereicherungschancen, die der Einzug ins Parlament bietet, wiegen in der Regel nie das auf, was der Abgeordnete seinem Wahlkreis zukommen läßt — wenn er seine Wahlversprechen nicht ohnehin vergißt. Welche „Rendite" von einem Sitz im Parlament erwartet werden kann, läßt sich aus dem Umstand ablesen, daß sich einige Spitzenkandidaten den Wahlkampf bis zu 200000 DM kosten lassen.

Oft reicht es zum Wahlerfolg auch schon aus, wenn es einem Kandidaten gelingt, die Notablen seines Wahlkreises für sich zu gewinnen: aufgrund der starken Clan - Bindungen und Klientelbeziehungen, die für die politische Orientierung des größten Teils der Bevölkerung immer noch bestimmend sind, fallen ihm die restlichen Stimmen dann wie von selbst zu — zumal wenn kleine Geldgeschenke an die Notablen und Freibier für die Massen diesen Handel begleiten.

Wahlen unter solchen Bedingungen sind natürlich jeder politischen Bedeutung im eigentlichen Sinne entleert, können sie den tatsächlichlichen Entscheidungsfindungsprozeß an der Spitze doch nie maßgeblich beeinflußen. Nicht nur deswegen nicht, weil „politische" Themen im Wahlkampf tabu sind, sondern auch, weil die zentrale Machtelite, angefangen beim Präsidenten, sich ihren „Wählern" stets ohne Gegenkandidaten stellt — mit der offiziellen Begrün-



Kenyatta mit seiner Frau Mama Ngina, der Verwalterin der weitverzweigten Geschäfte des Kenjatta - Clans.

dung, daß sich einfach keiner gefunden habe!

Aber auch auf der unteren Ebene, wo ja recht heftiger Wettbewerb stattfindet, sorgen die erwähnten hohen Wahlkampfkosten in der Regel von allein dafür, daß nur relativ wohlhabende Kandidaten auftreten, Leute also, die von vorne herein ein starkes Interesse am Fortbestand des Systems in seiner jetzigen Form haben. Überdies muß jeder Kandidat vorher Mitglied der KANU auf Lebenszeit werden, was ebenfalls mit umfangreichen Geldausgeben verbunden ist. Sollten trotz dieser vorgeschalteten Auswahlmechanismen dennoch unerwünschte Bewerber auftreten, können sie schließlich durch administrative Manipulationen an einer Kandidatur gehindert werden (Verschwinden oder nicht „fristgerechter" Eingang von Bewerbungsunterlagen etc.)

Weit davon entfernt, ein Ausdruck demokratischer Strukturen zu sein, bieten die Parlamentswahlen in Kenia der Bevölkerung also lediglich die Möglichkeit, einzelne Statisten aus den unteren und mittleren Rängen der Elite gegeneinander auszutauschen, ohne daß das politische System in seiner Gesamtheit aber je zur Disposition stünde. Bereits 1969 und 1974 verlor gut die Hälfte der damaligen Abgeordneten ihre Mandate — der politische Kurs blieb aber in allen grundsätzlichen Punkten der gleiche!

Für die politische Spitze hat diese Art von Wahlen hingegen in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Stabilisierungsfunktion. Abgesehen davon, daß die Bevölkerung auf diese Art das Gefühl eines gewissen Handlungsspielraums erhält, können vor allem Frustrationen, die aus der wachsenden sozialen Ungleichheit herrühren, auf die ungefährliche Ebene der Diskussion um letztlich unwichtige Personen abgedrängt werden. Auch dient der Wahlkampf selbst der Führung als nützliches Barometer, was die allgemeine Stimmung unter der Bevölkerung angeht: kleine Zugeständnisse, zu rechten Zeit eingesetzt — eine spektakulär inszenierte Landverteilung an einige Familien hier, eine kleine Lohnerhöhung dort oder gar die Opferung eines unbeliebten Ministers — haben in Kenia Unzufriedenheiten, die ohne einen offen ausgetragenen Wahlkampf vielleicht erst zu spät bemerkt worden wären, schon so manches Mal die Spitze abgebrochen.

Und schließlich spielen die Wahlen für die Führung auch die überaus wichtige Rolle eines „Frühwarnsystems", das das Auftauchen populärer und damit potentiell gefährlicher Konkurrenz so rechtzeitig signalisiert, daß entsprechende Gegenmaßnahmen — Kooptierung oder Ausschaltung — noch möglich sind.

Obwohl bis jetzt noch keine detaillierten Wahlanalysen vorliegen, ist es sicher nicht zu voreilig, wenn man sagt, daß auch die Parlamentswahlen vom vorigen Monat sich in das hier gezeichnete Bild einfügen, daß also auch diesmal die hohe Zahl nicht wiedergewählter Abgeordneter kein Zeichen für eine tatsächliche politische Offenheit des Systems ist.

Zwar begann Präsident Moi vor den Wahlen mit einer großen Anti - Korruptionskampagne und ordnete die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener an, aber Kritik am System wurde genauso wenig wie früher erlaubt. So gelang es keinem offen als Regierungskritiker auftretenden Kandidaten, zur Wahl zugelassen zu werden, während Moi selbst wie zu Kenyattas Zeiten ohne Gegenkandidaten antrat. Demonstrationen von Studenten, die gegen diesen Ausschluß oppositioneller Bewerber protestierten, wurden mit der Schliessung der Universität beantwortet.

Tatsächliche politische und gesellschaftliche Veränderungen als das direkte Ergebnis von Wahlen sind in Kenia nach wie vor nicht zu erwarten. Hier ist trotz der Reputation Kenias als „Demokratie" im Grunde kein Unterschied zu der politischen Situation in den meisten afrikanischen Staaten zu sehen. Veränderungen, wie sie sich in letzter Zeit in Bezug etwa auf den Grad der Kooperation mit dem ausländischen Kapital andeuten, gehen vielmehr von der Elite selbst und ihren Machterhaltungsinteressen aus.

Frank Ballot

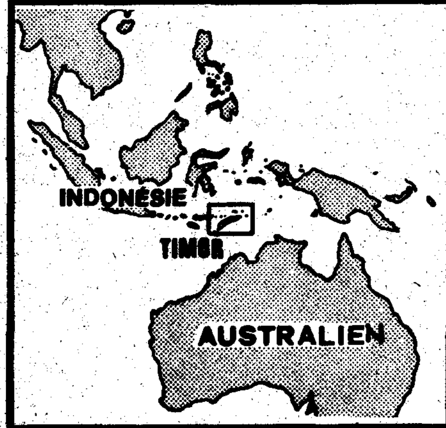
(NZZ 15.10.79, 13.10.79, 4.10.79; Africa, Juli 1979; SZ 14/15.8.79; FR 26.10.70; Le Monde 10/11.6.79; Le Monde Diplomatique, Juli '79; Revue francaise d'etudes politiques africanes, Februar '73, März '73, Mai '77)



Ost - Timor

Ein Musterbeispiel moderner Kriegsführung liefert die indonesische Regierung im Krieg gegen Ost - Timor: sie bekämpft nicht nur das Volk der Maulbere, sondern gleichermaßen — wenn auch mit anderen „Waffen" — dessen potentiell mächtigsten Verbündeten, die internationale Solidarität. Durch die totale Nachrichtensperre, die die indonesische Regierung über Ost - Timor verhängte, wurde die weltweite Aufmerksamkeit eingeschläfert und vom Kriegsgeschehen abgelenkt. Im Zuge dieser Nachrichtensperre verweigerte die indonesische Regierung sogar Vertretern des Komitees vom Internationalen Roten Kreuz die Einreise auf die umkämpfte Insel. Ein großer Erfolg für diese „Politik der Grabesstille" war die Zerschlagung des Senders „Radio Maulbere" im Dezember 1978. „Radio Maubere" war die einzige verbliebene Verbindung der Befreiungsbewegung FRETILIN zur Außenwelt.

Die indonesische Regierung nützt den so geschaffenen „Freiraum", um mit brutaler Härte gegen das Volk der Maulbere vorzugehen.



Inzwischen verdichten sich die Gerüchte, daß die indonesischen Truppen bei ihrem Kampf gegen die einfache Bergbevölkerung Napalm und Entlaubungsmittel eingesetzt haben. Dieser Vorwurf wurde auch von dem bekannten amerikanischen Professor Noam Chomsky erhoben, der Indonesien beschuldigte, gegen die ost - timoresische Bevölkerung einen Vernichtungskrieg zu führen. Durch den Einsatz dieser Waffen seien möglicherweise 200 000 Menschen ums Leben gekommen, entweder aufgrund direkter Einwirkung oder aber in Folge der Epidemien, die durch die Entlaubungsmittel und Herbizide ausgelöst wurden. Chomsky klagte die USA, Italien und die Niederlande an, auch nach Beginn des Invasionskrieges noch Waffen an Indonesien geliefert zu haben.

Die USA lieferten an Indonesien Flugzeuge, Hubschrauber, Napalm, Herbizide und Entlaubungsmittel, Italien lieferte Hubschrauber, die Niederlande lieferten Kriegsschiffe. Auch Großbritanien versorgte Indonesien in Zusammenarbeit mit Aerospatiale, Frankreich, mit Hubschraubern und bereitete den Verkauf von sechs Hawk - Bombern an das Suharto - Regime vor.

Chomskys Angaben werden durch einen offiziellen Hintergrundbericht, der in australischen Parlamentarierkreisen zirkulierte, gestützt. Diesem Bericht zu Folge gab ein hoher indonesischer Beamter zu, daß in Ost - Timor mehr als 100 000 Menschen den Tod gefunden haben; hunderte von Dörfern seien durch Bombardierungen völlig ausradiert worden.

Die ursprüngliche Bevölkerung Ost - Timors wird auf 650 000 Menschen geschätzt.

Zur Geschichte des Krieges

Der verlustreiche Krieg begann im Jahre 1975. Nach dem Zusammenbruch des protugiesischen Kolonialregimes hatte die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN (Frente Revolucionaria de Timor Leste) am 28. November 1975 einseitig die Unabhängigkeit Ost - Timors von Protugal erklärt. Wenige Tage später, am 7. Dezember 1975, starteten Truppen des mächtigen Nachbarstaats Indonesien eine militärische Offensive gegen den kleinen Inselstaat. Nachdem die FRETILIN die Hauptstadt Dili verlassen hatte, wurde dort von den Invasionstruppen eine pro - indonesische „Provisorische Regierung" eingesetzt. Doch der mit 15 000 bis 20 000 Soldaten vorgetragene Gorßangriff traf nach den anfänglichen Erfolgen auf unerwartet heftigen Widerstand. Noch im Januar 1976 kontrollierte die FRETILIN mindestens zwei Drittel des unwegsamen Territoriums der Insel. (Zum Hintergrund der indonesischen Invasion vgl.: blätter des iz3w, Nr.68).

Politische Entwicklung

Kurz nach Beginn der Invasion bestätigten die Vollversammlung der Vereinten Nationen sowie der Weltsicherheitsrat „das unveräußerliche Recht des Volkes von Ost - Timor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit". In einer Resolution vom 22. April 1976 forderte der Weltsicherheitsrat die indonesische Regierung auf, unverzüglich alle Tuppen aus Ost - Timor abzuziehen. Demgegenüber behauptete die indonesiche Regierung, auf Ost - Timor kämpften keine regulären Truppen, sondern nur Verbände von „Freiwilligen". Diese würden nur auf ausdrücklichen Wunsch der „Provisorischen Regierung" zurückgezogen, die diesen Wunsch jedoch nicht ausgesprochen habe. Im Juni 1976 richtete die von den Militärs in den Sattel gehobene „Provisorische Regierung" eine „Petition" an den indonesichen Staatspräsidenten Suharto, die zur Folge hatte, daß Ost - Timor im darauffolgenden Monat offiziell als 27. Provinz in den indonesichen Staat eingegliedert wurde.

Seitdem weist die indonesische Regierung internationale Resolutionen und Appelle in Bezug auf Ost - Timor als „Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten Indonesiens" zurück.

Die Nachbarstaaten Australien und Papua - Neuguinea stimmten im Dezember 1978 im UN - Entkolonialisierungsausschuß gegen eine Resolution, in der das Recht Ost - Timors auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bestätigt wurde.

Eine Niederlage bei ihrem Bemühen, die FRETILIN auf internationaler Ebene zu isolieren, erlitt Indonesien auf der Konferenz der Blockfreien in Havanna im September dieses Jahres. Im Artikel 145 der Schlußdeklaration wird das Recht Ost - Timors auf Selbstbestimmung ausdrücklich bestätigt. Nach einem Beschluß der Vorbereitungskonferenz in Colombo sollte dieser Artikel, der Indonesien indirekt zum Abzug von Ost - Timor auffordert, ursprünglich fallen gelassen werden.

Aktuelle Lage

Durch die Kriegsfolgen wurden mehr als 100 000 Menschen auf der Suche nach Nahrung aus den unwegsamen, schwer kontrollierbaren Bergen in die von den indonesischen Truppen kontrollierten Gebiete getrieben. Nach indonesischen Angaben leben zur Zeit etwa 300 000 Menschen in sogenannten „Relief -Centres". Diese „Flüchtlingslager" haben jedoch eher den Charakter von Konzentrationslagern bzw. Wehrdörfern. Selbst die vorsichtige Financial Times bezeichnete die Lager als „üble Zentren des Hungertods". Nach Angaben des Roten Kreuz verhungerten in den letzten Monaten auf Ost - Timor 20 000 Menschen; 60 000 Menschen sind weiterhin vom Hungertod bedroht. Internationale Hilfeleistungen mußten bisher über das Indonesische Rote Kreuz abgewickelt werden. Der größte Teil der Hilfsgüter verschwand regelmäßig noch vor der Verteilung und wurde später auf dem Schwarzmarkt zu überhöhten Preisen verkauft.



Unterernährte Kinder auf Ost - Timor

Durch den verlustreichen Krieg, der einem Völkermord gleichkommt, wurde der militärische Widerstand der FRETILIN geschwächt. Dennoch gibt es immer noch bewaffneten Widerstand. Die Guerillas, die den Kampf gegen die Besatzer weiterführen, hoffen insbesondere auf Unterstützung aus Mozambique und China sowie von Seiten der Australischen Arbeiterpartei. Die Unterstützung blieb bisher jedoch weitgehend aus.

Die Passivität bzw. Nachsichtigkeit der Weltöffentlichkeit hat die Expansionsgelüste des Suharto - Regimes noch verstärkt. Inzwischen verdichten sich in Australien die Gerüchte, daß auch Papua - Neuguinea in das indonesische Reich „integriert" werden soll. Vorgesehener Zeitpunkt für die vom indonesichen Geheimdienst geplante Aktion unter dem Decknamen „Operation Paradiesvogel": 1984.

Quellen:

East Timor News Nr. 47 - 58; Melbourne Herald 8/1278; Australian 22.5.79; Melbourne Age 14.5.79; Financial Times 2.11.79; SZ 12.10.79; Canberra Times 22.8.79 und 8.12.78; Le Monde 12.6.79; blätter des iz3w Nr.49, 5O, 68, 7O, 75.

Informationen zu Ost - Timor gibt es beim Komitee für die Unabhängigkeit Ost - Timors
c/o Reimar Wehr
Engelbertstr. 19
5000 Köln 1

Palästina

Israelischer Geheimdienst bearbeitet Palästinenser in deutschen Knästen

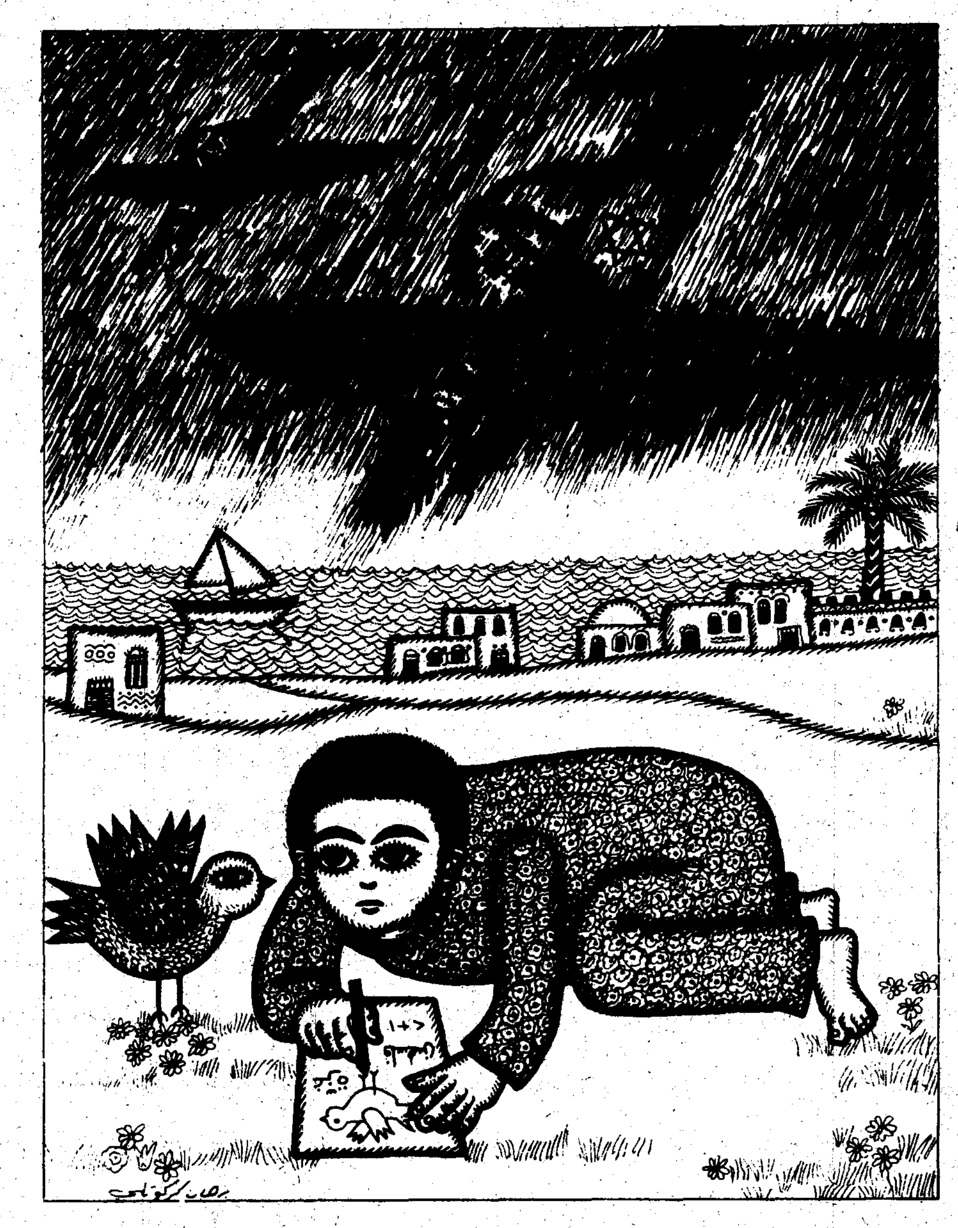
Ein weiteres Mosaiksteinchen für das große bunte Bild israelischer Geheimdienstaktivitäten in aller Welt hat im Oktober der Spiegel enthüllt. Diesmal hat der Mossad in der Bundesrepublik zugeschlagen, und zwar nicht auf eigene Faust, sondern unter Beteiligung deutscher Behörden.

Im April wurden in Bayern vier Palästinenser unter Terrorismusverdacht verhaftet. Zwei von ihnen konnte man allerdings nicht viel nachweisen, so daß sie nur zu kurzen Haftstrafen wegen Urkundenfälschung verurteilt wurden. Kurz vor ihrer Entlassung im August bekamen sie „Besuch" von israelischen Agenten, die etwas plump als Dolmetscher getarnt waren. Diese Sprachkünstler dachten dann auch gar nicht daran, für ihre deutschen Kollegen zu übersetzen, sondern redeten auf arabisch auf ihre palästinensischen Opfer ein. Bei einem fanden sie schnell eine verwundbare Stelle: Mohammed Jussuf hatte Verwandte in den von Israel besetzten Gebieten. Unter Androhung von Repressalien gegen sie, anscheinend auch durch den Einsatz von Drogen, wollten sie ihn dazu zwingen, nach seiner Rückkehr nach Beirut den Chef des Sicherheitsdienstes der PLO, Abu Ijad, zu ermorden. Doch Jussuf ließ sich nur zum Schein „umdrehen", in Beirut hat er den PLO - Dienststellen alles berichtet. Kurze Zeit später beging er Selbstmord, vermutlich um seine bedrohte Familie zu schützen.

Dies sind die Fakten, die einigermaßen belegt an die Öffentlichkeit kamen. Wie bei Geheimdiesntaffairen üblich, liegt ein Großteil der Vorgänge noch im Dunkeln, wird vermutlich auch dort vermodern, bis Gras über die Sache gewachsen ist. So kann man nur darüber spekulieren, warum der Bonner PLO - Vertreter Frangi auf ausdrücklichen Wunsch des BKA später die beiden noch einsitzenden Palästinenser (wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen zu zweieinhalb Jahren verurteilt) besuchen durfte und warum kurze Zeit später die Bundesregierung die bayrischen Behörden darum bat, die beiden vorzeitig freizulassen und nach Libanon abzuschieben, was Strauß, in gewohntem Zynismus „unter starken rechtsstaatlichen Bedenken", schließlich auch tat. Für das politische Klima in der Bundesrepublik bezeichnend sind jedoch zwei andere Punkte:

1. Die ganze Affaire hat eigentlich nur dadurch breite Publizität bekommen, daß sie in das Vorwahlkampfgerangel zwischen Strauß und der Bundesregierung geraten ist. Bayrische Stellen und Bundesbehörden beschuldigen sich gegenseitig, unkorrekt vorgegangen zu sein, bzw. in die Kompetenzen des jeweils anderen eingegriffen zu haben. Auf die Idee, daß in einem Rechtsstaat überhaupt keine Geheimdienstler etwas in Gefängnissen zu suchen haben, es sei denn als Insassen, ist jedenfalls kaum jemand gekommen.

2. Die Vorgänge werfen wieder einmal ein grelles Licht auf die völlig unkontrollierte Aktivität der Geheimdienste in der BRD. Die „Verhöre" in Bayern waren sicherlich keine Einzelfälle. So haben etwa in Berlin vor Gericht Palästinenser ausgesagt, sie seine von israelischen Agenten „befragt" worden. Die Geheimdienste handeln offensichtlich total unabhängig von der offiziellen Regierungspolitik. Im letzten Jahr hat Innenminister Baum nach Vermittlung durch Gaddafi mit Arafat eine Art Waffenstillstandsabkommen zwischen PLO und BRD abgeschlossen, was dem BND und Co aber völlig egal ist. Auch auf diplomatischer Ebene sind die Geheimdienstaktivitäten der Bundesregierung nicht gut bekommen, handelte sie sich doch einen scharfen Protest der arabischen Botschafter in Bonn ein, mit denen man sich doch sonst wegen des Öls besonders gut stellen will.



Noch in einem anderen Zusammenhang scheint es in jüngster Zeit empörende Rechtsverletzungen in Zusammenarbeit zwischen deutschen und israelischen Geheimdiensten gegeben zu haben:
Die Eltern der beiden im September von einem israelischen Militärgericht wegen ‚geplanter Terrorakte' zu zehn Jahren Haft verurteilten deutschen Staatsangehörigen Thomas Reuter und Brigitte Schulz haben das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt beschuldigt, an Folterung und geheimer Haft der beiden in Israel mitschuldig zu sein.

Entgegen der Darstellung der Bundesregierung, bis zum März 1977 nichts von der Inhaftierung ihrer Kinder gewußt zu haben, werfen die Eltern dem Innenminister in einem Offenen Brief außerdem vor, daß zumindest deutsche Geheimdienste und das Bundeskriminalamt seit der Verhaftung Bescheid gewußt hätten. ‚Die Geheimhaltung war immerhin Bedingung für die Verschleppung nach Isael und die langdauernde Folter in dem unbekannten Verhörslager und hatte zudem das Ziel, die Gefangenen, wenn möglich, für Agentenaufgaben zu erpressen oder sie eventuell ganz verschwinden zu lassen', schreiben die Eltern. (FR 22.11.)

Weitere Quellen:

FR 29.10., 31.10., 10.11.; TAZ 16.11.; NEUE 30.10.1979

PLO gewinnt politisch weiter an Boden

Die palästinensische Befreiungsorganisation, von den Ländern der Dritten Welt auf UNO - Konferenzen und Versammlungen der Bewegung der Blockfreien längst anerkannt und in ihrem antikolonialen Kampf bestärkt, auch von den Ostblockländern, allerdings mehr oder weniger halbherzig, unterstützt, wird in letzter

Zeit zunehmend auch in den Zentren westlicher Macht als Anprechpartner geschätzt und als quasistaatliche Vertreterin des palästinensischen Volkes akzeptiert. Wir haben bereits in der vorletzten Nummer der blätter des iz3w über diese Tendenz berichtet, die sich seitdem fortgesetzt hat.

Mitte September fuhr PLO - Chef Arafat zu einem offiziellen Besuch nach Spanien. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde ein gemeinsames Kommuniqué zwischen einer westeuropäischen Regierung und der PLO unterzeichnet. Eine diplomatische Anerkennung erfolgte nach spanischer Darstellung nur deshalb nicht, weil Spanien nur Staaten, aber keine Organisationen anerkenne.

In den USA scheint sich so etwas wie ein Gegenstück zu der sehr mächtigen prozionistischen Lobby herauszubilden. Der Führer der schwarzen Southern Christian Leadership Conference (SCLC), Jesse Jackson, besuchte Arafat in Beirut sowie Vertreter der Opposition in Israel. Mit von der Partie waren 17 schwarze Kongressabgeordnete, deren fünfzehn Millionen schwarze Wähler sehr wohl einen Einfluß auf die Politik der US - Regierung ausüben können.

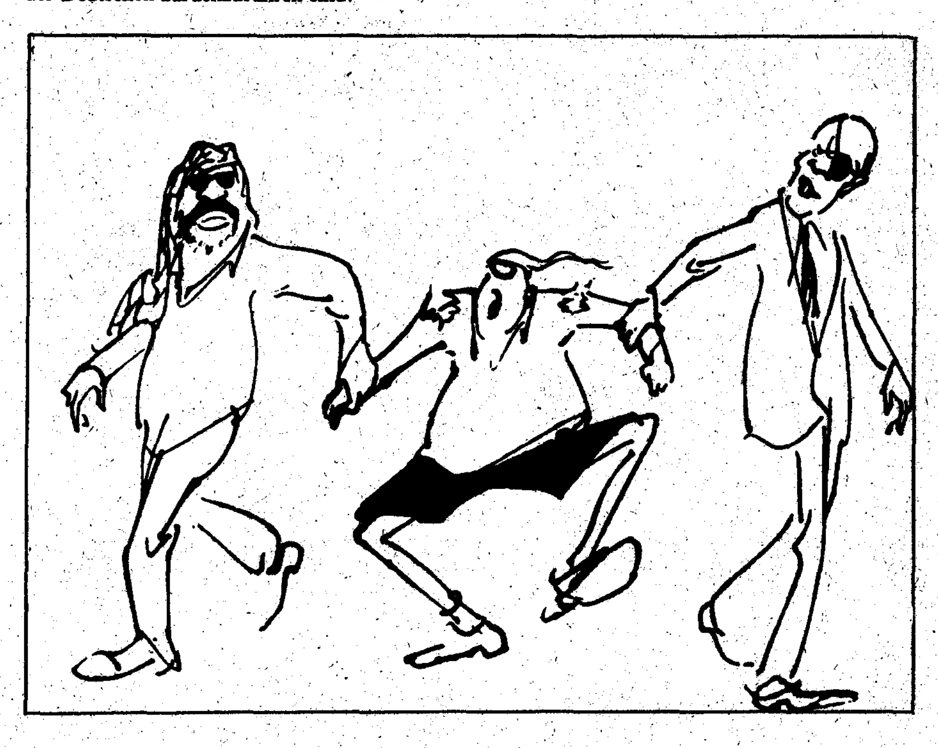
Auch die Position der EG wandelt sich Stückchen für Stückchen. Hatte man im Juni zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument von der Existenz des palästinensischen Volkes Kenntnis genommen, so gibt man jetzt sogar das Bestehen der PLO offiziell zu: der irische Außenminister und EG - Sprecher Michael O'Kennedy forderte in seiner Rede vor der UN - Vollversammlung am 25. September, daß alle vom Konflikt betroffenen Parteien — ausdrücklich auch die PLO — bei der Lösung des Problems eine Rolle spielen müßten.

Das ist auch eine deutliche Absage an die amerikanisch - ägyptisch - israelische Camp - David - Strategie, die noch im letzten Jahr soviel Euphorie hervorbrachte und mit Friedensnobelpreisen belohnt wurde, mittlerweile aber als gescheitert angesehen werden muß.
Denn die im Camp - David - Abkommen vorgesehene „Autonomie" von Israels Gnaden ist vom palästinensischen Volk einmütig abgelehnt worden. Die ohne Beteiligung von Palästinensern darüber geführten Verhandlungen sind in einer Sackgasse, weil die israelische Seite nach dem Erfolg des separaten Friedensvertrages mit Ägypten keinerlei Veranlassung zu irgentwelchen Zugeständnissen mehr sah.
Selbst die Bastion kapitalistischer Weltherrschaft, der Internationale Währungsfonds (IWF) ist vor den Palästinensern nicht mehr sicher. Auf der Jahrestagung in Belgrad wurde von den Entwicklungsländern für die PLO ein Beobachterstatus gefordert.

Im Oktober machte Arafat einen hochoffiziellen Staatsbesuch in dem NATO - Land Türkei, mit dem schon seit einiger Zeit diplomatische Beziehungen bestehen.
Der außenpolitische Beauftragte der PLO, Faruk Kaddoumi, absolvierte schließlich eine Europareise und besuchte Frankreich, Belgien und Italien. Der belgische Außenminister Simonet sagte ihm nach einem zweieinhalbstündigen Gespräch: „Die PLO ist gegenwärtig die Stimme, durch die sich der Wille des palästinensischen Volkes ausdrückt, ob uns das gefällt oder nicht." In Italien waren ähnliche Töne zu hören.

Mit dem in der EG für Entwicklungspolitik zuständigen Kommissar Cheysson sprach Kaddoumi nur „privat", da es zwischen den Mitgliedsländern noch Spannungen in der Palästinapolitik gibt, die auf die bremsende Haltung der Deutschen zurückzuführen sind.

(NZZ 18.9.79; HB 27.9.79, 1.10.79; MD 9.10.79; FR 26.10.79; LM 28.9.79; NEUE 7.11.79)



Die deutsche Haltung in der Palästina - Frage

Schon die Erwähnung der PLO in der UNO - Rede O'Kennedys hatte erst nach deutschem Widerstand stattfinden können. Zwar hat sich die deutsche Haltung gegenüber den Palästinensern in den letzten Monaten deutlich liberalisiert, inoffinzielle Kontakte zur PLO wurden eingeleitet, doch scheut man in Bonn noch vor einer Berührung auf höchster Ebene zurück. Die Bundesregierung ist sich rational längst darüber klar geworden, daß sie um die Palästinenser nicht länger herumkommt, weil sie weiß,

— daß die wegen des Öls lebenswichtigen guten Beziehungen zu den arabischen Staaten langfristig nicht ohne die Anerkennung der PLO zu haben sind,
— daß der arabische Wirtschaftsraum als Absatzmarkt viel wichtiger ist als Israel,
— daß der Versuch von Carter - Begin - Sadat, das Palästinaproblem ohne Palästinenser zu lösen, gescheitert ist,
— und nicht zuletzt, daß die Palästinenser hinreichend klar gemacht haben, daß sie für ihre Rechte auf allen Ebenen und mit allen Mitteln kämpfen werden.

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD	:	Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Der Ansatz zu einer vernünftigen Nah - Ost - Politik klemmt an einer anderen Stelle fest: es ist dies das schlechte Gewissen der Deutschen gegenüber den Juden, das Bekenntnis zu „besonderen Beziehungen" zu Israel, das so viele Deutsche, bis in die Regierungsmannschaft, mit sich herumtragen. Seit dem Ende des Dritten Reiches hat man in der BRD versucht, den Makel des Faschismus nicht etwa zu analysieren oder zu verarbeiten, d.h. aus der Geschichte zu lernen, sondern durch finanzielle und politische Unterstützung Israels zu kompensieren, zu verdrängen.

Die israelische Außenpolitik hat das Spiel mit dem in den Deutschen immer noch vorhandenen bösen Geist des Antisemitismus, der in der Gestalt eines blinden Prozionismus daherkommt, immer meisterlich beherrscht.
Letztendlich basiert die Unterstützug des Zionismus auf ähnlich rassistischem Gedankengut wie der Antisemitismus, da beide Ideologien von der Annahme des „ewigen Juden" ausgehen, der in europäische Gesellschaften auf Dauer nicht integriert und assimiliert werden kann und wegen seiner rassischen Besonderheit in einem eigenen Staat isoliert werden muß. Zu Recht wurde der Zionismus von der UNO als Rassismus gebranntmarkt.

Ds 1952 unterzeichnete Wiedergutmachungsab-

kommen brachte dem israelischen Staat drei Milliarden Mark ein, 450 Millionen Mark wurden an die Verfolgtenorganisationen „Conference on Jewish Material Claims against Germany" gezahlt. Darüberhinaus bekamen israelische Privatpersonen Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, die sich allein bis 1976 auf etwa 17 Milliarden Mark beliefen (Der Spiegel, 17.9.79). Auch politisch war die Bundesrepublik für Isael ein treuer Freund, der jeden neuen Angriff gegen die Rechte der Araber und jedes imperialistische Abenteuer mitmachte.

Wenn heute Genscher Anzeichen macht, mit den Palästinensern ins Gespräch zu kommen, reagieren die Israelis sofort sehr heftig und erinnern an die Hypothek, die die Deutschen angeblich immer noch abzuzahlen haben.

Dabei kann man die Sache auch gerade anders herum sehen: Wenn schon politisches Handeln im Jahre 1979 von unausgegorenen Schuldkomplexen für die Verbrechen des Faschismus bestimmt sein soll, müßte sich die Bundesregierung genausogut für die Leiden des palästinensischen Volkes verantwortlich fühlen. Denn erst durch den brutalen Völkermord der Faschisten an den europäischen Juden, allerdings auch durch die zynische Weigerung der Alliierten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, wurde aus der romantisch - nationalistischen Idee des Zionismus eine ernsthafte politische Kraft, die das Zusammenleben der Völker des Nahen Ostens nachhaltig veränderte.

Ohne die Vertreibung der Juden hätte es nie einen Staat Israel und damit auch keine Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem Heimatland gegeben.

Fortsetzung der Siedlungspolitik

Trotz wachsender Kritik auch von Seiten der Verbündeten läßt Israel nicht von der Besiedlung der seit 1967 besetzten Gebiete ab. Einige Kabinettsbeschlüsse aus der letzten Zeit bestätigen diese Politik ausdrücklich. Heftige Auseinandersetzungen in der israelischen Regierung, die zu häufigen Kabinettsumbildungen führen, können nicht darüber hinweg täuschen, daß der Streit letztlich nur um juristische Finessen der Besiedlung, nicht aber die Sache selbst geführt wird.

So wurde beschlossen, daß israelische Privatleute in den besetzten Gebieten Land kaufen dürfen, was vorher nur in Ausnahmefällen gestattet war. Protest zu dieser Entscheidung kam von UN - Generalsekretär Waldheim und dem US - Außenministerium.

Die Bedeutung dieses Beschlusses, wurde einige Wochen später klar, als das oberste Gericht Israels zum ersten Mal eine bereits errichtete Siedlung für illegal erklärte und ihre Räumung anordnete. Begründung: Die Siedlung Elon Moreh war auf enteignetem arabischen Land errichtet worden, was aber nur aus militärischen Gründen statthaft sei. Da laut Gericht Elon Moreh nur mit der zionistischen Expansionstheorie, nicht jedoch unmittelbar militärisch zu rechtfertigen sei, muß die Siedlung in der Nähe von Nablus abgebaut werden und soll an anderer Stelle, nicht weit vom alten Standort wieder aufgebaut werden.

Dieser von Siedlungsgegnern bejubelte und von der rechtsextremen Guch Emunim - Bewegung bekämpfte Beschluß hat allerdings de facto wenig Bedeutung, wenn man sich einmal die juristischen Definitionen des Landbesitzes in den besetzten Gebieten näher ansieht.

Da gibt es zunächst einmal das sogenannte „unregistrierte Land", auf das keine Besitztitel im Katasteramt eingetragen sind. Dieses Land wird seit eh und je von palästinensischen Bauern genutzt, ohne daß ihnen der Begriff „Privateigentum" viel sagt, und wurde nun kurzerhand von den zionistischen Behörden zur Besiedlung freigegeben. Die nächste Kategorie ist das Staatsland. Es gehörte früher dem jordanischen Staat und wird heute von den Militärbehörden als ihr Eigentum betrachtet. Der Rest gehört größtenteils arabischen Eigentümern, kann aber jederzeit aus militätischen Gründen zum Sperrgebiet erklärt werden mit eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten für die Besitzer. Eine Spezialität ist das Land „abwesender" Palästinenser, d.h. von Vertriebenen. Es wird häufig von jüdischen Siedlern genutzt, obwohl es juristisch noch den alten Besitzern gehört. Würden diese nach einer Friedensregelung zurückkommen dürfen, müßte man ihnen das Land zurückgeben.

Landeinteilung auf der Westbank
(nach FT 29.10.79, Angaben nach israelischen Quellen)

1 Dunum = ca. 1 000 qm	1 000 Dunums	%
WESTBANK insgesamt	5 800	100
„unregistriertes Land"	1 500	26
Staatsland	700	12
milit. Sperrgebiet	970	17
Besitz „Abwesender"	400	7
von Juden gekauft	80	1
requiriert oder enteignet	100	2
Rest	2 050	35

Die Siedlungspolitik ist keineswegs, wie es manchmal den Anschein hat, Ergebnis einer besonders extremen Position der Likud - Regierung Begins. Der allergrößte Teil der Ansiedlungen war schon in den Jahren der sozialdemokratischen Regierung angelegt oder geplant worden. Es ist vielmehr ein Hauptprinzip der in Israel staatstragenden Ideologie des Zionismus, das gesamte biblische Israel, also mindestens das Land zwischen Mittelmeer und Jordan, nach der Vorstellung einiger sogar das gesamte Gebiet zwischen Nil und Euphrat, in einen rein jüdischen Staat einzubringen.

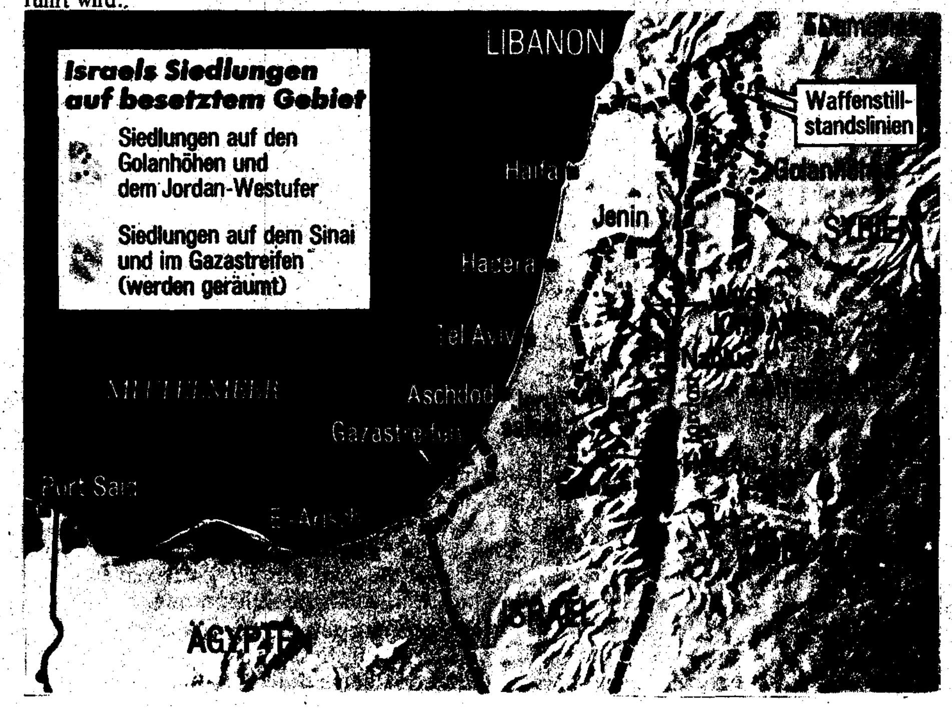
Die stereotyte Begründung für Neuansiedlungen, sie seien für die Sicherheit Isaels erforderlich, kann selbst bei wohlwollender Betrachtung in den wenigsten Fällen akzeptiert werden. Die weit verstreuten kleinen Ansiedlungen dürften in einem neuen Krieg zum großen Teil die militärische Verteidung eher erschweren.

Auch ökonomisch betrachtet sind die meisten Projekte ein Disaster für das eh schon wirtschaftlich bankrotte Israel. Häufig wohnen die Siedler nur in ihren neuen Heimstätten, pendeln aber zur Arbeit täglich in die isrelischen Großstädte.

Wenn trotzdem, auch gegen wachsenden Widerstand in der jüdischen Bevölkerung, die Siedlungspolitik fortgesetzt wird, so zeigt das, wie sehr das rassistische und aggressive zionistische Gedankengut noch immer in den Köpfen der führenden Kreise in Israel verankert ist und wie weit Palästina noch von einer Konfliktlösung auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung aller Völker und Religionen entfernt ist.

(TAZ 19.10.; MD 15.10.; LM 16.10.; FT 29.10.; HB 23.10.1979)

sth



Marokko

Gründe für Marokkos Annexionspolitik

Mit viel Pomp wurde das „neuerworbene" Gebiet in der Westsahara dem marokanischen Königreich als 37. Provinz einverleibt.

Im Fernsehen wurde übertragen, wie Abgesandte aus der Westsahara ihrem König Hassan II. huldigten. Das nationale Ereignis erinnert an den Grünen Marsch, mit dem Hassan 1975 sein Volk den Nordteil in Besitz nehmen ließ. Hassans Regime versucht, durch nationalistische Propaganda von inneren Schwierigkeiten abzulenken mittels einer Ideologie, die die Vorherrschaft in ganz Nordafrika für Marokko beansprucht (übrigens auch das heutige Mauretanien).

Das ist einer der Gründe für Hassans Engagement in der Westsahara. Hauptsächlich sind aber wirtschaftliche Interessen im Spiel:

die Phosphatvorkommen in Bou Craa könnten Marokko zusammen mit den eigenen Vorkommen ein Monopol auf dem Weltmarkt verschaffen. Außerdem gilt es, dem Rivalen Algerien den Zugang zum Atlantik, den er über die Westsahara gewinnen könnte, zu verwehren.

Marokko steht in dem Konflikt nicht nur für seine nationalen Interessen, sondern auch Frankreich und die westlichen Staaten stehen hinter Hassan. (In früheren Jahren hat Frankreich zur Unterstützung Marokkos sogar Luftangriffe gegen die Sahrauis durchgeführt). Allerdings hielten sich Frankreich und die USA in den letzten Monaten hinter den Kulissen, um Algerien nicht zu verprellen. Die starken wirtschaftlichen Verpflechtungen mit Frankreich (1. Handelspartner, starke Anteile in der Industrie) würden Hassan einen Alleingang in der Sahara - Frage unmöglich machen (LM 14.4., LM 12.6., LM 23.6.). Es ist daher zu vermuten, daß er auf Veranlassung Frankreichs handelt.

Die Interessen der USA, die Marokkos Eroberungskrieg ebenfalls tatkräftig unterstützten, sind mehr politischer als wirtschaftlicher Natur. Die USA fürchten, daß durch einen Sieg der Polisario das politische Gewicht Algeriens in der arabischen Welt gestärkt werden könnte und daß ein vom Westen unabhängiger arabischer Staat am Atlantik die US - Militärbasen auf den kanarischen Inseln gefährden könnte.

Die Lage im Innern:

Wirtschaftskrise

Dabei verschärft der Krieg die ohnehin aufs äußerste gespannte Wirtschaftslage in Marokko. Er kostet ⅓ des Haushalts und 1 Mio. Dollar pro Tag.

Hassans ehrgeiziges Entwicklungsmodell der „rasanten Industrialisierung" ist gescheitert, da es der Struktur des Landes nicht angemessen war und auf einer Milchmädchenrechnung basierte. Die Expansion wurde einem Land aufgepfropft, in dem 70% der Bevölkerung von der Landwirtschaft fast auf Subsistenzniveau leben, 33% des Bodens einer feudalen Klasse gehört, die 3% der Bevölkerung ausmacht. Das untere Fünftel der Bevölkerung verbraucht nur 7,1% des Nationaleinkommens, während das obere Fünftel 65,4% verbraucht. (FT 30.5., Guardian, Lo. 16.5.)

Die Gewinne aus der landwirtschaftlichen Produktion und der Phosphatproduktion, auf denen der Plan aufgebaut hatte, blieben aus. Agrarpolitik im Interesse der Oligarchie und ausländischer Konzerne führte zur Verringerung der Weizenproduktion und damit zu einer schlechten Lebensmittelversorgung. Marokko, das in den 60er Jahren Weizen exportierte, muß 1979 50% des Bedarfs einführen. Die Phosphatpreise sanken auf dem Weltmarkt rapide ab, so daß der Gewinn trotz erhöhter Produktion fiel. (Spiegel 10.9., afrique - asie 15.10., FT 30.5.)

Hassans Wirtschaftspoltik machte Marokko vom Imperialismus immer abhängiger, die Krise wirkte sich verheerend aus: eine schwache Investitionslage, verringerte Ausfuhr in die EG und 30000 zurückkehrende Fremdarbeiter aus Frankreich ließen die ohnehin hohe Arbeitslosenrate auf 40% der erwerbsfähigen Bevölkerung schnellen.

Durch die galloppierende Inflation stiegen die Preise um bis zu 70% und verringerten gefährlich den ohnehin äußerst niedrigen Konsum des Hauptteils der Bevölkerung. Das Durchschnittseinkommen einer Familie beträgt umgerechnet 150DM im Monat, aber die Lebenshaltungskosten sind noch um 15% höher als in der BRD!

Die Mehrheit der Marokkaner kann sich deshalb nur noch von Brot und stark gesüßtem Tee ernähren, da Mehl und Zucker noch staatlich subventioniert sind. (afrique - asie 15.10., FR 5.6., Spiegel 10.9., BfA Oktober 79)

Streiks

In einer Streikwelle, vor allem im Mai dieses Jahres, brachten die Arbeiter ihre Unzufriedenheit mit diesen Zuständen zum Ausdruck. Auch im Bildungssektor gab es wochenlange Ausstände. Die Gewerkschaft CDT erstarkte wieder und organisierte zusammen mit der Basis der Oppositionspartei USFP Massendemonstrationen, bei denen erstmals auch Stimmen gegen den Krieg laut wurden. Einen Höhepunkt erreichte der Massenprotest, als Hassan den gestürzten Schah in Marokko aufnahm. Die Parolen waren: „Ein Schah in Marokko ist genug" und „Brot und kein Krieg". (FT 30.5., FR 1.6., Guardian, Lo 16.5.)

Diese Streikbewegung rief in den westlichen Ländern erstmalig Angst vor einem Sturz Hassans hervor. Ob die Opposition das Regime stürzen kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob sie sich in der Sahara - Frage einigen kann, oder ob sich Teile von ihr immer wieder von Hassans Verblendungstaktik des „Grand Maroc" beirren lassen.

Junge Offiziere in der Armee könnten Hassan am gefährlichsten werden, sie sind aber auf einem nationalistischen Kurs und kritisieren hauptsächlich die Kriegsführung und die Korruption in der Armee.

Die Oppositionspartei USFP ist in der Frage des Sahara - Kriegs gespalten. Der Graben verläuft zwischen den hohen Offiziellen der Partei, die den Machthabern nahestehen, auf der einen und den Intellektuellen und der Parteibasis unter den Arbeitern auf der anderen Seite. (Liberation 10.3., FR 5.6., afrique - asie 15.10.)

Daneben bilden sich zunehmend militante Gruppen gegen das Regime Hassans. Es wird von Flugblättern und Sabotage - Akten einer „Marokkanischen Befreiungsfront" berichtet und von zahlreichen Festnahmen junger Marokkaner, die mit ihr zu tun gehabt haben sollen. Auch sollen die Sahrauis, die in Marokko leben, in zunehmenden Maße politisch aktiv werden. (Guardian, Lo 16.5., Taz 16.8.)

Repression

Jede Äußerung gegen das Regime wird in Marokko mit blutiger Repression beantwortet. In politischen Prozessen werden die Angeklagten zu schwersten Strafen verurteilt. Die Gefängnisse sind voll, es herrschen in ihnen höllische Zustände von Folter und Menschenverachtung. Unter den zahlreichen Verschwundenen sind ganze Familien, die Militärs von zwei Putschen, Hunderte von Sahrauis, die auf marokkanischem Territorium festgenommen wurden. Nach der Niederlage von Tan Tan fanden Säuberungen in der Armee statt, die befehlshabenden Offiziere wurden hingerichtet. (afrique - asie 15.10., Liberation 18.10., SZ 11.9.)

Westliche Hilfe für Hassan

Dabei sind für die erbärmlichen Niederlagen der marokkanischen Armee gegen die *Frente Polisario* sicher nicht die befehlshabenden Offiziere oder oppositionelle Kräfte verantwortlich, sondern Korruption, schlechte Kampfmoral der Soldaten und eine Strategie, die der Guerilla - Taktik der Polisario nicht angemessen ist. Für sie wären kleine mobile Kampfeinheiten und eine flexible Kommandostruktur notwendig. Aber weil Hassan die Armee fürchten muß, zentriert er alle Befehle auf sich; er hat den Posten des Verteidigungsministers und des Oberbefehlshabers inne. (LM 18.4.)

Die USA hatten Marokko von Anfang an mit Waffen unterstützt, in einem Abkommen war aber festgelegt worden, daß diese nur innerhalb marokkanischen Territoriums eingesetzt werden durften. Aus Rücksicht auf Algerien (Erdöl- und Erdgaslieferungen) nahmen die Amerikaner diese Einschränkung zum Vorwand, um ihre Lieferungen zu sperren. Dabei brauchten die Marokkaner die versprochenen Hubschrauber und das Überwachungssystem dringend für die Verfolgung der Guerilla - Einheiten. (Guardian 16.5.)

In der Zeit großer diplomatischer Aktivität um die Westsahara in der UNO und OAU (April bis August) stand Marokko jämmerlich isoliert. Hassan versuchte alle Tricks, bis zur Lächerlichkeit, damit die westlichen Staaten offen für ihn eintraten. Ironischerweise begannen sie erst dann, Marokko wieder offen zu unterstützen, als seine Politik auf diplomatischer Ebene Schiffbruch erlitten hatte, nachdem sich UNO und OAU für die Polisario ausgesprochen hatten. Und nachdem Hassan in einem Gewaltstreich auch noch den Rest der Westsahara annektiert hatte.

Amerikanische Lieferungen wurden sofort nach der Besetzungsaktion wieder zugesagt, allerdings in relativ kleinem Umfang. Dafür bot Ägypten Waffenhilfe an. Es wird vermutet, daß auch hinter diesen Angeboten die USA stehen, denn so könnte Ägypten sie aus der Zwickmühle mit Algerien befreien und den Gendarmen Washingtons spielen. Bei den ägyptischen Zusagen scheinen auch andere westliche Länder mitzumischen. Das erste Angebot Sadats an Marokko wurde ausgerechnet bei einer gemeinsamen Pressekonferenz anläßlich eines Genscher - Besuchs in Kairo ausgesprochen.

Allerdings knüpft Sadat seine Hilfe an Bedingungen, die für Hassan schwer zu erfüllen sind. Er soll sich zu Palästina eindeutig auf die Seite Ägyptens stellen. Nun ist dies für die arabisch - nationalistische Opposition aber eine heiße politische Frage. (FR 1.6., LM 18.4., FT 3.9., NZZ 7.9.)

In Wirklichkeit scheint die westliche Hilfe für Marokko aber viel größere Ausmaße angenommen zu haben, als offiziell bekannt wurde.

Die Polisario berichtet, daß die Waffenhilfe von Ägypten schon längst bestünde, denn seit zwei Jahren würden zahlreiche ägyptische Waffen erbeutet und auch die Präsenz ägyptischer Militärs sei bekannt. Zur Ausarbeitung einer neuen Taktik gegen die Polisario tummelten sich in den letzten Wochen die Militärberater in der Westsahara. Verschiedene Quellen, u.a. ein Sahraui - Abgeordneter im marokkanischen Parlament, der seit dem Fall von Smara (s.o.) die *Frente* unterstützt, berichtet vom Besuch verschiedener französischer und amerikanischer Militärdelegationen in Smara und El Aium. (SZ 11.9., afrique - asie 29.10., Taz 16.10., MD 15.10.)

Ein weitergehendes Engagement der USA ist zu erwarten, denn es geht um die Unterstützung eines der wenigen „gemäßigten" arabischen Führer und um den Zugang zu den Bodenschätzen in der Westsahara und im Maghreb. Allerdings werden Zweifel laut, ob die Lieferungen diesem Ziel überhaupt nützen würden. Die Unterstützung werde Hassan nur einen Krieg führen lassen, den er nicht gewinnen könne.

Nach einem geheimen CIA - Bericht, den die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC zitierte, „wird Hassan voraussichtlich die Kontrolle der Ereignisse und seinen Thron innerhalb eines Jahres verlieren, falls er mit seiner unergiebigen Politik fortfährt; und das ist zu erwarten." das Regime sei total korrupt. (Taz 24.10., FT 24.10., Liberation 27.10.)

Möglichkeit einer Verhandlungslösung des Konflikts

Auch Hassan scheint sich über die Unhaltbarkeit der Situation klar zu werden, das klingt inzwischen sogar in den Rundfunkreden an sein Volk an. Er hat verschiedentlich nach einem diplomatischen Ausweg gesucht und Algerien Lösungen angeboten.

Als Lockmittel dient ihm die Ratifizierung eines Grenzvertrags mit Algerien über die umstrittene erzreiche Region um Tindouf. Er bot Algerien auch einen Korridor zu den marokkanischen Atlantikhäfen an, damit es die Eisenerze aus dieser Region leichter ausführen kann.

Nach der Niederlage in Lebuirat schlug er Algerien bilaterale Verhandlungen vor. Bisher ging Algerien auf solche Vorschläge nicht ein, da sie die *Frente Polisatio* nicht einbezogen. Die Polisario kann nur einer Lösung zustimmen, die ihr Anrecht auf das gesamte Territorium der Westtsahara anerkennt. Bisherige Vorschläge hatten ihr immer nur einen Teil zugestanden (etwa den ehemals mauretanisch besetzten; siehe: „blätter" Nr.74). Sie wird ihre militärische Position ausbauen, bis sie einen solchen Weg durchsetzen kann. (MD 9.11., NZZ 24.8., FR 10.10.)

Westsahara

Die Westsahara war bis 1975 spanische Kolonie. Spanien hatte schon gegen Ende der Kolonialzeit die reichen Phosphatvorkommen in dem Gebiet entdeckt und ausgebeutet. Als Spanien, das als eine der letzten Kolonialmächte auf internationale Kritik und auf wachsenden Widerstand der einheimischen Sahrauis stieß, stimmte es in einem Geheimvertrag, der ohne Befragung der Sahrauis zwischen Spanien und den Nachbarländern des Gebiets, Marokko und Mauretanien, abgeschlossen wurde („Vertrag von Madrid"), einer Aufteilung der Westsahare zwischen Marokko und Mauretanien zu und sicherte sich dafür seinen Anteil an den Rohstoffen. Marokko besetzte den nördlichen, Mauretanien den südlichen Teil.

Die Sahrauis, ursprünglich ausschließlich Nomaden, waren zum Teil von den Spaniern in Städten angesiedelt worden. Viele Sahrauis flohen vor den neuen Besatzern in Flüchlingslager der Befreiungsbewegung Polisario, die die Kontrolle über den inneren Teil des Landes behielt und nach Algerien. Inzwischen leben in den Lagern, die wegen marokkanischer Luftangriffe alle nach Algerien verlegt wurden, etwa 130000 Menschen, d.h. ein Großteil der ursprünglichen Bevölkerung des Gebietes.



Die Polisario kämpfte seither mit algerischer Rückendeckung gegen die marokkanischen und bis vor Kurzem auch mauretanischen Truppen. 1976 wurde in den Lagern auf dem Gebiet der Westsahare die „Demokratische Arabische Republik Sahare" (DARS) gegründet.

Erfolge für die Polisario

Die *Frente Polisario* konnte mit ihrer Guerrillataktik gute militärische Erfolge erringen und koordinierte ihre Aktionen geschickt mit Vorstößen auf diplomatischem Gebiet.

Ein Verdienst ihrer Medienpolitik ist es, daß selbst bürgerliche Medien und Parteien von ihrer Aufbauarbeit in den Flüchtlingslagern beeindruckt sind und die Verwurzelung der Bewegung unter den Sahrauis loben.

Dank einer diplomatischen Offensive konnten immer mehr Länder dafür gewonnen werden, die DARS anzuerkennen, inzwischen sind es 32 Staaten.

Ein großer Erfolg war die OAU - Gipfelkonferenz in Monrovia. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten sprach sich für einen Waffenstillstand und eine Volksabstimmung in der gesamten Westsahara aus und verurteilte die unnachgiebige Haltung Marokkos.

Die Folge der OAU - Konferenz war der Friedensvertrag mit Mauretanien am 5. August. Mauretanien verpflichtete sich zum Abzug aus dem von ihm seit 1975 besetzten Südteil und zur Rückgabe des Gebiets an die DARS. (NZZ 23.3., SZ 11.9., LM 21.7.) Allerdings besetzte Marokko nun auch noch diesen Teil der Westsahara.

Die heutige Lage in der Westsahara

Die Mauretanier haben sich aus dem Südteil zurückgezogen, den Hafen von La Guera halten sie allerdings noch mit über 1000 Soldaten besetzt. Er liegt dem mauretanischen Hafen Nouadhibou direkt gegenüber, über den der gesamte Eisenerzexport, Mauretaniens wichtigste Einnahmequelle, abgewickelt wird. Der Hafen und die Eisenbahnlinie zum Förderort Zourate sollen zusätzlich von einer französischen Elitetruppe von 150 Fallschirmjägern geschützt sein.

Marokko hatte seit 1977 6000 Soldaten zur Unterstützung und Kontrolle der Mauretanier im Südteil stationiert. Dieses Kontingent wurde seit August erheblich verstärkt. Sowohl im Süden wie auch im Nordteil halten zur Zeit die Marokkaner die Städte und einige befestigte Orte, während die Polisario das gesamte Territorium infiltriert hat.

In den letzten Monaten mußten die Marokkaner in der Westsahara, aber auch auf marokkanischem Staatsterritorium schwere Schlappen einstecken. Die Polisario überfiel wichtige Stellungen der Marokkaner, besetzte sie kurzfristig, hatte Zeit genug, Flughafen, Flugzeuge und Depots zu zerstören, Kriegsmaterial zu übernehmen und sahrauische Gefangene zu befreien, bevor der marokkanische Nachschub eintraf. Die Verluste auf marokkanischer Seite waren sehr hoch. Das geschah in diesem Jahr mehrmals in Tan Tan, einer wichtigen Nachschubbasis in Marokko. In letzter Zeit wurden der Grenzposten Lebuirat und die Westsahara - Stadt Smara so überfallen.

Die Schlacht um Smara dokumentierte den Wechsel vom Guerillakrieg zur Materialschlacht. Durch den Einsatz von Mirage - Bombern durch Marokko gab es auch auf sahrauischer Seite schwere Verluste. die Sahrauis konnten aber den Flughafen und drei Bomber zerstören.

Voraussetzung für diese neue Art der Kriegsführung war eine bessere Bewaffnung, die sich die Polisario zum einen mit erbeuteten marokkanischen Waffen, zum anderen durch verstärkte Lieferungen aus Libyen verschaffte. (FT 2.8.,SZ 10.8., Liberation 10.10., afrique - asie 29.10.)

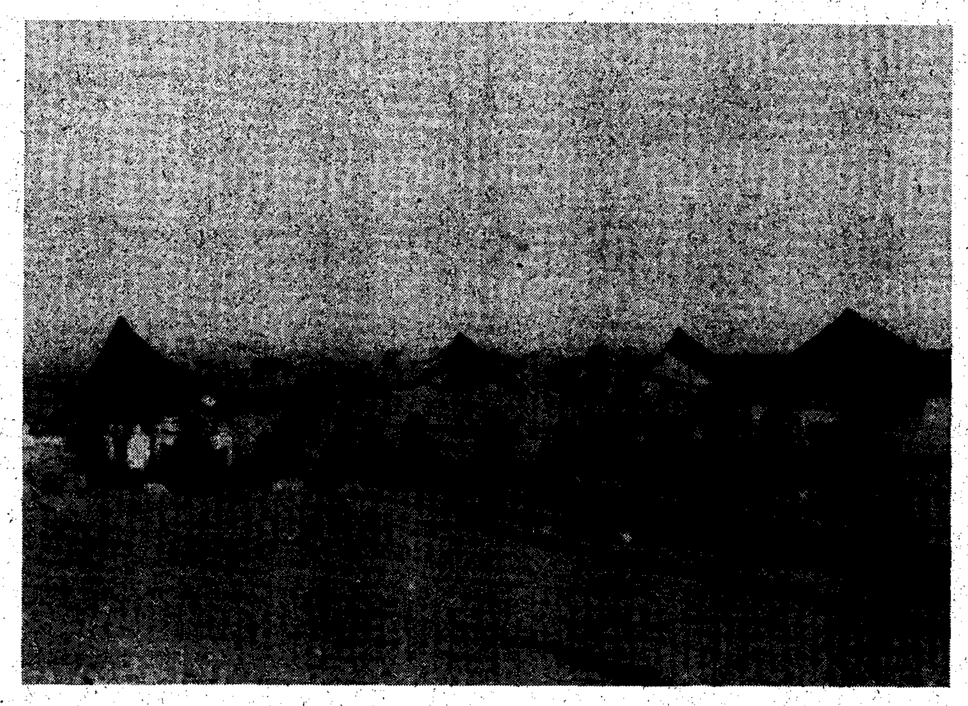
So fuhren die Guerillas in Smara mit modernem sowjetischem Artillerie - Material auf, das sie den Marokkanern in Lebuirat abgenommen hatten.

Mit dem neuen Material und der überlegenen Taktik ist die Einschätzung der Polisario wohl berechtigt, daß sie Marokko eine militärische Lösung aufzwingen könnte. (FR 10.10., Liberation 10.10., Spiegel 10.9.)

bl

Indianer brennen Herzogs Urwaldlager nieder

Das Urwalddorf im peruanischen Dschungel, in dem der deutsche Regisseur Werner Herzog einen Film drehen wollte, ist von Indianern niedergebrannt worden. Wie Herzog vor Journalisten in Lima mitteilte, überfielen rund 200 mit Schrotgewehren, Speeren und Macheten bewaffnete Indianer des Agaruna-Stammes das Dorf und zertrümmerten Funkgeräte, Generatoren und Boote. Anschließend legten sie Feuer. Herzog bezifferte den Schaden auf 80 000 Dollar. Das Dorf war als Hauptdrehort für einen Film über den irischen Kautschuk-Baron „Fitzgeraldo" vorgesehen. Herzog wehrte sich gegen die Angriffe von Anthropologen und Missionaren, er zerstöre die Lebensart der Agarunas. Er erklärte, die Indios trügen T-Shirts mit dem Abbild John Travoltas, besäßen Motorboote und Transistorradios. Er warf Anthropologisten, Missionaren und „politischen Agitatoren" vor, die Indianer gegen sein Filmprojekt aufzuhetzen. Wie berichtet, hatte Herzog sich auch schon gegen Vorwürfe zu verteidigen, nach denen die Indios zur Mitwirkung an seinem Film gezwungen worden sind. rtr/BZ



Lager in der Westsahara
Fotos: medico international

Iran

Khomeiny und die Orthodoxen Geistlichen im Vormarsch

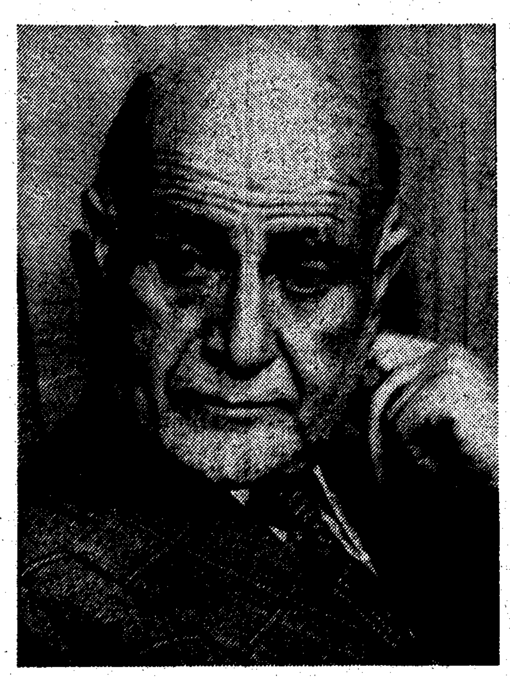
NZZ 11.10., 12.11., 17.11.79; FR 7.11.79

In den vergangenen drei Monaten hat Khomeiny seine starke Stellung in der islamischen Republik weiter ausgebaut. Fast der gasamte Staatsapparat wird jetzt von konservativen Geistlichen oder von Politikern beherrscht, die enge Gefolgsleute Khomeinys sind.

Ende September wurde Hassan Nazih als Chef der iranischen Erdölgesellschaft NIOC entlassen. Der liberale Nazih, unter dem Schah ein prominenter Vorkämpfer für Menschenrechte, hatte sich als europäisch geschulter Fachmann gegen eine geistliche Günstlingswirtschaft gestellt. Deswegen war er mit dem Abgesandten Khomeinys in der Erdölgesellschaft, Hojjatollah Eschraqui, in Konflikt geraten. Auch sein Freund Bazargan, der damals noch Ministerpräsident war, konnte ihn nicht halten. Nazih verschwand im Untergrund, als Khomeinys islamische Schlägerbanden („Wächter der Revolution") ihn und seine Familie zu drangsalieren begannen und als er sich vor einem „Revolutionären Gerichtshof" wegen seines hohen Gehalts verantworten sollte.

Etwa zur gleichen Zeit bildete Bazargan die Regierung um und mußte dabei Mustafa Chamran zum Verteidigungsminister ernennen. Chamran hat seine militärische Erfahrung ebenso wie der mit ihm befreundete Kommandant der „Revolutioswächter" bei den schiitischen Kämpfern im Südlibanon erworben. Einerseits fanatischer Moslem, ist er anderseits aber auch mit der modernen Technik der Macht vertraut und wendet sie skrupellos an: Ihm verdankt Khomeiny den Aufbau seines Geheimdienstes SAVAMA, der mit dem SAVAK des Schah nicht nur die Organisationsstruktur, sondern auch etliches Personal gemeinsam hat. In der Armee gab und gibt es immer noch widerspenstige Soldaten, die sich noch immer wie im Volksaufstand gegen den Schah weigern, auf ihre Landsleute (z.B. die Kurden) zu schießen. Mit der Ernennung Chamrans zum Verteidigungsminister hat der Khomeiny - Flügel versucht, die Armee endgültig unter seine Kontrolle zu bekommen und die ungehorsamen patriotischen Kräfte auszuschalten. Chamran hat sofort nach seiner Einsetzung erklärt, die Armee werdenun von oben nach unten „gesäubert".

Das letzte große Hindernis für die orthodoxen Mullahs, den Staat in die Hand zubekommen, war die Regierung von Mehdi Bazargan. An drei Punkten ist Bazargan während seiner siebenmonatigen Amtszeit immer wieder mit Khomeiny aneinandergeraten und hat dabei stets den Kürzeren gezogen: Erstens wollte er dem iranischen Volk formale demokratische Freiheiten nach westlichem Muster gewähren. Zweitens hat er versucht, der Verwaltung ein gewisses Maß an Effektivität und Überschaubarkeit zu bewahren. Und drittens ging es ihm darum, zumindest gute diplomatische Kontakte zu den Industrieländern zu behalten. Bazargan hat nichts daran ändern können, daß Wahlen zugunsten der Khomeiny - Partei gefälscht wurden, daß oppositionelle Zeitungen und Gruppen verboten wurden, daß mit brutaler Waffengewalt gegen die Kurden und andere nationale Minderheiten vorgegangen wurde, die kulturelle Autonomie und Selbstverwaltung forderten, und daß eine vernünftige Verwaltung auf Grund der Verselbständigung der religiösen Institutionen immer schwieriger wurde. Immer wieder wurde er von Khomeiny als „Bremser" und „Zauderer" beschimpft und für alle Fehler verantwortlich gemacht. Als schließlich Anfang November die Beschäftigten der US - Botschaft in Teheran von Khomeiny - Anhängern als Geiseln genommen wurden und als klar wurde, daß Khomeiny und der Geheime Revolutionrat diese Verletzung des internationalen Rechts gutheißen und unterstützen würde, trat die Regierung Bazargan zurück. Sie wollte nicht mehr länger für Zustände verantwortlich sein, an denen sie faktisch nichts ändern konnte.



Der zurückgetretene Ministerpräsident Bazargan.

Nach dem Rücktritt Bazargans wird das Land nun auch offiziell vom Geheimen Revolutionsrat regiert. Der Revolutionsrat wurde von neun auf fünfzehn Mitglieder vergrößert, von denen nur einige persönlich bekannt sind. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Khomeiny - Flügel mit seinem Wortführer Ayatollah Beheschti an der Spitze auch hier am stärksten ist. Die Ratsmitglieder haben die Beaufsichtigung der Ministerien unter sich aufgeteilt. Bani Sadr, schon im Pariser Exil Khomeinys Berater für Wirtschaftsfragen, hat nicht weniger als acht Ministerien unter sich: Wirtschaft, Erdöl, Finanzen (wozu auch das ganze verstaatlichte Bankensystem gehört), Planung, Wasser und Elektrizität, Handel, Industrie und Landwirtschaft. Als Außenminister wurde er Ende November von Ghotbzadeh, einem noch engeren Vertrauten Khomeinys, abgelöst. Die anderen wichtigen Minsterien werden von vier Ayatollahs beherrscht: Rafsanjani und Mahdavi Kani haben das Innenministerium übernommen, Khameneyi beaufsichtigt das Verteidigungsministerium, in dem Chamran seinen Ministerposten behalten hat. Ayatollah Beheschti, der Vorsitzende von Khomeinys „Partei der Islamischen Republik", hat die Kontolle über das Ministerium für Soziale Angelegenheiten erhalten. Als Generalsekretär des Geheimen Revolutionsrats ist er gleichzeitig der Koordinator der verschiedenen Ministerien.

Auch der Geheime Revolutionsrat kann freilich nichts ohne und schon garnichts gegen Khomeiny unternehmen. Z.B. hatte sich der Revolutionsrat entschlossen, Mitte November eine amerikanische Delegation zu empfangen, um mit ihr über die Botschaftsbesetzung zu verhandeln. Die beiden amerikanischen Unterhändler hatten sich bereits auf die Reise gemacht, als Khomeiny mit einer Radioansprache dazwischenfuhr und erklärte, weder er selbst noch der Revolutionsrat werde die Abgesandten empfangen, die daraufhin in Istanbul steckenblieben.

Der vorläufige Höhepunkt der Machtausdehnung Khomeinys im Staat ist die Verfassung, die der „Expertenrat" nach zweieinhalbmonatiger Beratungszeit Mitte November vorgelegt hat und über die Anfang Dezember unter den schon üblichen Bedingungen der Einschüchterung und des Betrugs seitens der „Partei der islamischen Republik" und ihrer bewaffneten Kräfte abgestimmt wurde. Der „Expertenrat" besteht zu zwei Dritteln aus Geistlichen der Pro - Khomeiny - Richtung (vgl. blätter des iz3w, Nr. 80, S. 13), die eine wichtige Veränderung gegenüber dem ersten Verfassungsentwurf durchgesetzt haben: Neben Staatspräsident und Ministerpräsident ist jetzt noch eine Art religiöser Überpräsident vorgesehen, dessen Amt ganz und gar auf Khomeiny zugeschnitten ist. Er soll den vom Volk gewählten Staatspräsidenten ernennen, nachdem er schon vorher die Präsidentschaftskandidaten einer Vorauswahl unterzogen hat. Er wird auch die sechs geistlichen Mitglieder des elfköpfigen Überwachungsrates einsetzen, die kontrollieren müssen, ob vom Parlament verabschiedete Gesetze dem Islam nicht widersprechen. Er wird weiter der oberste Kommandant der Streitkräfte sein und die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen sowie jenen der Revolutionswächter ernennen. Er erklärt Krieg und Frieden. Er bestimmt auch den obersten Richter des Verfassungsgerichtes. Darüber hinaus verkörpert er die Legitimität des Regimes, und es dürfte ihm offenstehen, direkt oder über den erwähnten Rat der religiösen Wächter in alle Angelegenheiten des Staates einzugreifen. Superminister Bani Sadr hat dazu erklärt, die neue Verfassung sei demokratisch und islamisch zugleich.



Abolhassan Bani Sadr

Welches Klasseninteresse und welche Politik setzen sich mit Khomeiny durch?

Das Tauziehen zwischen Khomeiny und Bazargan um die Macht im Staat ist Teil des Klassenkampfes, der sich heute im Iran hinter der islamischen Kulisse abspielt. Dabei geht es offenbar weniger um den Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapital, als vielmehr um die Auseinandersetzung verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie.

Die verschiedenen Flügel der schiitischen Geistlichkeit spiegeln in gewisser Weise die Klassenverhältnisse des heutigen Iran wider. Wenn wir die ganz dünne Kompradorenbourgeoisie außer Acht lassen, die durch den Sturz des Schahregimes vorläufig entmachtet wurde, gibt es im Wesentlichen drei große Klassen, die zwar alle den Schah bekämpft haben, deren Interessen über das an nationaler Unabhängigkeit vom Imperialismus hinaus aber so unterschiedlich sind, daß sie heute miteinander um die Macht ringen:

— Die *nationale Bourgeoisie* (Fabrikanten, reiche Basaris, Großbauern, hohe Verwaltungsbeamte usw.) verfügt über Kapital und möchte dies vermittels der Ausbeutung fremder Arbeitskraft vergrößern. Sie strebt daher eine nationalkapitalistische Entwicklung an, d.h. eine Industrialisierung des Landes soweit in eigener Regie, wie es die Notwendigkeit der technologischen Zusammenarbeit mit den Industrieländern erlaubt, auf der finanziellen Grundlage der Erdöleinnahmen. Was Bazargan als Ministerpräsident verwirklichen wollte, sind die politischen Voraussetzungen für eine nationalkapitalistische Entwicklung: Formale Freiheiten ermöglichen die notwendige Mobilität der Arbeitskräfte; eine effektive, von religiösen Irrationalismen freie Verwaltung macht Investitionen kalkulierbar; und gute diplomatische Kontakte zu den Industrieländern sichern die Erdöleinnahmen und den Technologietransfer.

Ein anderer typischer Vertreter der nationalen Bourgeoisie ist der zweithöchste Geistliche Irans, Ayatollah Schariat - Madhari. Schariat - Madhari, selbst ein Kapital- und Landeigentümer großen Stils, hat eine eigene „Partei des Islamischen Volks" zur Seite, die zur Repressionspolitik Khomeinys in Opposition steht und zeitweilig sogar verboten war. Im Gegensatz zu den Ayatollahs des Khomeiny - Flügels vertritt Schariat - Madhari das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche. Daß er bei seiner Volksgruppe, den türkisch sprechenen Asserbeidschanern, die fast genauso groß ist wie die der Farsi sprechenden Perser, zahlreiche Anhänger hat, ist ein wichtiger Machtfaktor für den liberal - islamischen Flügel und die nationale Bourgeoisie.

— Die wohl *umfangreichste Klasse* besteht aus den ärmeren Leuten, die noch weitgehend in der traditionalen Wirtschafts- und Lebensweise verblieben sind. In Persien, wo das Privateigentum seit jeher eine große Rolle spielt, handelt es sich dabei vor allem um *Kleinbauern und Kleinbürger* (kleine Bazaris, Handwerker, fliegende Händler usw.). Diese Leute hängen natürlich an ihrem Eigentum, das für sie die Lebensgundlage darstellt. Für sozialistische Forderungen sind sie deshalb nicht zu haben. Sie haben aber auch kein Interesse an einer nationalkapitalistischen Entwicklung, die sie proletarisieren und so ihre traditionale Lebensweise ebenfalls zerstören würde. Ihr Interesse richtet sich daher auf wirtschaftlichen und kulturellen Stillstand, der im Gegensatz zu den Verhältnissen unter dem Schahregime vom Staat nach außen gegen eine Überschwemmung mit ausländischen Waren und fremde Einflüsse abgeschirmt wird.

Der orthodox - islamische Flügel um Khomeiny, Beheschti usw. ist darauf versessen, die religiösen Vorschriften wieder zur Geltung zu bringen, von denen die traditionale Lebensweise bestimmt wird. (Da diese Normen auf Grund der kulturellen Überfremdung durch den Imperialismus zu Symbolen der nationalen Identität wurden, konnte Khomeiny sich zum Wortführer es Volksaufstands gegen Schahregime und Imperialismus aufschwingen). Die Interessen der orthodoxen Geistlichen sind also am ehesten mit denen der kleinbäuerlich-kleinbürgerlichen Klasse in Übereinstimmung zu bringen. Mit einem gewissen Recht läßt sich daher sagen, daß Khomeiny der politische Vertreter dieser Klasse ist, wenngleich er sich auch mit jeder anderen Gruppe oder Klasse verbinden würde, falls dies der Durchsetzung seines Islam nützlich wäre.

— Im Unterschied etwa zum Nachbarland Afghanistan gibt es im Iran bereits eine (jedenfalls zahlenmäßig) starke *Arbeiterklasse*. Legt man ökonomische Kriterien zugrunde, sind etwa 30 — 35% der persischen Bevölkerung als Proletariat zu bezeichnen.

Allerdings hat sich das iranische Proletariat noch kaum von einer Klasse an sich in eine Klasse für sich entwickelt. Daß große Teile der Landbevölkerung in der Hoffnung auf Lohnarbeit in die Städte und die industriellen Ballungsräume abwanderten, wurde erst durch die Politik des Schahregimes (Kapitalisierung der Landwirtschaft, sprunghafte Steigerung der Öl- und Gasförderung, Niederlassung von Montagebetrieben der Internationalen Konzerne usw.) in Gang gesetzt. Viele Arbeiter haben noch Verbindung zu ihren Familien auf dem Land und sind daher in ihrem Bewußtsein und in ihren Lebensformen immer noch sehr stark von kleinbäuerlich - islamischen Normen geprägt. Es ist daher kein Wunder, daß nur ein winziger Teil des Proletariats eine sozialistische Perspektive hat und sich gegen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sowie die profitorientierte Wirtschaftsweise stellt. Ein großer Teil der Arbeiter und vor allem der Arbeitslosen läßt sich mit der nationalistischen Propaganda Khomeinys abspeisen, die ja insofern auch ihre Berechtigung hat, als sie die Wachsamkeit der Bevölkerung gegen ausländischen Einfluß und Imperialismus aufrechterhält.

Sozialistisches Bewußtsein haben bisher leider fast nur *fortschrittliche Intellektuelle*. Aus dieser Schicht rekrutieren sich auch die linken Gruppen wie Volksfedayin und Volks - Mujahedin. Da es für die linken Gruppen in der heutigen Situation unmöglich ist, die Machtfrage zu stellen, dürfte ihre Aufgabe bis auf Weiteres in der Bewußtseinsarbeit unter der iranischen Arbeiterklasse bestehen, um diese von ihrer kleinbürgerlichen islamischen Prägung wegzuholen und auf mehr als nur nationale Ziele zu orientieren. Die Mujahedin versuchen mit einigem Erfolg, für ihre sozialistischen Forderungen dadurch eine breitere Basis zu erlangen, daß sie diese mit islamischen Inhalten verbinden. Weil solche Verbindungen (wie wohl bei jeder Religion) zwar nicht zwingend, aber immerhin möglich sind, gibt es in der islamischen Geistlichkeit auch einen schwachen fortschrittlichen Flügel. Sein Wortführer war der Anfang September verstorbene Ayatollah Taleghani, dessen Söhne den Volks - Mujahedin angehören.

Wenn Khomeiny und die orthodoxe Geistlichkeit sich heute immer neue Positionen im Staat erobern, gerät die islamische Republik damit endgültig in die Hände von Machthabern, die weder ein Konzept noch den Willen haben, das Land zu entwickeln und wirtschaftlich aufzubauen. Dafür gibt es drei Gründe:

— Erstens interessieren sich die meisten Geistlichen gar nicht für diese Aufgabe, geschweige denn, daß sie etwas davon verstehen. Den Fachleuten, die dafür ausgebildet sind, wird es in dem sittenstrengen Staat der Mullahs, in dem sie ihre westlich geprägte Lebensweise nicht ohne Schwierigkeiten fortsetzen können, allmählich ungemütlich: Sie verlassen scharenweise das Land.

— Zweitens blockiert der Klassenkampf zwischen liberalem Großbürgertum und Kleinbourgoisie die Möglichkeit, überhaupt Entscheidungen im wirtschaftlichen Bereich zu



Slums im Süden Teherans

treffen und durchzuführen. Die Ayatollahs können keine der beiden Klassen endgültig verprellen. Deshalb lassen sie vorläufig alles alles auf sich beruhen. Sie schwanken hin und her und nehmen einmal ergriffene Maßnahmen häufig wieder zurück. Gegen das Elend der Arbeits- und Wohungslosen haben sie noch nichts Entscheidendes in die Wege geleitet.

— Drittens stimmen die eigenen Interessen der orthodoxen Geistlichkeit am meisten mit denen der Kleinbourgeoisie überein, die das Land weder so noch so entwickeln will und auf abgeschirmte Stagnation hinarbeitet. Diese Basis geht den Ayatollahs um Khomeiny auch dann nicht verloren, wenn das Ausbleiben sozialer Maßnahmen dazu führt, daß sich die extrem Unterprivilegierten von ihrem Idol abwenden.

Erste Anzeichen dafür, daß die Massen Khomeiny eines Tages nicht mehr blind folgen werden, hat es bereits gegeben: Enttäuschte Arbeitslose haben vereinzelt gegen sein Regime demonstriert. Um einem schrittweisen Zerfall seiner Autorität zuvorzukommen, heizt Khomeiny jetzt die nationalistischen Gefühle und die antiimperialistische Stimmung wieder an.

Der berechtigte Anti-Amerikanismus schlägt in eine Regime - stabilisierende Ideologie um!

NZZ 7.11., 17.11., 23.11.79; FR 7.11., 8.11., 9.11., 10.11.79

Botschaften und Konsulate sind für die Iraner während der vergangenen hundert Jahre der Sitz verborgener Mächte gewesen, die über und hinter ihren eigenen Regierungen standen und diese nach ihrer Pfeife tanzen ließen. Sie wurden gerade wegen ihrer Unantastbarkeit zu den wichtigsten Symbolen der auswärtigen Mächte, deren Druck auf das eigene Land man Generationen hindurch verschmerzen mußte. Botschaften und Konsulate (und nicht Banken und Niederlassungen des Internationalen Kapitals) werden als lokale Quellen empfunden, aus denen die Flut der fremden, westlichen Sitten und Gebräuche emporquoll. Es hatte daher eine elektrisierende Wirkung auf die Massen, die für Außenstehende nur schwer vorstellbar ist, als die US - Botschaft in Teheran am 4. November von national - islamischen Aktivisten besetzt wurde, die sich selbst als „moslemische Studenten, die Ayatollah Khomeiny folgen" bezeichnen. Die meisten Iraner erfüllt es mit tiefer Befriedigung, daß das Wohl und Wehe einiger Amerikaner nun in persischer Hand liegt, nachdem es bisher immer umgekehrt war. In ihrer berechtigten Wut auf die „Yankees" ist ihnen das internationale Recht und die Immunität fremden Botschaftspersonals ziemlich gleichgültig.

Es ist schwer zu sagen, ob die herrschenden Ayatollahs von der Besetzung der US - Botschaft vorher gewußt und diese vielleicht sogar mitgeplant haben. Immerhin hat Khomeiny kurz vor der Geiselnahme öffentlich kritisiert, daß die Regierung Bazargan zu wenig gegen den US-Imperialismus unternähme, und das Volk zu anti - amerikanischen Aktionen aufgestachelt. Und Ayatollah Mussavi - Khoini erklärte in einem Fernsehinterview, er habe die Aktion vorher gutgeheißen. „Nur der verteufelte Teheraner Verkehr hat mich daran gehindert, rechtzeitig am Ort des Geschehens zu erscheinen".



Fest steht aber jedenfalls, daß Khomeiny und der Revolutionsrat sich sofort nach der Besetzung mit den Geiselnehmern solidarisiert haben. Nicht nur, daß sie nichts unternehmen, damit die Geiseln freigelassen werden und der gefährliche Konflikt mit den USA sich entschärft. Ende November wird ja das Personal der von den Besetzern inzwischen verminten Botschaft immer noch gefangengehalten. Darüber hinaus lassen die herrschenden Geistlichen das Vorgehen der Besetzer sogar von den Pasdaran („Wächter der Revolution") und anderen bewaffneten Einheiten unterstützen.

Die Geiselnehmer bezeichnet Khomeiny als „junge Leute, die mir so lieb sind". Daß z.B. die Volksfedayin sich weigern, die Geiselnahme gutzuheißen, nimmt er zum Anlaß, wieder einmal über die linke Opposition herzuziehen und diese sogar als Agenten des US - Imperialismus abzustempeln. „Die Leute, die sich regelmäßig selbst als Fedayin - Kalkh bezeichnen, habe ich



nicht in der Liste jener Namen gesehen, die unsere jungen Leute unterstützt haben. Wenn sie nicht für Amerika sind, wie ist es dann möglich, daß sie ihre Unterstützung (für die Botschaftsbesetzung und Geiselnahme) verweigert haben. Sie wollen Nationalisten sein. Nationalisten aber sind zwangsläufig gegen Amerika, wie unsere ganze Nation ein Feind Amerikas ist".

Ob vom herrschenden Klerus gewollt und geplant oder nicht, der Wirbel um die Besetzung der amerikanischen Botschaft kommt ihm sehr gelegen und er schlachtet ihn weidlich für seine Zwecke aus: Indem der äußere Widerspruch gegeüber dem US - Imperialismus wieder stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung tritt, geraten die inneren Probleme wie wirtschaftliche Stagnation und Unterdrückung der nationalen Minderheiten vorläufig in Vergessenheit. Das iranische Staatsfernsehen hat das so ausgedrückt: „Imam Khomeiny hat durch seine Entschiedenheit neue Begeisterung im Volk geweckt. Die Besetzung des amerikanischen Spionagenestes ist ein revolutionärer Akt, es ist wieder alles so, wie in den Tagen der Revolution". Vor einem Jahr war der Anti - Amerikanismus ein notwendiger Faktor, um das ganze Volk für den Kampf gegen das Schahregime zu vereinen, das tatsächlich im Interesse des US - Imperialismus und anderer ausländischer Mächte das Land regierte. Heute beginnt das Khomeiny - Regime, den Anti - Amerikanismus mit Forderungen wie der nach Auslieferung der Person des Schah zu provozieren, um seine eigene Hilflosigkeit zu kaschieren und seine Herrschaft zu stabilisieren. Daß der Schah von den USA ausgeliefert wird, ist angesichts der blutigen Verbrechen des ehemaligen „Monarchen" und seines SAVAK eine gerechte Forderung, würde aber an der elenden Lage der Massen in der „Islamischen Republik" wenig ändern.

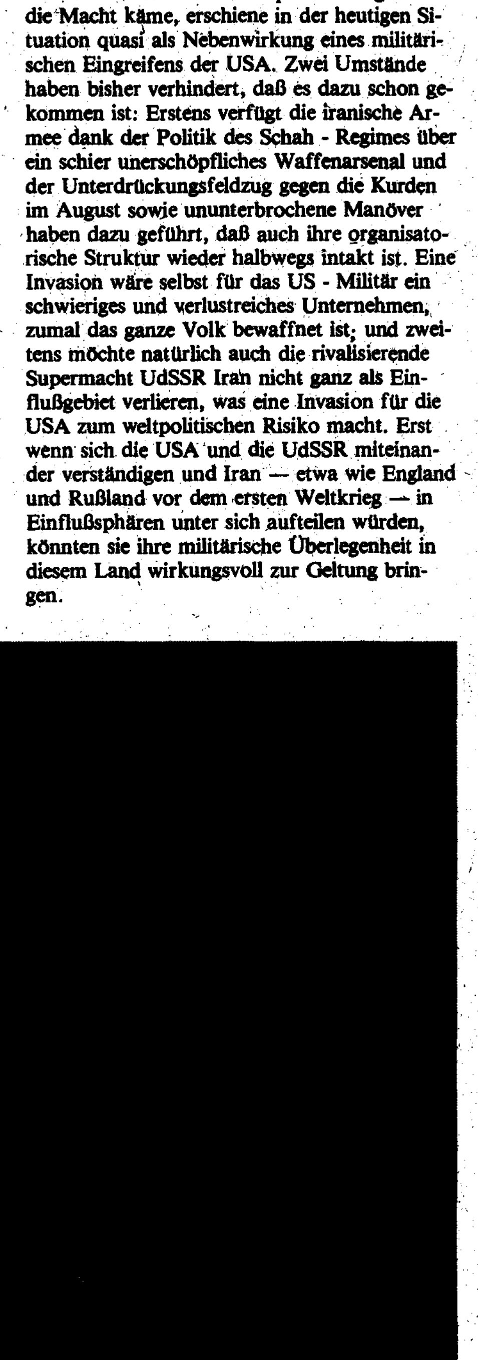
Nur am Rande sei erwähnt, daß außer Khomeiny auch noch andere versuchen, aus den spektakulären Vorgängen in Teheran publicity - Erfolge für sich zu machen. Boxchampion Muhammed Ali und der Papst haben eilfertig ihre Dienste angeboten, um zwischen Khomeiny und Carter zu vermitteln. Während ihre guten Dienste abgelehnt wurden, konnte die PLO einen tatsächlichen Erfolg für sich verbuchen: Da Khomeiny nur mit Vermittlern der Palästinenserorganisation zu verhandeln bereit war, sah sich Carter gezwungen, erstmals offizielle Gespräche mit der PLO aufzunehmen. Die amerikanische Regierung hatte das bisher von der Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die PLO abhängig gemacht.

Außenpolitisch wichtiger als der anti - amerikanische Theaterdonner ist sicher, daß die Regierung Bazargan in ihren letzten Amtstagen den 1959 vom Schah unterzeichneten Beistandspakt mit den USA gekündigt hat, nachdem sie von den religiösen Führern wegen ihrer weichen Linie gegenüber Carter scharf angegriffen worden war. Gleichzeitig hob Bazargan die Artikel 5 und 6 des seit 1921 bestehenden Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion auf. Die beiden Verträge räumten den Supermächten das Recht ein, ihre Truppen in persisches Gebiet einmarschieren zu lassen, falls Iran von einer dritten Macht angegriffen wird. Mit der Kündigung der beiden Verträge beginnt das Khomeiny - Regime seinen Anspruch auf Blockfreiheit zu verwirklichen. Daß es unabhängig von seiner innenpolitischen Hilflosigkeit und Repressivität außenpolitisch weiterhin einen antiimperialistischen Kurs steuert, zeigt

sich auch daran, daß die Lieferungen an die internationalen Öl - Multis auch im vierten Quartal 1979 weiter reduziert worden sind.

Die US - Regierung hat der halbamtlichen Geiselnahme ihres Botschaftspersonals in Teheran nicht untätig zugesehen. Carter hat die Lieferung von Ersatzteilen für Kriegsmaterial nach Iran eingestellt. Er hat die Deportierung iranischer Bürger ohne Aufenthaltsgenehmigung aus den Vereinigten Staaten angeordnet. Er hat die Käufe von iranischem Erdöl untersagt. Unter Berufung auf das Notrecht hat er ferner die Vermögenswerte des iranischen Staates blockiert.

Schließlich hat er vom Sicherheitsrat der UNO einen Appell zur Freilassung der Geiseln erwirkt. Alle diese Maßnahmen (vielleicht mit Ausnahme der ersten) jucken das Khomeiny - Regime wenig. Da vorhersehbar war, daß sie faktisch unwirksam sein würden, könnten diese Maßnahmen möglicherweise nur dem Zweck gedient haben, eine militärische Intervention als letztes Mittel erscheinen zu lassen und dadurch zu legitimieren. Tatsächlich hat Carter Ende November begonnen, mit militärischer Gewaltanwendung zu drohen, und auch schon eine ganze Flotte von Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen vor der iranischen Küste zusammenziehen lassen. Daß das Khomeiny - Regime so offenkundig internationales Recht bricht, produziert die Legitimität, die der US - Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit braucht, um Iran mit brutaler Waffengewalt wieder in die Abhängigkeit zwingen zu können. Daß außer dem hoffnungslosen Versuch, die 50 Geiseln zu befreien, auch die Ölquellen wieder ungehindert für das US - Kapital sprudeln würden und ein neues Kompradorenregime an die Macht käme, erschiene in der heutigen Situation quasi als Nebenwirkung eines militärischen Eingreifens der USA. Zwei Umstände haben bisher verhindert, daß es dazu schon gekommen ist: Erstens verfügt die iranische Armee dank der Politik des Schah - Regimes über ein schier unerschöpfliches Waffenarsenal und der Unterdrückungsfeldzug gegen die Kurden im August sowie ununterbrochene Manöver haben dazu geführt, daß auch ihre organisatorische Struktur wieder halbwegs intakt ist. Eine Invasion wäre selbst für das US - Militär ein schwieriges und verlustreiches Unternehmen, zumal das ganze Volk bewaffnet ist; und zweitens möchte natürlich auch die rivalisierende Supermacht UdSSR Iran nicht ganz als Einflußgebiet verlieren, was eine Invasion für die USA zum weltpolitischen Risiko macht. Erst wenn sich die USA und die UdSSR miteinander verständigen und Iran — etwa wie England und Rußland vor dem ersten Weltkrieg — in Einflußsphären unter sich aufteilen würden, könnten sie ihre militärische Überlegenheit in diesem Land wirkungsvoll zur Geltung bringen.



US-Flugzeugträger „Midway": Kurs auf den Persischen Golf

Widersprüche der nationalen Befreiung

In Iran treten heute Widersprüche und Schwierigkeiten in besonders scharfer Weise hervor, die wohl in jedem Land der Dritten Welt den Prozeß der nationalen Befreiung vom Imperialismus in der einen oder anderen Weise begleiten.

Einerseits ist die emphatische Betonung der äußeren Konfliktfront gegenüber den Supermächten und ihrer westlichen Kultur notwendig, damit die verschiedenen Klassen und Volksgruppen eines Landes der Dritten Welt sich vereinen und entschlossen gegen die fremden Imperialisten und ihre Lakaien im eigenen Land kämpfen. In der Regel kommt die Betonung des Außenkonflikts und die innere Einheit durch nationalistische Ideologie zustande, die aufgrund der schmerzlich empfundenen westlich - modernen Überfremdung viele Elemente der traditionellen Kultur — z.B. der hergebrachten Religionen — in sich aufgenommen hat. Nationale Ideologie als Grundlage der emphatischen Einheit des Volks gegenüber fremden Einfluß ist auch dann noch wichtig, wenn ein Kompradorenregime wie das des Schah bereits gestürzt wurde: die Ablösung vom Imperialismus hat damit ja erst begonnen und wird weitere schwierige Kämpfe erfordern, die nur von einem einigen und entschlossenen Volk gewonnen werden können.

Andererseits behindern diese nationalen Ideologien, die die äußere Befreiung vom Imperialismus erst ermöglichen, aber aus zwei Gründen den Fortschritt innerhalb der Länder selbst: Erstens stehen die traditionellen Normen, auf deren Grundlage die nationale Identität erwächst, dem wirtschaftlichen Aufbau und der sozialen Befreiung der Unterprivilegierten und Elenden häufig im Wege. Auch schon vor dem Kolonialismus hat es ja in den Ländern der Dritten Welt Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenstrukturen gegeben.

Wichtiger ist der zweite Grund: Die nationalistische Betonung von Außenkonflikten bringt stets die Gefahr mit sich, daß die inneren Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen und Volksgruppen unterdrückt werden und nicht zur Lösung kommen können. Unfähige und unterdrückerische Regimes können den berechtigten Antiimperialismus benutzen, um ihre eigene Herrschaft zu stabilisieren. Das Schlimmste daran ist, daß der Antiimperialismus sich dabei selbst im Wege steht, weil natürlich unfähige und unterdrückerische Regimes sehr leicht wieder zu Opfern und Werkzeugen des Imperialismus werden. In manchen Fällen mündet die nationalistische Betonung des Außenkonflikts und die Besinnung auf die Größe der eigenen Geschichte und Kultur sogar dahin aus, daß das betreffende Regime nun seinerseits andere Völker angreift und fremde Gebiete erobern will.

Dieser innere Widerspruch der nationalen Befreiung ist dauerhaft wohl nur dann lösbar, wenn die Regierung, die einen traditionsgeprägten Nationalismus als antiimperialistische Ideologie einsetzt, demokratische Freiheitsrechte gewährt, sodaß alle Klassen udn Volksgruppen ihre Interessen legitim vertreten können (vgl. dazu „blätter des iz3w", Nr. 80, S. 15); und wenn sie ein wirtschaftliches Aufbauprogramm in die Wege leitet, das den Arbeitslosen und Hungernden tatsächlich aus dem Elend hilft. Davon ist das Khomeiny - Regime heute weit entfernt.

hpö

MEDIENKRITIK

Information als Deformation

Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die Arbeitsweise der internationalen Nachrichtenagenturen. 90 % der in der Welt verbreiteten Nachrichten werden von fünf europäischen und amerikanischen Agenturen geliefert. Sie bestimmen auch die Informationen, die in der Dritten Welt über die Dritte Welt verfügbar sind. Mit dem Ziel, der Beherrschung durch die großen Nachrichtenagenturen entgegenzuwirken, wurde im Rahmen der Bewegung der Blockfreien ein „Nachrichtenpool" gegründet. Auf der letzten OAU-Konferenz im Juni 1979 ist die Gründung einer panafrikanischen Nachrichtenagentur beschlossen worden. Die Arbeit des „Nachrichtenpools" wird im folgenden Artikel recht optimistisch eingeschätzt. Der „Nachrichtenpool" ist zweifelsohne ein wichtiges Instrument der Information. Aber auch diese Institution wird von den Regierungen der Dritte-Welt-Länder getragen. Die Qualität der verbreiteten Nachrichten hängt davon ab, welchen Spielraum die jeweiligen Regierungen ihren nationalen Agenturen bei der Berichterstattung, etwa über innenpolitischen Konflikte, einräumen.

Red.

Zur Unordnung des internationalen Nachrichtenagenturwesens

Exemplarisch: zwei UPI-Stories

Chile, Sommer 1973: Der Streik der Transportunternehmer wird in den bei uns eingelangten Agenturmeldungen zum Streik der Lastwagenfahrer, dank UPI (United Press International). Eine Demonstration wohlhabender Frauen gegen Warenverknappung wird uns als Beweis für den „Volkswiderstand gegen das Allenderegime" erzählt, dank UPI. Durch die Brille dieser US-Nachrichtenagentur war aus der damaligen Spannung in Chile ein Chaos geworden: Jeder wartete nur mehr auf „Ordnung".
Schwenk nach Asien, nach Indochina: Über den Verlauf der Kämpfe im Vietnamkrieg gab UPI Tag für Tag die Stellungnahmen des Saigoner Generalstabes als wichtigste Bezugsquelle ihrer Nachrichten in die Welt hinaus.
El Salvador, Präsidentschaftswahl am 20. 2. 1977: General Humberto Romero, Verantwortlicher der Bauernmassaker von La Cayetana und Aguilares und der brutalen Zerschlagung eines studentischen Protestmarsches, Vertreter der Großgrundbesitzer und Industriellen, wird zum Präsidenten „gewählt" durch einen handfesten Betrug, der von der UNO noch in der Wahlnacht in einer hieb- und stichfesten Dokumentation aufgedeckt wird. Vier Tage später: Tausende Oppositionelle, geschart um den Gegenkandidaten Oberst Claramount, besetzen die zentrale Plaza Libertad in der Hauptstadt San Salvador. Sie geloben, bis zur Korrektur des Schwindels zu bleiben. In der Nacht des 27./28. Februar umstellen Einheiten aus Armee, Polizei und Zivilgarde den Platz und geben den verbliebenen 6 000 Menschen zehn Minuten Zeit zum Verschwinden. Panik bricht aus, bevor die ersten Schüsse fallen. Fazit dieses Massakers und der darauffolgenden brutalen Unterdrückung in den Provinzen: 500 Tote und 1 200 Verwundete. Laut El Salvadors Regierungssprecher sind es aber nur sechs Tote gewesen. Und genau so erfuhren wir es auch in Mitteleuropa – dank UPI (1).

„Kommunistische" Bischöfe

Im August 76 wurden in Chile katholische Bischöfe und Priester, die zu einer Konferenz über Verkündigung und politische Realität in Lateinamerika zusammentrafen, des Landes verwiesen. In der weltweiten Berichterstattung über diesen Vorfall spielten ein paar Wörter eine erhebliche Rolle. So wurde die Konferenz als „außergewöhnlich", die Einreise der Priester als „heimlich", die Geistlichen selber als „rot", „marxistisch" und „kommunistisch" bezeichnet – in einer Sprache, die die offizielle Begründung der Ausweisung durch die chilenische Militärjunta eindeutig übernahm und die Kommentare der Bischöfe über die Legitimität ihrer ökumenischen Konferenz außer acht ließ (2).

Solche Beispiele ließen sich fortsetzen, wobei angenommen werden kann, daß uns viel zu wenig darüber bekannt ist, wie ‚frisiert' wir über Gesellschaft und Politik in der Dritten Welt durch die Nachrichtenagenturen informiert werden.



Vom „freien" Nachrichtenfluß

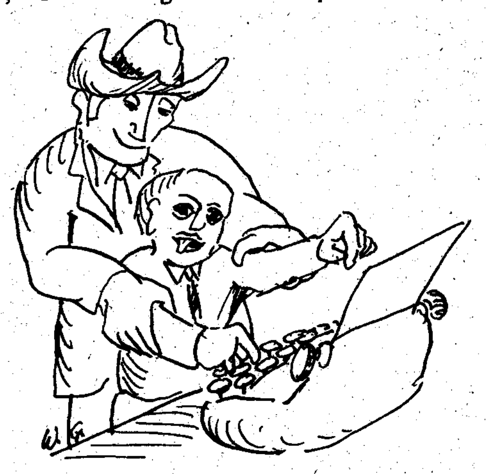
Zwei Drittel der in der Welt zirkulierenden Agenturnachrichten werden von US-Agenturen geliefert. Die vier führenden westlichen Nachrichtenagenturen „Associated Press" (AP), „United Press International" (UPI, beide US-amerikanisch), „Reuters" (britisch) und „Agence France Presse" (AFP, französisch) sind mit Abstand die dominierenden Quellen für die Massenmedien der westlichen Industrieländer, aber auch für jene in der Dritten Welt (3). Als fünfte Agentur ist (der Einflußgröße nach eigentlich vor AFP) die sowjetische „TASS" zu nennen, die in ihrem Hoheitsgebiet das Sagen des Großen Bruders verbreitet, als Kontrollinstrument und Waffe. Der Blick der Österreicher ins Ausland wird maßgeblich von den vier westlichen Agenturen geprägt: Die „Austria Presse Agentur" (apa) bezog 1975 von nur vier ausländischen Nachrichtendiensten (in der Reihenfolge: dpa, AP, Reuters und AFP) über 95 % der Auslandsmeldungen (4). Daran hat sich seither sicher nichts geändert. Und Österreichs Zeitungen erhalten ihre Auslandsmeldungen zum weitaus überwiegenden Teil von der apa.

Die Vorherrschaft dieser Nachrichtenagenturen führte zu einem quantitativen und – was noch viel mehr wiegt – zu einem qualitativen Ungleichgewicht der Informationen aus der und in die Dritte Welt. Obwohl zwei Drittel aller Menschen in unterentwickelten Ländern leben, stellen sie nur ein Viertel aller international verbreiteten Nachrichten (5). Diese Riesenunternehmungen nehmen nicht nur eine Monopolstellung ein und bestimmen durch ihre Macht den Informationsfluß im Bereich der Agenturnachrichten, sondern sie gewichten auch die Informationen ungleich, verzerren, ‚frisieren' und diffamieren die Wirklichkeit bzw. politische Bewegungen in der Dritten Welt (und nicht nur dort!).

Im Bereich anderer Kommunikationsmittel ist das kaum anders.

Lateinamerika: Blick zum Nachbarn via USA

Die 16 führenden lateinamerikanischen Tageszeitungen erhalten ihre (nicht auf Lateinamerika bezogenen) Weltnachrichten zu 4/5 von den großen vier westlichen Agenturen (allein von UPI und AP 60 %). Der ganze eigene Kontinent ist diesen Zeitungen weniger Aufmerksamkeit wert als die USA: Ihre Leser erhalten mehr Nachrichten aus den USA (genauer: die in den USA ihren Ursprung haben) als über Lateinamerika. Ein Beispiel mag das demonstrieren: Am 25. 11. 1975 wurde Surinam (vormals Niederländisch Guyana) offiziell unabhängig. Ein Land, immerhin so groß wie Ekuador oder Uruguay, knapp eine halbe Million Einwohner, der Welt drittgrößter Bauxitproduzent. Keine der untersuchten Zeitungen schickte einen eigenen Korrespondenten hin, jede hatte die Meldung von der Staatsgründung Surinams von einer ausländischen Agentur (meistens von UPI). Die Hintergrundberichte am Tag vor der Gründung (in insgesamt nur 7 von den 16 Zeitungen) trugen in 6 Fällen den exklusiven UPI-Stempel. Das führende Blatt des Nachbarn Brasilien, O Estado, maß einem Juwelenraub in New York, dem Konflikt in der Westsahara sowie Entwicklungsprogrammen im fernen Osten und der UdSSR größere Bedeutung bei. Die Presse des anderen Nachbarn, Venezuela, der wie Brasilien Teile Guayanas unter seiner Hoheit hat, beließ es bei der Veröffentlichung eines Glückwunschtelegramms des eigenen Präsidenten Carlos Andres Perez als Inlandsmeldung auf der Titelseite und bei Nachrichtenverwertungen von AP und UPI auf Seite zwei (6).



Kaum anders in Afrika und Asien

Die Ostafrikaner werden über westafrikanische Ereignisse meist nur von einem amerikanischen Journalisten von AP oder UPI informiert. Nach den Worten eines leitenden AP-Redakteurs vom vorigen Jahr wohl kaum in ihrem Interesse: „Wir sind nicht dazu da, über Afrika für die Afrikaner zu berichten" (7). Aus dem französisch beeinflußten Teil Afrikas kommen kaum andere Meldungen in die anderen Regionen des Kontinents (und natürlich darüber hinaus) als die der Agence France Presse (8).

Als im April 1978 der Staatsstreich in Afghanistan über die Bühne ging, war die erste Frage aller westlichen Nachrichtenleute: „Ist die neue Regierung pro-westlich oder prosowjetisch?" Niemand kümmerte sich – auch später nicht – um die Auswirkungen des Umsturzes auf die Bevölkerung des Landes.

Wilbur Schramm von der Chinese University in Hongkong hatte im Dezember 1977 die Auslandsberichterstattung von 16 asiatischen Tageszeitungen unter die Lupe genommen. Seine erste Aussage bestätigt den Befund über die lateinamerikanischen Zeitungen: 79 Prozent aller Auslandsnachrichten stammten von AP, UPI, Reuters und AFP (9).

Nur News-Splitter aus der Dritten Welt

Nur ein sehr kleiner Teil des Materials aus der Dritten Welt, das die Agenturen in die andere Richtung (ohnedies nur spärlich) fließen lassen, wird tatsächlich von Fernsehanstalten, Rundfunkstationen und Zeitungen verwendet. Die Untersuchung von 108 Abendnachrichtenprogrammen in den drei größten US-Fernsehketten (ABC, CBS und NBC) ergab, daß nur 20 % des Nachrichtenvolumens auf internationale Themen entfallen und von diesem Fünftel wiederum nur 2,1 Prozent sich mit Lateinamerika auseinandersetzen. Das waren ganze elf Minuten aus einer Programmzeit von insgesamt 54 Stunden, die ausreichen mußten, um über 25 Länder mit über 300 Millionen Menschen zu berichten (10).

Für unser Wissen über die Dritte Welt ist folgende Tendenz im mageren und einseitigen Nachrichtenfluß der großen Fünf überaus prägend (solange wir uns nur von ihnen informieren lassen): Die Tendenz, sich auf Themen zu konzentrieren, die sich bloß auf Sensationelles beziehen, auf kriegerische Auseinandersetzungen, Putsch, Verbrechen und Korruption, Katastrophen und Hungersnöte. Als ob es aus der Dritten Welt nichts Positives zu berichten gäbe. Ganz offen erklärte der geschäftsführende Direktor von Reuters in London, Long, in einem Interview in WDR 3, „daß alles Normale, Gesunde, Positive in den Medien wenig Beachtung findet, alles Abnorme, Ungewöhnliche und Negative dagegen weiteste Verbreitung erfährt .... Ich sehe

nicht, wie man das ändern könnte, wenigstens auf dem Sektor der ‚harten' Nachrichten. Positive Ereignisse sind meist nicht von dieser Sorte" (11). Johan Galtung, der norwegische Friedensforscher, stellte dazu treffend fest: „Je kleiner ein Land ist, desto schrecklicher muß eine Nachricht sein, um die Beachtung der großen Agenturen zu finden".

Die Nachrichtenagenturen sagen, sie hätten keine besondere Redaktionspolitik, sie würden ihren Korrespondenten keine Auswahlkriterien oder sonstige Direktiven vorschreiben. Was für sie allein zähle, seien die ‚harten', die ‚objektiven' Informationen. Sie haben, so behaupten ihre Vertreter, nur das Interesse des Endverbrauchers im Sinn, der allerdings in den meisten Fällen im Norden wohnt. Daher die – wenn auch unbewußt – einseitige perspektivische Verengung der Nachrichtenagenturen, die auch durch ihren scharfen Wettbewerb untereinander nicht verwändert wird. Das meinen Politiker der Dritten Welt, wenn sie die Einbahnstraße im Nachrichtenwesen beklagen. Die Mehrheit der Korrespondenten und Büroleiter der Agenturen sind Bürger der USA, Englands, Frankreichs oder der Sowjetunion. Stil, Inhalt, Behandlung und Perspektive aller Nachrichten, die sie aus der Dritten Welt aufnehmen und in sie zurückleiten, spiegeln die Präferenzen und Bedürfnisse der westlichen und östlichen Medien.

Kaum ‚Entwicklungsnachrichten'

Woran es vor allem – aber nicht nur daran – mangelt, ist die Fähigkeit und der Wille, die verschiedenen Perspektiven der Dritten Welt in den internationalen Nachrichtenaustausch einzubringen, Nachrichten auszuwählen und zu vermitteln mit dem Blick auf die Bedürfnisse der meisten Menschen und der Medien in den Entwicklungsländern. Was wir zu einem besseren Verständnis der Situation der armen Welt brauchen, sind Nachrichten über wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse (und jene, die sie be- und verhindern) in diesen Ländern. Da diese aber meist langfristige und über kurze Etappen nicht so einfach wahrnehmbare Vorgänge sind, fallen sie meistens durch das Raster des „handlungsreichen", daher attraktiveren, weil verwertbareren Nachrichtenausleseverfahrens. Politische Intrigen, Korruption, Unruhen, Kriege, Katastrophen bieten „handfestere" News und vor allem Sensationelles. Der für Millionen Menschen in der Dritten Welt so lebensnotwendige Prozeß einer sozialgerechten wirtschaftlichen Entwicklung enthält nach diesem Nachrichtenverständnis wenig Sensation. Denn dieser Prozeß ‚passiert' nicht von heute auf morgen, der braucht hunderte und tausende Tage.

Eine Nachricht – wie generell eine Information – aber soll als Mittel der Kommunikation von sozialer Verantwortung getragen werden: Sie soll die Mitteilung von Ereignissen, Tatsachen, Ansichten und Absichten sein, um uns zu befähigen, Wege zu einer menschlichen Gesellschaft zu erkennen. Und sie soll all das aufzeigen, was diese Wege be- und verhindert. Daß Nachrichten das nicht tun, ist ein Skandal dieser Zeit.

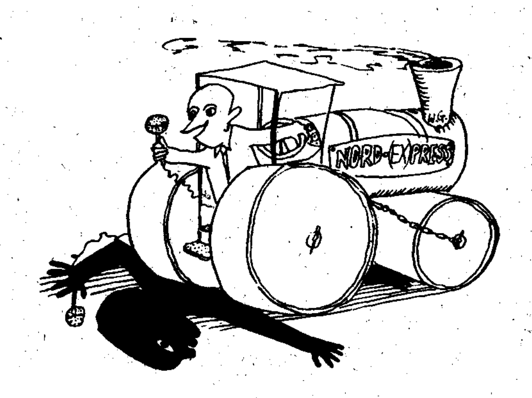
Ein westlicher, afrikanischer, asiatischer oder lateinamerikanischer Journalist sollte sich in der Dritten Welt viel mehr auf die Bedeutung von Entwicklungsvorhaben konzentrieren, die den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit entsprechen. Und über jene Leute, die solche verhindern.

Information als Deformation und Formation

Zu den Entstellungen unseres Dritte Welt-Bildes trägt der Trugschluß bei, der Bedeutung und Sensation verwechselt, der sich um Ereignisse, selten um Konstellationen, niemals um Zustände und langwierige Entwicklungen kümmert. Die wichtigsten Verzerrungen und Entstellungen der Wirklichkeit durch Information – das gilt nicht nur für die genannten Nachrichtenagenturen – sind folgende:

- Schweigen über wichtige Ereignisse,
- Zusammenkleistern von verstreuten Tatsachen zu einer künstlichen Ganzheit,
- Überbetonen von Ereignissen ohne reale Bedeutung,
- Nahelegen einseitiger, fehlerhafter oder schlicht falscher Schlüsse,
- Verhaltenausrichten durch Aufdrängen von Konsequenzen und
- Steuerung durch staatliche oder private Eingriffe

(Nach dem UNESCO-Zwischenbericht der Mac Bride-Kommission vom November 1978, Absatz 175) (12). Information wird so ein sehr wichtiges Instrument der Formation und Deformation des Empfängers derartiger News.

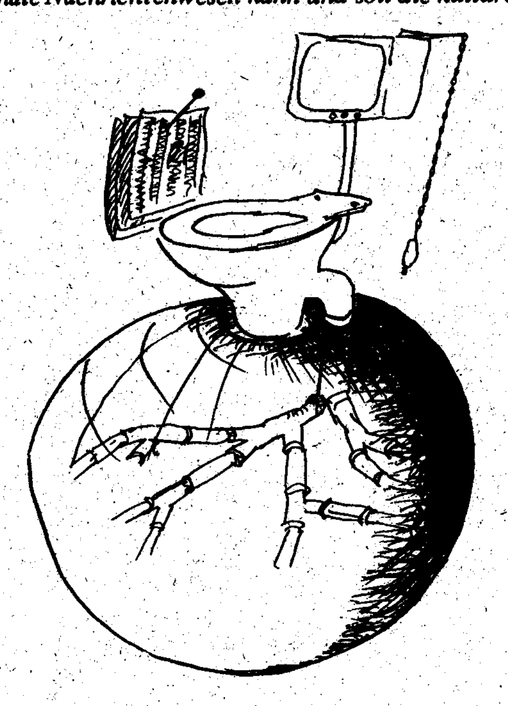


Neue internationale Kommunikationsordnung für die Dritte Welt!

Die Länder der Dritten Welt fordern nicht nur immer eindringlicher eine „Neue internationale Weltwirtschaftsordnung", sondern auch eine Neuregelung des internationalen Nachrichten- und Informationsflusses. Denn die Verbreitung von Nachrichten und Informationen in der Welt ist so ungleich verteilt wie die Verteilung von Macht, Kapital und Wissen. Wohlgemerkt: Diese Forderung betrifft nicht nur die Änderung des internationalen Systems der Nachrichtenagenturen. Man darf nicht vergessen, daß internationale Nachrichten nur einen kleinen Teil des internationalen Informationsflusses ausmachen (ihr Anteil wird grob auf zehn Prozent geschätzt), der – in vielfältigen Formen verpackt, zu einem sehr großen Teil in Unterhaltungsprogrammen – sich in den Massenmedien Film, Fernsehen, Rundfunk, Comics, Büchern u. a. abspielt. Daß die wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen auf das Nachrichten- und Informationsgefüge in der Dritten Welt (wie auch bei uns) seitens der großen Kommunikationsindustrien (Erzeugern von Techniken, Geräten und Programmen) wie ITT, IBM, General Electric und Xerox beträchtlich größer sind als die der Nachrichtenagenturen (13).

Ungefähr 3/4 der internationalen Kommunikation außerhalb der sozialistischen Welt wird von rund 70 transnationalen, davon 52 US-dominierten Konzernen kontrolliert (14). Ein knappes Dutzend Firmen beherrscht rund 3/4 des Film-Weltmarktes; für die Nutzung des Standard-Nachrichtensatelliten steht in der westlichen Hemisphäre eine internationale Organisation bereit, die in der letzten Konsequenz von den USA geführt wird. US-Firmen beherrschen über die Hälfte des Weltmarktes der Unterhaltungsmusik. Amerikanische Medienkonzerne kontrollieren den Weltmarkt der Werbung. Von allen TV-Unterhaltungsserien, die in Ländern außerhalb der Einflußzone der UdSSR und der VRCh gezeigt werden, stammt der überwiegende Teil aus US-Studios, weniger als ein Viertel sind landeseigene Produktionen (15). Noch immer fließt hundertmal so viel Information aus den Industrieländern in die Dritte Welt wie umgekehrt. Nur vier Prozent des internationalen Korrespondentennetzes der Agenturen entfallen auf ganz Afrika (16).

Warum es bei den Nachrichtenagenturen gehen soll, dazu Juan Somavia, Direktor des „Lateinamerikanischen Institutes für Transnationale Forschung" in Mexiko: „*Was wir wollen, ist die praktische Verwirklichung eines wirklich freien Nachrichtenflusses, der in mehrere Richtungen geht und verschiedene Dimensionen erreicht. Um dies durchzusetzen, genügt es nicht, Grundsätze zu formulieren; es ist ebenso notwendig, allen Ländern wirklichen Zugang zu und wirkliche Teilnahme an dem Informationsfluß zu garantieren. Das ist in der gegenwärtigen Situation nicht der Fall ... Die Bewegung in Richtung auf eine neue internationale Nachrichtenordnung läuft keineswegs auf die Forderung nach Regierungskontrolle der internationalen Nachrichten hinaus. Allerdings glauben wir nicht, daß die Beherrschung des Informationsflusses durch private Wirtschaftsinteressen eine Garantie für angemessene Nachrichtengebung bietet. Die Freiheit der Information in internationalen Medien, die das Recht auf kritische Analyse im positiven und negativen Sinne einschließt, muß gewährleistet sein .... Das internationale Nachrichtenwesen kann und soll die kulturelle*



Begegnung zwischen verschiedenen Gesellschaften ermöglichen und der Völkerverständigung dienen, denn Information gehört zu den Grundbedürfnissen des Einzelnen und der Gesellschaft, ja zu den grundlegenden Menschenrechten" (17).

Ohne kulturelle Selbstbestimmung ist eine politische Unabhängigkeitserklärung wenig wert. Erst das Dreigestirn politische Unabhängigkeit, wirtschaftliche Selbständigkeit und kulturelle Selbstbestimmung bietet einen Wechsel auf Zukunft. Die Schlacht um die neue Weltkommunikationsordnung gilt vordergründig der Art der Sammlung, Speicherung, Verbreitung und Verwertung von Nachrichten und Informationen. Im Kern geht es um die Art und Weise der Regelung der Arbeits- und Lebensumstände in einem Land und zwischen den Ländern. Formation und Subordination oder Kommunikation und Kooperation, Fremd- oder Selbstbestimmung, dies sind die zentralen Fragen in der Diskussion um eine neue Weltkommunikationsordnung. Anzustreben ist ein weltweites Informationswesen, das auf Gleichheit, gegenseitiger Wertschätzung und der Anerkennung des Rechtes auf nationale Eigenständigkeit beruht.

Ein Teil der Länder der Dritten Welt hat bereits erste Schritte in diese Richtung getan und den sogenannten „Nachrichtenpool" gegründet.

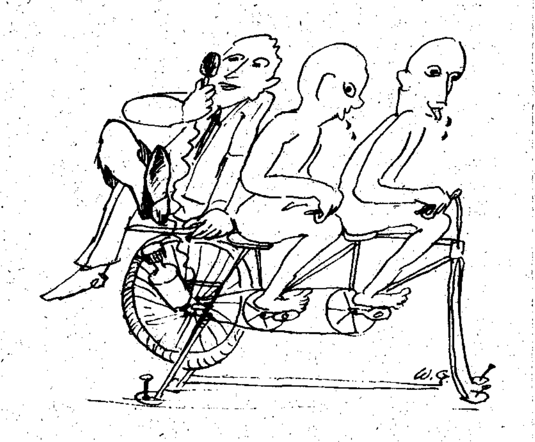
Der „Nachrichtenpool" der blockfreien Staaten

Auf der Grundlage einer Empfehlung der 4. Gipfelkonferenz der Blockfreien (Algier 1973) verabredeten erstmals zehn ungebundene Länder einen bilateralen Meinungsaustausch mit dem Ziel, Möglichkeiten eines eigenen Nachrichtendienstes zu prüfen (18). Am 20. 1. 1975 begann die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug mit dem Sammeln und Weiterleiten von Berichten an 16 blockfreie Staaten in Afrika und Asien. Offiziell wurde der „Pool" bei einem Treffen der Informationsminister und Direktoren der Nachrichtenagenturen von 62 blockfreien Ländern am 13. 7. 1976 in Neu-Delhi gegründet und auf einem Gipfeltreffen der Blockfreien im August 76 (Sri Lanka) ratifiziert (19).

Der „Pool" ist keine übernationale Nachrichtenagentur und besitzt kein einzelnes Zentrum als leitende Agentur. Er versteht sich als eine Vereinigung nationaler Agenturen mit der Absicht, Nachrichten auf der Basis der Gleichberechtigung untereinander auszutauschen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verständigung der unterentwickelten Nationen zu fördern. Laut Luka Majic von der Tanjug ist das Ziel der Blockfreien „weit davon entfernt, einen monolithischen Block zu bilden". Der Pool beabsichtige nicht, „sich mit den bestehenden großen Systemen anzulegen". Seine Funktion sei es, „das Vakuum im internationalen Nachrichtensystem zu überbrücken", was durch autentische Berichte aus nationalen Quellen erreicht werden soll (20). Gleichfalls betonte der Inder Mankekar, Vorsitzender des Koordinations-Komitees des Pools: „Wir haben niemals beansprucht, die westlichen Agenturen zu ersetzen, sondern nur ihre Lücken zu füllen" (21). Diesem Komitee gehören 15 Vertreter der Mitgliedsagenturen an.

Zur Arbeitsweise des „Pools": Jede Agentur – nun bereits über 50 – entscheidet, welche Nachrichten sie in den „Pool" schickt. Es sind dies meistens Meldungen über die wichtigsten Ereignisse des Tages. Regionale Koordinationszentren wie jene der Tanjug, Inter Press Service – IPS für Lateinamerika, der tunesischen Agentur für Afrika und der indischen Agentur für Asien geben die Nachrichten an die anderen Agenturen des Pools weiter. Die bei der Tanjug einlaufenden Nachrichten werden ins Englische, Französische oder Spanische übersetzt, aber sonst unbearbeitet durch Kurzwellensender in alle Kontinente ausgestrahlt. Damit will man die Souveränität jeder Mitgliedsagentur sowie das Prinzip der Nichteinmischung beachten, womit völkerrechtliche Begriffe direkt auf den Bereich des Nachrichtenwesens und der Informationspolitik übertragen werden. Im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen zweier Mitgliedsstaaten sind beide berechtigt, ihre Version zu verbreiten. Jede Agentur kommt für ihre Kosten selbst auf. Zehn der größeren blockfreien Agenturen arbeiten auch mit der Inter Press Service zusammen, mit dem Press Trust of India durch Satellitenverbindung (22).

Für IPS (voller Name: Inter Press Service Third World Agency, Hauptsitz: Rom), die als internationale Non-Profit-Kooperative von Journalisten gegründet worden ist, arbeiten heute rund 200 Vollzeitjournalisten, die Mehrzahl in der Dritten Welt. IPS vermittelt täglich Texte in drei Sprachen (Arabisch, Englisch und Spanisch) mit rund 90 000 Worten. Sie arbeitet mit ihrem ausgedehnten Netz mit einer Reihe von Dritte-Welt-Agenturen und mit dem „Pool" zusammen (23).



Im ersten Halbjahr 1978 wurden über die Tanjug im Durchschnitt pro Monat rund 1 900 Nachrichten in den drei genannten Sprachen weitervermittelt (24). Im Testjahr 1975/76 waren es insgesamt 3 500 Nachrichten (25). Heute werden täglich Meldungen mit insgesamt über 40 000 Worten in den blockfreien Agenturen durch die „Pool"-Mitglieder ausgetauscht (26). Ein Mitte November 1978 erstelltes Nachrichtenprofil, das die während einer Woche von Tonjug über den „Pool" verbreiteten Nachrichten aufschlüsselt, zeigt folgendes Bild: Über 40 % der Berichte betrafen Aktivitäten von Regierungen blockfreier Länder, 25 % Handel, Hilfe oder Entwicklung, 10 % die Tätigkeit internationaler Organisationen und 7 % verschiedene Befreiungsbewegungen. Nur 2 % der Berichte beschäftigten sich mit Verbrechen, Staatsstreichen, Hungersnöten und Naturkatastrophen (27).

Neben der Nachrichtenvermittlung nahmen sich die „Pool"-Agenturen auch die Zusammenarbeit im technologischen Bereich, bei der Ausbildung von Journalisten (28) und Technikern sowie den Abschluß bilateraler und regionaler Abkommen im Medienbereich vor (29).

„Pool": Instrument für Einheit der Entwicklungsländer

Mit dem „Pool" schufen und schaffen sich die Länder der Dritten Welt ein Mittel, um sich selbst untereinander besser zu verständigen. Dies ist ihr legitimes Recht, das sie nun zu verwirklichen begonnen haben. Mit dem „Pool" wird es leichter möglich, eine größere Einheit zwischen den Entwicklungsländern zuschaffen. Einheit setzt Verständnis voraus, und Verständnis braucht Verständigung über die eigenen Interessen. In ihrem Kampf gegen die Imperialisten und jegliche Hegemonieabsichten ist Einheit das vordringliche Ziel der Dritten Welt. Es ist klar, daß es Interessensgegensätze zwischen einzelnen Mitgliedern der Blockfreien



gibt (die fast alle den Ländern der Dritten Welt angehören). Aber die Möglichkeit, den eigenen Standpunkt selbst schneller und umfangreicher und nicht durch die Brille eines Dritten darzulegen, bietet die Chance, die Wirkung der Spaltungsmanöver der Industrieländer zu verringern. Sehr wichtig dabei: Der „Pool" gibt die Nachrichten seiner Mitglieder unfrisiert weiter, auch und gerade im Falle eines Krieges zwischen zwei Blockfreien. Wie wichtig mehr Einheit zwischen den Entwicklungsländern ist, liegt in der Tatsache begründet, daß die Wirtschaftspolitik der Industrieländer (ihrer Konzerne und ihrer Regierungen) der größte Hemmschuh für eine selbständige Entwicklung der Dritten Welt ist.

Joe Kemptner

Anmerkungen:

1) nach „EXTRABLATT", Dezember 1977, s. 57 – mehr über die Arbeitsweise von UPI siehe im „EXTRABLATT" vom Jänner 78, S. 37 f.
2) nach „Forum Vereinte Nationen", Nr. 1, 1978, S. 3
3) Mamadou Moctar Thiam: „Decolonizing Information", in: „CERES" (Zeitschrift der FAO), Rom, Nr. 47, September/Oktober 1975, S. 42–45, hier S. 43
4) Signitzer, Benno (Hrsg.): Massenmedien in Österreich, Wien 1977, S. 66
5) Vgl. dazu Aggarwala, Narinder: „Das Weltbild der Agenturen", in: „Forum Vereinte Nationen", November 1978, S. 4 – ausführliche Literatur dazu: Becker, Jörg (Hrsg.): free flow of information? Informationen zur Neuen Weltinformationsordnung. „medium„-Dokumentation, Nr. 8, Herbst 1979, Frankfurt a.M. (zu beziehen bei der GEP – Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V., Friedrichstr. 2–6, Preis ca. 15,– DM). Dieser Sammelband enthält wichtige Untersuchungen zur Markt- und Machtlage und zeichnet den konfliktreichen Weg bis zur Mediendeklaration der UNESCO von 1978 nach und bewertet ihn. Hamelink, Cees: The Corporate Village. The Role of Transnational Corporations in International Communication, hrsg. v. IDOC International, Rom 1977 (Verlag Tipografica „LEBERIT", Via Aurelia 308, Rom).
6) Vgl. dazu „Development Dialogue" (hrsg. von der Dag Hammerskjold Foundation, Uppsala), Nr. 2, 1976, S. 32 und 36 (Untersuchungszeitraum: vier Tage im November 75)
7) zit. nach Aggarwala, siehe Anm. 5
8) Vgl. dazu „Süddeutsche Zeitung" v. 8. 11. 76, S. 3 und „CERES", Nr. 47 (s. Anm. 3)
9) Drekonja-Kornat, Gerhard: „. . . aber die Agenturen bringen ja nichts", in: „medium", Nr. 2, 1979, S. 26
10) zit. nach Somavia, Juan: „Medien und Dritte Welt", in: „Forum Vereinte Nationen", Nr. 1, 1978, S. 3
11) zit. nach „medium", Nr. 2, 1979, S. 9
12) zit. nach „medium", Nr. 2, 1979, S. 8
13) siehe dazu den Artikel von Drekonja-Kornat, siehe Anm. 9 und von Cees Hamelink: „Freiheit, die sie meinen", ebenda, S. 3–7
14) Cees Hamelink: The Corporate Village, a.a.O. (Anm. 5), S. 64 – diese Konzerne sind auf S. 65–67 mit den jeweiligen Umsatzziffern angeführt
15) epd-Dokumentation 9 – 1978 v. 20. 2. 78, S. 3 (Titel dieser Dokumentation: Blockfreie Länder streben neue Nachrichtenordnung an)
16) ebenda, S. 5
17) siehe Anm. 10
18) Einzelheiten dazu siehe in Europa-Archiv, Folge 20/1973, S. D 575
19) Vollständiger Abdruck der Reden und Diskussionen sowie des ausführlichen Pool-Programmes in: „Indian & Foreign Review" v. 1. 8. 76
20) zit. n. epd-Dokumente Nr. 9 – 1978, S. 46
21) Newsletter des Koordinations-Komitees des „Pools", Nr. 6 v. 9. 4. 79, Neu Delhi, Annex II, S. 4
22) Newsletter Nr. 6, S. 2
23) Ausführlicher dazu siehe Phil Harris: „Freiheit, die wir meinen", in: „medium", Nr. 2, 1979, S. 15–20
24) Newsletter Nr. 3 v. 12. 9. 78
25) The democratic Journalist, Nr. 4, 1978, S. 9
26) Newsletter Nr. 7 v. 13. 7. 79, S. 1
27) nach „International Herald Tribune" v. 18. 11. 78
28) Ein erstes, sechsmonatiges Seminar fand bereits ab Dezember 78 in Neu-Delhi statt, ein zweites ist ab September 79 vorgesehen
29) So gibt es bereits einen Zusammenschluß von lateinamerikanischen Nachrichtenagenturen: die „ASIN – National News System Action" mit zehn Mitgliedern (Newsletter Nr. 6, S. 7). In Asien wollen die fünf ASEAN-Länder ein eigenes Nachrichtensystem schaffen (epd-Entwicklungspolitik, Nr. 14, 1979, S. 5). Und in Afrika ist eine Zusammenarbeit mehrerer Agenturen geplant („Süddeutsche Zeitung" v. 16. 11. 77 und „Neue Zürcher Zeitung" v. 12. 5. 78).

- Doppelnummer 12/13/1977 der Zeitschrift „epd-Entwicklungspolitik" (Inhalt: Die Deklaration der Neu-Delhi-Konferenz der Blockfreien zur Neuen Nachrichtenordnung, Nairobi-Entwurf der UNESCO-Deklaration 1976, Reden der UNESCO-Konferenz 1976 und Analysen und Literaturhinweise zur Abhängigkeit der Dritten Welt im Medienbereich; 47 Seiten, 4,– DM)
- Heft 6 / 1978 von „epd-Entwicklungspolitik" enthält Sammelbesprechungen neuer, u. a. deutschsprachiger Literatur zum Thema (24 Seiten, 2,– DM)
- „medium" Nr. 2, 1979, Frankfurt a.M.
- Hamelink, Cees: Towards a new international information order, Nr. 7 – 1978 der Background Informations der Commission of the Churches on International Affairs (150 route de Ferney, 1211 Geneva 20)
- Tapio Varis: The Impact of Transnational Corporations on Communication, Tampere Peace Research Institute, Research Reports No. 10, 1975
- Tapio Varis u. Nordenstreng, Kaarle: Television traffic – a one-way street? 1974, UNESCO-Veröffentlichung
- Mattelart, Armand: Modern Communication Technologies and New Facets of Cultural Imperialism. Instant Research on Peace and Violence, No. 1, 1973

„De Schnüss" freigesprochen

Im letzten Hefte hatten wir berichtet, daß gegen die Bonner Stadtzeitung „De Schnüss" (= die Schnauze) die Berufungsverhandlung ansteht. „De Schnüss" hatte über einen Polizeieinsatz am 1. Mai 1978 berichtet und das Vorgehen der Polizei scharf verurteilt. Im März dieses Jahres war der verantwortliche Redakteur von „De Schnüss" wegen Beleidigung zu Zahlung von 600,– DM verurteilt worden; die Übernahme der Prozeßkosten von etwa 15.000 DM bedrohte die Existenz der „Schnüss". Ihre Schnauze werden die Leute der Bonner Stadtzeitung auch in Zukunft nicht halten müssen: Am 23.11. ist der verantwortliche Redakteur von einer Kammer des Bonner Landgerichtes freigesprochen worden. Von einigen Passagen abgesehen, die das Gericht als Übertreibungen wertete, wurde die Darstellung des Polizeieinsatzes durch die „Schnüss" bestätigt.

„Seinen Freispruch begründete der Vorsitzende der Kammer damit, daß die Behauptungen der Zeitschrift über brutales Vorgehen einiger Polizisten „im Kern" richtig gewesen seien. Richter Hilgers bescheinigte in dem Urteilsspruch einigen Polizeibeamten, vor Gericht falsche Aussagen gemacht zu haben, ‚um sich oder andere zu schützen.' Ihr Einsatz gegen junge Leute, Angehörige unterschiedlicher Gruppen, die am 1. Mai 1978 vor der Bonner Beethovenhalle gestanden hatten, sei von ‚völlig unnötiger Härte' gewesen.

Im einzelnen sah der Vorsitzende für erwiesen an, daß Polizeibeamte während des Einsatzes einen Büchertisch des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) ‚zielgerecht' zerstörten, dem ‚Schnüss'-Redakteur Krämer ‚bewußt ein Stück Holz in den Bauch rammten', festgenommene Bürger an den Haaren zogen, einem von ihnen der nur passiven Widerstand leistete, mit dem Knie von hinten in die Geschlechtsteile stießen und ihn ‚absichtlich' zwei- bis dreimal mit dem Kopf gegen das Polizeiauto schlugen. Schließlich hätten Polizisten ihn in den Polizeiwagen verfrachtet, und ein Beamter sei hinterhergesprungen und habe den liegenden jungen Mann noch getreten. Einem anderen Augenzeugen, der sich beschwerte, habe ein Beamter ein Hieb in den Magen versetzt." (Frankfurter Rundschau, 24.11.1979)

Der Prozeß gegen „de Schnüss" hatte einiges Aufsehen erregt. Der DGB-Kreisvorstand Bonn protestierte gegen die Einschränkung der Pressefreiheit. Einige Zeitungen berichteten über den Prozeß.

CHILE

„Die Unterdrückung bleibt, aber wir haben keine Angst mehr"

Der folgende Bericht hatte eigentlich ein Reisebericht sein sollen; ein Redaktionsmitglied der „blätter des iz3w" ist gerade in Chile gewesen. Beim Schreiben hat sich gezeigt, daß ein Bericht über neue Widerstandsformen und die Unterdrückung die sie erfahren, wichtiger ist als ein Bericht über persönliche Alltagserlebnisse. Zum Schluß ist ein Aufruf daraus geworden: das Chile-Komitee Freiburg unterstützt Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen, wie sie in diesem Bericht beschrieben werden und bittet um Spenden: Konto Nr. 56 92 709, **Chile-Komitee, Volksbank Freiburg, Kennwort: Werkstätten.**

EIN KULTURELLER NEUBEGINN

Das Joch eines Ochsenwagens hängt über der Bühne. Der Sänger singt unter dem Joch. An der Wand hängt eine schwere Eisenkette. In dem kleinen Raum vor der Bühne stehen ein paar Tische, wo die Zuschauer ihren Wein trinken. Typische Szene einer „peña" in Santiago de Chile. Joch und Kette symbolisieren die Lage des Publikums und des Sängers: sie repräsentieren eine volkstümliche Kultur, die unterdrückt wird, aber nicht schweigt. Viele Lieder kommentieren alltägliche Zustände im siebten Jahr der Militärdiktatur. Jede politische Anspielung wird von den Zuhörern mit dankbarem Beifall quittiert. Manchmal wird auch eins der „alten" Lieder gesungen, von Violeta Parra, deren Bild über der Kette zu sehen ist, oder von Victor Jara. Daß man diese Lieder wieder hört, zeigt, daß der Wille zum Widerstand wächst. Dieser Neubeginn einer politischen Kultur beschränkt sich jedoch nicht auf solche „peñas", wo professionelle Sänger und Musiker vor einem kleinen Publikum auftreten; seine Träge sind heute vor allem auch die Selbsthilfeorganisationen, die die Arbeiter und Arbeitslosen sich geschaffen haben, um sich gegen ihre fortschreitende Verelendung zu wehren, sie führen einen Kampf nicht nur gegen die materielle sondern auch gegen die geistige Verarmung, die die Diktatur ihnen aufzwingen will.



SELBSTHILFEORGANISATIONEN VON ARBEITSLOSEN

In ihrer heutigen Lage steht der Kampf ums nackte Überleben noch im Vordergrund. Das Verbot aller Lohnkämpfe (die Löhne wurden bisher an den viel zu niedrig angesetzten offiziellen Inflationsindex angepaßt), eine Wirtschaftspolitik nach dem Gesetz des Dschungels, die rigorose Kürzung der Staatsausgaben für Soziales und die nach wie vor hohe Inflation haben zu chronischer Arbeitslosigkeit und zu einem grotesken Mißverhältnis von Löhnen und Preisen geführt. Nach offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosigkeit in Santiago 16 %, im übrigen Land 22 %.[1]) Andere als die offiziellen Angaben gibt es nicht, denn Umfragen sind verboten. Es gibt ein „Minimalarbeitsprogramm für Arbeitslose: für schwere und dreckige Arbeit erhält ein Arbeitsloser dort zur Zeit 1000 Pesos im Monat, das sind umgerechnet 45 DM; ein normal beschäftigter Arbeiter verdient das zwei- bis dreifache und das bei Preisen, die auch für Grundnahrungsmittel kaum niedriger sind als bei uns: DM 1,50 für ein Kilo Brot, 1,– DM für einen Liter Milch.

Die Selbsthilfeorganisationen versuchen sich durch den Aufbau bescheidener Werkstätten, wo sie Gebrauchsgegenstände und Kunsthandwerk herstellen, über Wasser zu halten. Die traditionellen chilenischen Stoffbilder haben sie durch politische Inhalte zu einem Mittel des Kampfes gegen die Diktatur gemacht. Die kulturelle Verelendung soll auch aufhören, die Kultur als ein Lebensbereich zurückgewonnen werden, der vor 1973 begonnen hatte, auch den Arbeitern zu gehören und dessen Äußerungsformen die Diktatur niedergewalzt hat: während in der Presse manchmal kritische Kommentare erscheinen, werden die Medien, die die breite Masse der Bevölkerung erreichen – Radio und Fernsehen – strikt kontrolliert. Seichte Unterhaltungsmusik, die blonden Helden nordamerikanischer Fernsehserien, Konsumwerbung für Produkte, die sich nur eine kleine Oberschicht leisten kann und Militärparaden – das ist alles, was dort geboten wird. Unter diesen Umständen ist schon die bloße Tatsache, daß eine kulturelle Veranstaltung den armen Leuten zugänglich gemacht wird, politisch, ist Widerstand gegen die von den Herrschenden verordnete Barbarei.

Die Arbeitslosen in Renca, einer Stadtrandsiedlung von Santiago machen ihre eigene peña in der Pfarrei des Viertels. Die kulturellen Aktivitäten der Selbsthilfeorganisatio-

nen müssen meist in kirchlichen Räumen stattfinden, da es kaum andere gibt und die Kirche die einzige Institution ist, die den Beteiligten einen gewissen Schutz vor politischer Verfolgung gewähren kann. Natürlich nützt sie dieses Monopol auch aus, um bestimmte politische Ideen mehr zu fördern und andere weniger. Damit alle Platz haben, wird auch noch die angrenzende Kirche geöffnet. Eigene Gedichte, Lieder und Theaterszenen werden vorgetragen. Fast alle Akteure sind Laien aus dem Viertel. Einige professionelle Sänger treten unentgeltlich auf, um solche Aktivitäten zu unterstützen. Ein etwa vierjähriger zerlumpter Junge krabbelt auf die Bühne, setzt sich auf den einzigen dort vorhandenen Stuhl, der eigentlich für die Musiker vorgesehen ist, und fühlt sich da sichtlich wohl. Niemand stört sich daran und niemand scheucht ihn weg. Stattdessen kommen mehrere Zuschauer gleichzeitig auf die Idee, ihm etwas zu essen zu kaufen, so daß er schnell mehr zu essen hat, als er auf einmal schafft; den Überschuß verstaut er in seiner Jacke. Als der Gitarrist den Stuhl schließlich selber braucht, bietet er dem Jungen als Ersatz eine Holzkiste an.

Ein Schauspieler zeigt kurze Szenen: die erste schildert Leben und Tod eines Häftlings in Auschwitz, die zweite Szene spielt in Chile: Ein Kind fragt nach seinem „verschwundenen" Vater. Es gibt 2500 solche Verschwundenen in Chile, die von der Polizei verhaftet wurden und deren Verhaftung später geleugnet wurde. Man hat nie wieder etwas von ihnen gehört, ihre Familien schwanken ständig zwischen der begründeten Vermutung, daß sie umgebracht wurden und der verzweifelten Hoffnung, sie könnten eines Tages aus geheimen Gefängnissen der Diktatur wieder auftauchen. Manche tauchen auch wieder auf, aber als Leiche. In Santiago wurde im November dieses Jahres ein Massengrab mit dreihundert Erschossenen entdeckt.

Jedem der Zuschauer sind diese Fakten bekannt.
Schon öfter haben Szenen, wie die, die der Schauspieler darstellt, ein nicht geplantes Ende gefunden: die Polizei greift ein und schließt die Veranstaltung – mancher landet im Gefängnis. Ich frage eine Frau, ob sie keine Angst hat, ob die Unterdrückung etwa nachgelassen hat. „Nein", sagt sie, „die Unterdrückung hat nicht nachgelassen, sie hat nur die Methode verändert; aber wir haben keine Angst mehr."

ÖFFENTLICHER WIDERSTAND

Die wachsende Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung, sich bestimmte Freiheiten einfach zu nehmen, ist auch an anderen Stellen zu spüren; es gibt wieder Demonstrationen.
Der Widerstand entwickelt Phantasie; auch öffentlich.
Am Todestag von Bernardo O'Higgins, dem Befreier Chiles, ließ die Junta vor seiner Statue an der Plaza Bulnes im Zentrum der Stadt einen gigantischen Altar errichten, an dem Pinochet feierlich meterhohe Kränze niederlegen ließ. Ein paar ältere Frauen näherten sich dem Altar und legten dort einen kleinen Kranz nieder, dessen Schleife die Aufschrift trug: „Für Don Bernardo O'Higgins, der im Exil starb – die Vereinigung der Angehörigen der exilierten Chilenen." (O'Higgins wurde von der chilenischen Oberschicht entmachtet und ins Exil gejagt, weil er versucht hatte, den Einfluß der Kirche und der Großgrundbesitzer einzudämmen und den Adel abzuschaffen; er starb 1842 in Peru). Polizisten, die nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch diesen Altar des Vaterlandes" vor den Patrioten schützen, versuchten natürlich sofort, den Kranz zu entfernen. Sie wurden aber von den Frauen in eine Diskussion verwickelt, an der sich bald viele Passanten beteiligten. In einem Land, von dessen elf Millionen Einwohnern eine Million ins Exil getrieben wurde, ist eine solche Aktion brisant. Daß es eine Vereinigung von Angehörigen der Exilierten überhaupt gibt, wenn auch nicht legal, zeugt von gestiegenem Selbstbewußtsein der Volksbewegung.
Am Todestag Pablo Nerudas, der Mitglied der kommunistischen Partei gewesen ist und wenige Tage nach dem Putsch starb, versammelte sich eine Demonstration von 500 Menschen an seinem Grab. Jugendliche Demonstranten ließen an Kinderluftballons ein Transparent über die Stadt fliegen mit der Aufschrift: „Die kommunistische Jugend ehrt Pablo Neruda". Offiziell war das ganze eine Veranstaltung des (legalen) Schriftstellerverbands.



Das Foto der Demonstration auf dem Bonner Marktplatz erschien in der chilenischen Zeitschrift „hoy" vom 26.9.79

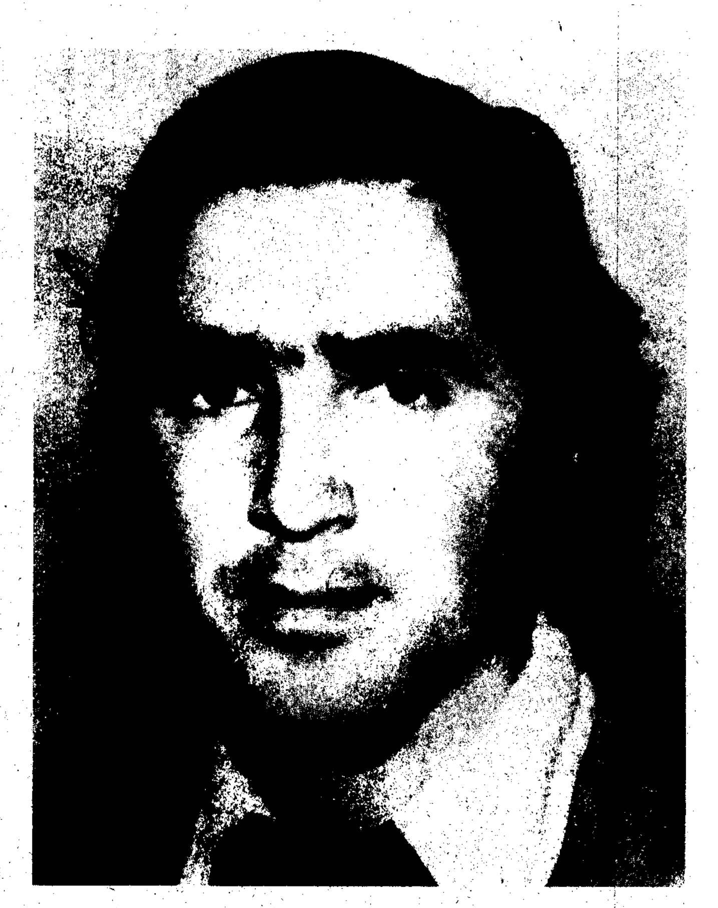
SELEKTIVE UNTERDRÜCKUNG

Wo größere Massen sich an solchen Aktionen beteiligten, reagiert die Diktatur vorsichtig: wer demonstriert hat in der Regel nicht mehr zu befürchten, als ein paar Tage Gefängnis, wenn er nicht gerade als Rädelsführer eingestuft wird.
Nach wie vor werden Gegner des Regimes umgebracht, aber die Methoden sind „verfeinert" worden; man versucht zum Beispiel auf der internationalen Welle der Terroristenbekämpfung mitzuschwimmen: Der Geheimdienst CNI verhaftet einzelne Oppositionelle, jagt sie anschließend mit einer Bombe in die Luft und behauptet dann, der Betreffende sei ein Terrorist gewesen, der sich bei Basteln einer Bombe ungeschickt angestellt und selbst in die Luft gesprengt habe. Selbst im Fall des siebzigjährigen ehemaligen Funktionärs der sozialistischen Partei Daniel Acuña, der am 13. August durch eine Bombe starb, schreckte der Geheimdienst nicht vor dieser Behauptung zurück. Falls es einmal zu einer gerichtlichen Untersuchung kommt, hat die Explosion die meisten Spuren vernichtet.

DER TOD DANIEL ACUÑAS
(aus 'Solidaridad' Nr. 78, Zeitschrift des Solidaritätsvikariats der katholischen Kirche).
„,... es gibt zwei Versionen (über den Tod Acuñas): die offizielle – und die seiner Familie ... Nach der Version der Familie versteckte sich Acuña (als er die Polizisten kommen hörte) in seinem Badezimmer im Schrank hinter einigen Anzügen. Seine Verfolger öffneten die Tür des Badezimmers und schossen hinein. Dann merkten sie, daß Acuña im Schrank war, und schossen Maschinengewehrsalven auf ihn ab, aus etwa einem Meter Entfernung. Die Kugeln drangen durch die Anzüge, erreichten Acuña und blieben dann in der Wand hinter ihm stecken. Acuña fiel, an die Anzüge geklammert, aus dem Schrank; durch das Gewicht der Leiche verbogen sich die Kleiderhaken. Die Polizisten ergriffen die Leiche und schafften sie ins angrenzende Schlafzimmer, wo sie sehr viel Blut verlor. Dann durchsuchten sie das Badezimmer und entfernten Patronenhülsen und Kugeln um keine Spuren zu hinterlassen. In der gleichen Absicht bauten sie den Schrank ab und ließen die Bretter verschwinden. Dann brachten sie die Leiche an die Stelle, wo vorher der Schrank gestanden war und brachten Sprengkörper an Bauch und Brust an, wo die meisten Einschußstellen waren. Die Explosion zerstörte Acuñas Körper vollständig, nur die Füße und Arme blieben übrig. Die Familie zog ihre Schlüsse aus der Abfolge der Schüsse und der Explosion, den durchgeschossenen Kleidern und den Einschußlöchern in der Wand ..."

In Concepción wurden zwei junge Leute, Iris Vega und Alberto Salazar, Opfer einer Bombe, die sie angeblich selbst legen wollten. Obwohl sie auf einer üblicherweise belebten Geschäftsstraße starben, sah niemand die Explosion. Passanten berichteten später, die Polizei habe kurz vor der Explosion die Straße abgesperrt.

FOLTER
Nach wie vor muß jeder, der wegen eines politischen Delikts verhaftet wird, damit rechnen, gefoltert zu werden. Politische Gefangene verbringen üblicherweise fünf Tage in den Folterzentren des Geheimdienstes, bevor sie zur Untersuchungshaft in die normalen Gefängnisse überstellt werden. Die Methoden der Folter sind allerdings auch verfeinert worden: sie wird ärztlich überwacht und es wird dafür gesorgt, daß sie kaum äußere Spuren hinterläßt. Gelegentlich passieren dem CNI trotz aller Perfektion noch „Pannen": so im Fall des 32-jährigen Lehrers Federico Alvarez Santibáñez, der kurz nachdem er vom Geheimdienst im Gefängnis abgeliefert worden war, an den Folgen der erlittenen Folterungen starb. Da er ein paar Stunden vor seinem Tod vom Gefängnis in ein öffentliches Krankenhaus gebracht worden war, ließ sich sein Tod nicht verheimlichen. Ein Untersuchungsrichter mußte eingesetzt werden, der in seinem Bericht die Verletzungen, die Alvarez' Körper aufwies, sowie deren mutmaßliche Ursachen eingehend schilderte und die schuldigen Folterer namentlich benannte. Da es sich bei diesen jedoch um Personen handelt, die der militärischen Gerichtsbarkeit unterliegen und deswegen von zivilen



Federico Alvarez Santibáñez

Gerichten nicht belangt werden können mußte der Untersuchungsrichter seine Unzuständigkeit erklären und die Untersuchung blieb folgenlos. Es gelang dem Untersuchungsrichter jedoch, seinen Untersuchungsbericht ungekürzt in einer großen Tageszeitung [2]) zu veröffentlichen – ein einmaliger Vorgang, denn gewöhnlich deckt die chilenische Justiz bereitwillig die Verbrechen der Diktatur. Dies konnte man kurze Zeit später auch aus einer Entscheidung des obersten Gerichtshofs ersehen: Trotz der erdrückenden Beweise sind die Mörder Orlando Leteliers nicht an die USA auszuliefern.

EINEN SCHLAGEN – VIELE TREFFEN
Durch ein besonders brutales Vorgehen gegen einzelne soll ein allgemeines Klima der Angst und Unsicherheit erzeugt werden. Bombenexplosionen und Verhaftungen werden auch in den juntatreuen Massenmedien dementsprechend publizistisch breitgewalzt.
Mit der gleichen Taktik, gegen einzelne vorgehen, um die anderen einzuschüchtern – versucht die Diktatur zur Zeit gegen die Selbsthilfeorganisationen der Arbeitslosen vorzugehen, sobald diese über die rein wirtschaftliche Selbsthilfe hinaus sich mit kulturellen und politischen Aktivitäten an die Öffentlichkeit wagen. Solange die Selbsthilfeorganisationen sich auf handwerkliche Produktion beschränken, werden sie geduldet. Zwar ist jede Art von Zusammenschluß der Massen der Junta ein Dorn im Auge (– auch wer handwerklich arbeitet findet Gelegenheit zum politischen Gespräch –), aber angesichts der katastrophalen Lage der Masse des Volks kann sie es sich nicht leisten, die Selbsthilfeorganisationen einfach zu verbieten.
Die rigorose Streichung der Staatsausgaben für Soziales,

Gesundheit usw. muß zwangsläufig dazu führen, daß nichtstaatliche Organisationen, sei es die Kirche oder Eigeninitiativen der Arbeiter und Arbeitslosen, in die Bresche springen, um die ärgste Not zu lindern. Die Junta kann auch nicht jeden Gedichtwettbewerb, jede Stoffbildherstellung und jede Theateraufführung der Arbeitslosen verbieten, denn dazu ist die Bewegung zu breit und genießt zu viele Sympathien bis in die Reihen des Mittelstands, aber sie versucht diese Entwicklung unter Kontrolle zu halten und vertraut auf den Einschüchterungseffekt, den ein hartes Durchgreifen bis hin zum Mord an einzelnen, willkürlich herausgegriffenen Leuten, die in solchen Strukturen mitarbeiten, haben kann. Jeder soll denken: „Wenn es den X. erwischt hat, der auch nichts anderes gemacht hat, als ich täglich mache, dann kann ich morgen der nächste sein."
Schon oft ist versucht worden, auf diese Art durch das willkürliche Herausgreifen Einzelner den Zerfall größerer Selbsthilfeorganisationen zu erreichen. Bis jetzt allerdings ohne großen Erfolg.
In Concepción wurden z.B. am 23./24.6. Guillermo Romero, das Ehepaar Rosa Zurita und Jorge Lizama und kurze Zeit später noch einige andere Leute, die in solchen Werkstätten mitarbeiteten, vom Geheimdienst verhaftet, fünf Tage später als Untersuchungsgefangene in das Militärgefängnis in Talcahuano gebracht und schließlich am 4.9. vorläufig auf freien Fuß gesetzt, weil ihnen, wie auch in der Presse zugegeben wurde[3]), nichts konkretes zur Last gelegt werden konnte. Solche Willkürakte, auch wenn sie kein juristisches Nachspiel haben, lösen natürlich erhebliche Angst und Unsicherheit aus. Wenn die Selbsthilfeorganisationen unter solchen Bedingungen trotzdem arbeiten, zeugt das von einem hohen Stand des politischen Bewußtseins.
Der Bericht wird fortgesetzt.

1) Weitere Informationen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der städtischen Volksmassen und zur Veränderung ihres politischen Bewußtseins findet man in dem sehr guten Aufsatz von Felix Müller, „Veränderungen der chilenischen Klassenstruktur seit 1973: Die städtischen Volkssektoren" erschienen in: **Lateinamerika** 3, Olle und Wolter-Verlag 1979, S. 171-193.
2) La Tercera vom 26.9.1979
3) La Cronica, 6.9.1979.

cn



Demonstration vor dem Kalkofen von Louquien, wo die Leichen von 15 Erschossenen gefunden wurden.

1980 – Chile-Solidaritätskalender Nr. 3

Am 11. September 1973 stürzten Militärs die gewählte Regierung unter Präsident Salvador Allende. Seitdem herrscht in Chile eine Militärdiktatur ohne demokratische Legitimation. 30 000 Chilenen wurden ermordet, Tausende in KZ und Gefängnisse verschleppt, Tausende sind „verschwunden", eine Million mußten aus dem Land fliehen. Seit der Machtübernahme durch die Militärdiktatur wurde die wirtschaftliche Lage des größten Teils der Bevölkerung ungeheuer verschlechtert: Es herrscht eine Arbeitslosigkeit von bis zu 25%; Entlassungen werden ohne Begründungen ausgesprochen; die Grundnahrungsmittel werden ständig verteuert, so daß mindestens 25% der Bevölkerung in extremer Armut leben müssen — wovon besonders die Kinder betroffen sind. Alle gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte sind abgeschafft.

Was sind Stoffbilder?

Gegenseitige Hilfe wird hier zur Überlebens - Notwendigkeit. So haben sich in einigen dieser Siedlungen Gruppen von Frauen zusammengefunden, die ihren Alltag auf Stoffbildern („Applikationen") darstellen. Durch den Verkauf dieser Bilder können sich die Frauen einige Pesos verdienen. Über die gemeinsame Näh- und Stickarbeit gewinnen sie Einsicht in die Ursachen ihrer Situation und entwickeln Formen von solidarischem Zusammenhalt.
Und schließlich geben ihnen diese Bilder auch die Möglichkeit, der Außenwelt ihr Elend, ihren Kampf und ihre Hoffnungen mitzuteilen. Die zumeist indirekte Form, in der die Frauen das Leiden des chilenischen Volkes abbilden, ist eine notwendige Vorsicht angesichts der Repression. Dabei kommt in der fast heiteren Farbigkeit dieser Stoffbilder etwas von dem Mut und der Zuversicht zum Ausdruck, diese Zeit der Unterdrückung zu überwinden.

Wer hat den Kalender gemacht?

Wir, die Chile Arbeitsgruppe Pforzheim, sind eine Gruppe von etwa zehn Personen, die sich aus Schülern, Lehrern und Kaufleuten zusammensetzt und seit über 3 Jahren auf dem Gebiet Lateinamerika zusammenarbeiten.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, den unterdrückten Menschen in den Ländern Lateinamerikas in ihrem Kampf um Befreiung zu helfen. In Chile unterstützen wir ein Mütterzentrum durch Kleider- und Geldspenden. Zur Fußball - WM haben wir die bundesweite Aktion „Fußball ja — Folter nein" tatkräftig unterstützt. Durch Spendensammlungen haben wir die Widerstandsorganisation FSLN in Nicaragua unterstützt. Nach 45 Jahren Diktatur hat sich das Volk von Nicaragua befreit. Zur Zeit sammeln wir Kleider für Nicaragua.

Chile Arbeitsgruppe Pforzheim, Hügelstr.2,
7530 Pforzheim

BRASILIEN

Die Öffnung gegenüber dem Welthandel war katastrophal

Die Wirtschaftspolitik der brasilianischen Regierungen seit dem Militärputsch 1964 hat den brasilianischen Markt gegenüber dem Welthandel weit geöffnet und Importe gegenüber einheimischer Fertigung bevorzugt. In 1966 von der Diktatur erlassenen Gesetzen wurde die zoll- und mehrwertsteuerfreie Einfuhr von Maschinen und Industrierüstungen genehmigt, während die lokale Fertigung weiterhin der Besteuerung unterlag. Durch die Öffnung gegenüber dem Welthandel wurden die nationalen Unternehmen einer – zudem durch Zoll- und Steuerregelung begünstigten – übermächtigen Konkurrenz ausgesetzt, die meist durch Exportkartellverträge verbunden ist und über zahlreiche Mittel verfügt, den Marktanteil der nationalen Unternehmen zurückzudrängen: organisiertes Dumping, d.h. vorübergehendes Unterbieten eines lästigen, finanzschwächeren Konkurrenten, der den damit verbundenen Verlust finanziell nicht verkraften kann und somit vom Markt verdrängt wird; kartellmäßig vereinbarte Nicht-Belieferung von Konkurrenten und die Streckung von Lieferzeiten – auch so kann ein nationales Unternehmen, das auf die gesperrten Produkte angewiesen ist, zur Aufgabe gezwungen werden. Solche Absprachen müssen von multinationalen Unternehmen nicht einmal geheim getroffen werden. Das westdeutsche Kartellrecht nimmt sog. „Export-Kartelle", d.h. Kartelle, die den Exportmarkt aufteilen und somit oft gegen Konkurrenten in der Dritten Welt gerichtet sind, ausdrücklich vom Kartellverbot aus. So wurde beispielsweise vom Bundeskartellamt in Berlin ein Kartellvertrag zwischen der AEG und Siemens genehmigt und registriert, in dem zur Aufteilung und Beherrschung des Marktes für bestimmte Schiffsausrüstungen folgendes festgelegt war: „Die Vertragspartner werden Dritten keine Teile von Vertragserzeugnissen liefern." Mirow, brasilianischer Kartellexperte und als Unternehmer der Elektrobranche unmittelbar Betroffener der Kartellstrategien, hat in seinem Buch „Die Diktatur der Kartelle" (rororo 4187, 1978, 6,80 DM) an zahlreichen Beispielen die Strategien zur Beherrschung der Märkte in der Dritten Welt nachgewiesen. Der in diesem Buch mehrmals gewürdigte Multi Siemens hat – nebenbei bemerkt – versucht, die Veröffentlichung des Buches mit Prozeßdrohung gegenüber dem Autor und durch Druck auf den Rowohlt-Verlag zu verhindern.

Brasilien exportiert dieses Jahr für ungefähr 14 – 15 Mrd. US-Dollar, wird aber für Importe (einschließlich ca. 8 Mrd. US-Dollar für Öl) 17 bis 18 Mrd. DM aufwenden. Brasilien ist heute mit etwa 43 Mrd. US-Dollar (Nettoauslandsschuld) im Ausland verschuldet, sein Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) beträgt in diesem Jahr etwa 9,5 bis 10 Mrd. US-Dollar, also 2/3 seiner Exporteinnahmen. Nach amerikanischen Schätzungen muß Brasilien in diesem Jahr zwichen 10 und 15 Mrd. US-Dollar neu aufnehmen, die Auslandsverschuldung wird also auch in diesem Jahr wieder erheblich wachsen. Nach Schätzungen der Morganbank wird die brasilianische Auslandsverschuldung 1982 130 Mrd US-Dollar betragen. Heute importiert Brasilien auch in großem Umfange Lebensmittel. Dieses Jahr werden es etwa 1,5 Mio. Tonnen Reis sein (aus Thailand, Burma, Bangladesch und Pakistan), 1,5 Mio t. schwarze Bohnen, 5-6 Mio. t Weizen, 4 Mio. t Mais sowie 100.000 t Trockenmilch.

In einem Gespräch mit einer Gruppe von Journalisten, die der Kirchliche Entwicklungsdienst nach Brasilien brachte, hat Mirow an mehreren Beispielen die Folgen der Öffnung des brasilianischen Marktes gegenüber dem Weltmarkt sowie für Importabhängigkeit und Verschuldung Brasiliens dargelegt. Im folgenden geben wir Auszüge aus dem Gespräch wieder. An drei Stellen haben wir in redaktionellen Fußnoten versucht, die ökonomischen Zusammenhänge verständlicher zu machen. Zu Beginn greift Mirow die hohen Nahrungsmittelimporte auf. gc

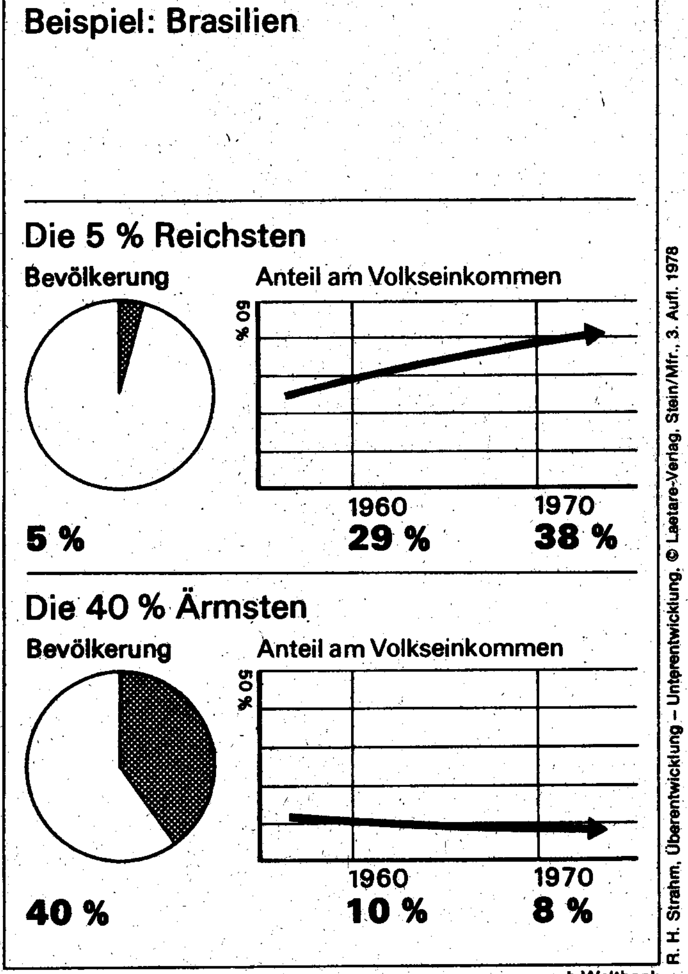
Kurt Mirow zur Wirtschaftspolitik der brasilianischen Diktatur

„Dazu ist zu bemerken, daß diese Nahrungsmittelimporte im Rahmen der Inflationsbekämpfung (1) geschehen und autorisiert worden sind und normalerweise auf dem brasilianischen Markt, insbesondere in den großen Städten, unter Gestehungspreis der Landwirtschaft verkauft werden. Nächstes Jahr werden wir mit wesentlich größeren Nahrungsmittelimporten rechnen müssen, da – wie zum Beispiel die Vereinigung der Reiszüchter aus Rio Grande do Sul angekündigt hat – nicht mehr angepflanzt wird, weil sie einfach mit diesen gedumpten Nahrungsmitteln nicht konkurrieren können. Es gibt ein schönes Zitat eines Landwirtschaftspräsidenten aus Minas Gerais, dem Hauptanbaugebiet für Schwarze Bohnen, der sagt, daß man die Dummheit der Bauern an der Größe der bepflanzten Äcker messen kann.

Folgendes hat zur Vernichtung unserer Milchwirtschaft geführt. Wir haben hier in großem Umfang Trockenmilch importiert von den europäischen Trockenmilchbergen; diese wurden zu Dumpingpreisen in den Städten verkauft. Die Milchbauern konnten mit den Preisen nicht mehr mithalten und gossen ihre Milch im letzten Jahr und in diesem Jahr in die Flüsse und nahmen ihre Milchkühe zum Schlachten. Seitdem importieren wir auch Fleisch (1979 ca. 250.000 t).

Wir finden dieses Bild auch in praktisch allen Industriezweigen. In den letzten Jahren ist unsere bodenständige Industrie eigentlich vernichtet worden. Wir hatten in der Elektroindustrie 1966 48 % nationale Kapitalien, jetzt weniger als 3 %. 1968 wurden 80 % der im Lande ver-

kauften Fernseher hier im Lande hergestellt. Jetzt importiert Brasilien für 620 Mio US-Dollar Fernseher, die angeblich in Manaus gemacht werden –in Manaus wird faktisch nichts gemacht, hier erhalten sie ein Schild „Made in Brasil", das ist alles. Somit wird heute der Markt hier mit Import-Fernsehern beliefert. Wir hatten 1968 noch eine ganze Reihe brasilianischer Firmen auf diesem Gebiet, heute gibt es keine mehr.
Wir haben hier eine Waggonbauindustrie, die etwa 12.000 Waggons im Jahr liefern kann. Wir haben aber in den letzten Jahren bis zu 8000 Waggons aus Jugoslawien, Rumänien, Japan und Deutschland importiert; hier im Lande sind 1200 bestellt, so daß die Industrie praktisch brach lag. In der Elektroindustrie ist es eine Grundsatzpolitik des Hauses Siemens, hier im Lande nicht mehr als 50 % aus lokaler Fertigung zu vertreiben. Vor kurzem wurde ein großer Artikel in der FAZ veröffentlicht, in dem gesagt wurde, daß Brasilien es ermöglicht, der Siemens in Deutschland 7000 Arbeitsplätze zu garantieren.
Wir haben in den letzten Jahren im wesentlichen alles das importiert, was hier gefertigt werden kann; zu Lasten der hiesigen Industrie, die in einigen Beispielen, wie dem Waggonbau 10 % Auslastung erreichte, in günstigen Fällen 40 bis 50 %. Und da wir praktisch keine eigenständigen Industrien mehr haben, haben wir auch keinerlau Einfluß mehr auf diese Wahnsinnsimporte der letzten Jahre. Wir können sagen, daß von unserer Auslandsschuld sinn- und nutzlos für etwa 25 Mrd. US-Dollar Waren importiert worden sind, die hier hätten hergestellt werden können. Gleichzeitig nimmt hier die Arbeitslosigkeit erstaunlich zu. Wir selber rechnen hier im Lande, daß in der Investitionsgüterindustrie von 240.000 Arbeitern bis zum Ende des



Jahres 79 90.000 entlassen werden müssen. Aus folgendem Grunde: Wir haben zum großen Teil die Ausrüstungsgüter unserer Industrie importiert, weil drüben – in Deutschland zum Beispiel –bis zu 20 % des Rechnungswertes gegen Brasilien als Verkaufsförderung quittungs- und belegIos in der Schweiz ausgezahlt werden kann. (2)
Wir haben eine Reihe von Beispielen in unserer Branche. Wir hatten einen Kunden, der jahrelang brasilianische Ausrüstungsgüter gekauft hat. Dann kam irgendwann ein europäischer Lieferant an und bot ihm europäische Ausrüstungsgüter zum doppelten Preis an. Er schreckte erst davor zurück bis der Verkäufer sagte, unsere Bedingungen sind die: Welches ist Dein Konto in der Schweiz. Daraufhin kam der Einkäufer zu mir und sagte, wenn ihr zu den gleichen Bedingungen liefern könnt, dann kaufe ich bei Euch. Wir sind ja gar nicht so ehrlich, aber wir können das rein buchhalterisch nicht machen. Wie sollen wir in der Schweiz beleglos auszahlen? Wir müssen über den Schwarzmarkt überweisen, wir müssen kalte Rechnungen kaufen, das kostet 50 - 60 % des auszuzahlenden Wertes. Wir können also mit diesen Bestechungsgeldern nicht mithalten.
Wie gesagt, dies führte alles zu diesen wahnsinnigen Importen hier. September 1972 – als die erste Unruhe unter den hiesigen Unternehmern aufkam – erließ die brasilianische Regierung eine Zensurbestimmung, es dürfe die brasilianische Wirtschaftspolitik nicht kritisiert werden. Diese Zensurbestimmung galt bis 1978. Ich selber habe Erfahrungen mit ihr gemacht, da ich wegen der Veröffentlichung des Buches „Die Diktatur der Kartelle" vor ein Militärgericht gestellt wurde. In Unternehmerkreisen waren sich viele dieser verhängnisvollen Entwicklung bewußt; es durfte aber praktisch nicht darüber berichtet werden. Die ganze Entwicklung führte natürlich zu der großen Arbeitslosigkeit, die heute herrscht und dazu, daß die 1,2 Mio. Studenten, die heute auf den Universitäten sind, kaum Berufschancen haben. Wir haben zum Beispiel, weil die ganze Elektronikindustrie sich in ausländischer Hand befindet, heute auf den Universitäten keine Elektronikkurse mehr, wir brauchen sie auch wirklich nicht; es gibt bereits viele arbeitslose Elektroingenieure.

Gleichzeitig haben wir hier eine vollkommene Perversion des Finanzmarktes. Die Regierung hat zur Bekämpfung der Inflation Staatspapiere herausgegeben, die eine Nettoverzinsung – Inflation schon berücksichtigt – bis zu 25 % im Jahr erreichten, die aber ihrerseits nur durch die Herausgabe neuer Staatspapiere bezahlt wurden. Damit haben wir innerhalb von vier Jahren eine interne Verschuldung von 20 Mrd. US-Dollar (fast 700 Mrd. Crz.), für die keine Brücke, für die nichts gebaut wurde. Dies ist ein Schneeballsystem, da diese Papiere nur durch die Herausgabe neuer Staatspapiere bezahlt werden. Da die Papiere eine Nettorendite von bis zu 25 % garantieren, führt dies dazu, daß Industrie und Wirtschaft seit zwei Jahren nichts mehr investieren, da es ja viel lukrativer ist, steuerfrei in Staatspapieren sein Geld anzulegen. (3). Deswegen gibt es auch momentan keinerlei Investitionsprojekte in Brasilien. Deshalb, wenn die Regierung heute die Industrie ankurbeln will, kann sie's nicht. 90.000 Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie sind verloren, da auch heutige Projekte erst in zwei bis drei Jahren in Fertigung umgesetzt werden könnten. Auf dem Zementsektor beispielsweise werden wir in diesem Jahr anfangen, Zement zu importieren; seit fünf Jahren werden keine neuen Zementwerke gebaut, so daß auch für das Arbeitsbeschaffungsprogramm via Wohnungsbau der Zement fehlt. Wir sind wirtschaftlich im Lande eigentlich vollkommen festgefahren.
Wir hatten unter der Regierung Geisel keine Minister, wir

hatten kaufmännische Vertreter. So war der ehemalige Planungsminister Simonsen ein rein kommerzieller Vertreter der Firma Westinghouse. In der letzten Regierung konnte man praktisch genau festlegen, welcher Minister welche ausländischen Wirtschaftsinteressen vertrat. Und wenn sie sehen, wo unsere ehemaligen Minister arbeiten, dann finden sie mit Ausnahme von zweien, keinen, der in einer brasilianischen Gesellschaft arbeitet.

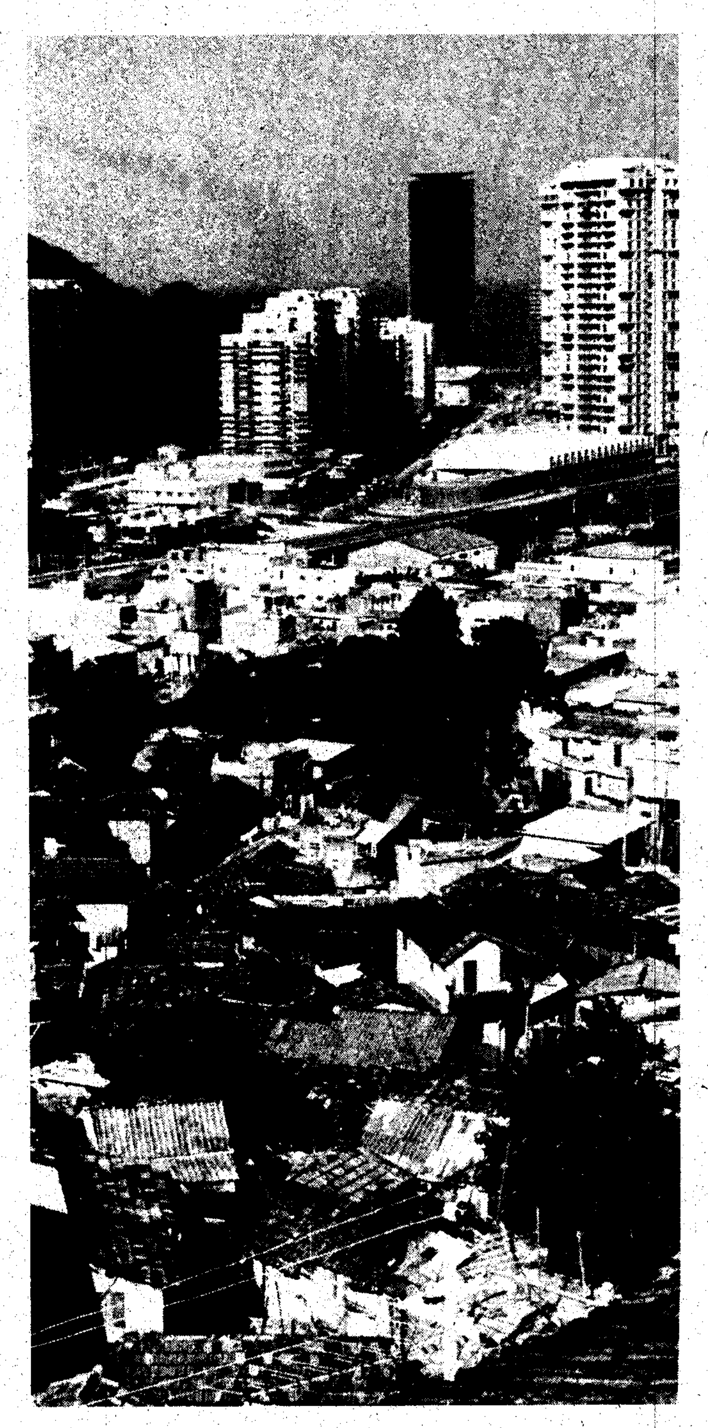
Manwird zweifelsohne eine gewisse Abkopplung vornehmen müssen, man wird zweifelsohne ganz massiv für Arbeitsplätze sorgen müssen durch die Produktion für den internen Markt. Die absolute Öffnung Brasiliens gegenüber dem Welthandel war katastrophal. Man darf ja nicht vergessen, daß sich Brasilien während des zweiten Weltkrieges entwickelt hatte, als das Land international abgeschnitten war."

Anmerkungen der Redaktion:

1) Der Import von Nahrungsmitteln aus Ländern, die diese billiger liefern können als die einheimische Landwirtschaft (etwa weil sie ein noch niedrigeres Lohnniveau haben als Brasilien) ermöglicht es, Nahrungsmittel unter den Produktionskosten der einheimischen Landwirtschaft anzubieten. Damit kann dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, die wesentlich durch die Nahrungsmittelpreise bestimmt sind, entgegengewirkt werden. Somit ist eine solche Importpolitik Teil der Inflationsbekämpfung. Sie erlaubt es, an niedrigen Löhnen festzuhalten und schädigt gleichzeitig die einheimische Landwirtschaft mit der Folge, daß langfristig die Zahl der von Nahrungsmittellieferungen abhängigen städtischen Massen vergrößert wird.

2) Bestechungsgelder in Höhe bis zu 20 % des Auftragswertes lassen deutsche Finanzbehörden als absetzbare Unkosten gelten. Die Bestechungssumme ist Teil der Kostenkalkulation, die dem brasilianischen Abnehmer gestellte Rechnung ist entsprechend überhöht. Da quittungs- und beleglos in der Schweiz ausgezahlt werden kann, wird dem brasilianischen Abnehmer ermöglicht, Geld ins Ausland zu transferieren, ohne daß die Finanzbehörden seines Landes dies bemerken könnten.

3) Zum Zusammenhang von Staatspapieren und Inflationsbekämpfung:
„Der hohe Zufluß an Auslandskrediten erwies sich 1978 als der Hauptfaktor, der die hohe Inflationsrate von 40,2 % antrieb. Die in das Land einströmenden Devisen mußten von der Zentralbank in die brasilianische Währung, den Cruzeiro, umgetauscht werden. Um die dadurch bedingte Geldmengenexpansion zu bremsen, war die Zentralbank gezwungen, einen großen Teil der neu geschaffenen Zahlungsmittel durch den Verkauf von kurz- und mittelfristigen Staatsschuldpapieren mit garantierten Hochzinsen von 54 % wieder aus dem Verkehr zu ziehen (sog. open market-Operationen)."
Das Zinsniveau wird künstlich hochgehalten „zum Nachteil aller brasilianischen Investoren und Konsumenten (die Kosten eines Konsumentenkredites betragen bis zu 120 %), aber zum Vorteil der brasilianischen Unternehmen im Finanzsektor und der multinationalen und staatlichen Großunternehmen, die in zunehmendem Maße ihre Profite auf dem Finanzmarkt „verwerten". Ein Drittel der 400 größten Unternehmen Brasilien – vorwiegend ausländische und staatliche Konzerne – erwirtschafteten 1977 durch Finanzanlagen höhere Gewinne als durch ihre produktiven Investitionen. Zu den krassesten Fällen gehört VW do Brasil: Getreu dem Werbespruch: „VW ist mehr als Autos" wurden bei Produktion und Verkauf von Autos nur 9,5 Mio. Cruz.



Gewinn eingestrichen, im Bereich Finanzanlagen aber 573 Mio. (Gazeta Mercantil 4.10.78) – also etwa 60 mal mehr auf dem Finanzmarkt." (aus: Lateinamerika – Analysen und Berichte 3. Verelendungsprozesse und Widerstandsformen, Olle & Wolter, Berlin 1979).

Multis und die Finanzierung der Repression Brasiliens

Dokumente belegen, daß die brasilianische Brown Boveri, Tochter des Multis BBC (Brown Boveri and Cie AG, Sitz des Mutterhauses in der Schweiz) eine Tarnorganisation finanziert hat, welche Entführerbanden, Folter und Todeskommandos unterhält und in einer Art Eigenjustiz Kritiker von Unternehmen, Gewerkschafter und Linke verfolgt.
Vor einem brasilianischen Kartellgericht gab der Präsident der Brown Boveri Brasilien, Oswaldo Ballarin zu, mit einer solchen Folterorganisation zusammengearbeitet zu haben. Ballarin hat zugleich auch leitende Funktionen bei der Nestle, der Sandoz und bei Schmidheiny-Interessen in Brasilien.
Im Rahmen der regierungsamtlichen Untersuchungen über das Elektrokartell (International Electrical Association IEA) in Brasilien mußte am 19. März 1976 der Präsident der Brown Boveri Brasilien, Oswaldo Ballarin, vor dem brasilianischen Kartellamt CADE erscheinen und aussagen. Das Protokoll dieser Einvernahme ist nun publik geworden. An einer entscheidenden Stelle gab Ballarin auf die Frage eines Kartellgerichts-Vertreters zu, einen Herrn Robert L. Plassing zu kennen und an dessen Firma Aufträge der Brown Boveri übergeben zu haben. Ballarin begründete diese Geschäftsbeziehungen damit, daß Plassings Firma für spezielle Public-Relations für den Produktverkauf eingesetzt worden sei. Das Einvernehmungsprotokoll mit dieser Aussage wurde von Ballarin selber und von Zeugen unterzeichnet. Wer ist Robert Lentz Plassing? Er ist bei der brasilianischen Menschenrechtsbewegung bekannt als einer der Führer der rechtsextremen Untergrundorganisationen, die Gewerkschaftler verschwinden lassen, mit Foltern Geständnisse erpressen und neben den staatlichen Geheimdiensten einen eigenen Apparat für Entführungen und Repression unterhalten.
Im 1979 von einer brasilianischen Menschenrechtsorganisation herausgegebenen Buch „Tortura, a Historia da Repressao Politica a Brasil" („Folter, die Geschichte der politischen Repression in Brasilien") des Journalisten Carlos Fon der konservativen Zeitschrift „VEJA" findet man genaue Hinweise über die Firma von Plassing. Diese tarnt sich unter dem Decknamen „Consultores Industriais Associados S/C (CIA)" als Finanz- und PR-Firma. Sie hat in allen größeren Städten Niederlassungen und tarnt ihre Beziehungen zu den Firmen als Public-Relations-Aufträge oder Verkaufsförderungshilfe. In Wirklichkeit wirkt sie als private Agentur, die die „schmutzige Arbeit" der Repression ausführt: Einschüchterung, Bedrohung, Entführung, Gefangennahme, Folter von Gewerkschaftern, von Regime- und Multi-Kritikern.
Das Büro Plassing führte auch Drohungen gegen prominente brasilianische Multi-Kritiker aus. Ein Opfer war der Unternehmer und Kartellexperte K u r t R u d o l f M i r o w, Autor des Buches „Die Diktatur der Kartelle" (auf deutsch bei Rowohlt, Hamburg, 1978) und von der UNCTAD beigezogener Experte für Kartellfragen. Mirow hatte aufgrund eigener Erfahrungen und von ihm zugespielten Dokumenten das internationale Kartell der großen Elektrokonzerne angegriffen, Brown Boveri ist eine der führenden Firmen dieses Kartells (IEA), das die großen Aufträge (Kraftwerke, Reaktoren, Turbinen) aus aller Welt praktisch unter sich aufteilt. Auf das Verlagshaus, das das Buch herausgab, wurde 1976 ein Bonbenanschlag verübt. Aber nicht nur K.R. Mirow, sondern auch der brasilianische Unternehmer S t o l t z, der sich gegen die kartellistischen Praktiken der Konzerne zur Wehr setzte, wurde von Plassing mit Bombenattantaten bedroht. Aber auch andere, frühere Vorfälle erscheinen in einem anderen Licht, nachdem die Zusammenarbeit von Brown Boveri mit den getarnten Repressionsspezialisten aktenkundig wurde: So wurde 1972 der vortragende Richter eines gegen die Brown Boveri vor dem brasilianischen Kartellgericht CADE eröffneten Verfahrens bedroht.
In die brasilianische Kartellbehörde wird zu einer Zeit eingebrochen, als als einziges wichtiges Verfahren ein Prozeß gegen Brown Boveri wegen Dumping geführt wurde.
Mit Briefen vom 21. und 24.9.1979 stellt Mirow die Brown Boveri Cie AG und die Siemens AG, ein weiteres führendes Mitglied des internationalen Elektrokartells, zur Rede. Mirow unterrichtete auch die Deutsche und Schweizerische Botschaft, die Kartellbehörden der BRD und der Schweiz und die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern. Es scheint, daß es sich dabei um eine Flucht nach vorn handelt, weil er sich nach diesen Bombenattentaten und Entführungsversuchen gegenüber seiner Familie nur noch auf internationalen Druck hin retten zu können glaubt. Sein Haus wurde Ende August von Bewaffneten nach Schriftstücken durchsucht und ihm wurde mit der Entführung und Ermordung seiner Kinder gedroht.
Mirow selbst kann bezeugen, daß die nun aktenkundige Zusammenarbeit eines Unternehmens mit einer getarnten Repressionsorganisation kein Einzelfall ist. Als Unternehmer war er selbst Zeuge, wie in einem Unternehmerverband besprochen wurde, wie die Kosten für das Verprügeln und „Verschwindenlassen" von unbequemen Personen umzulegen seien.Die meisten Firmen beteiligten sich an der Umlage. Carlos Fon schreibt in dem bereits oben angegebenen Buch „Folter, die Geschichte der politischen Repression in Brasilien": *„Nicht alle Unternehmer, die zur Finanzierung der Aktivitäten des Sicherheitsapparates beitrugen, taten dies jedoch freiwillig. In der Tat fanden die Geldeintreiber eine größere Bereitschaft zur Mitarbeit bei den Direktoren von multinationalen Unternehmen, von denen der größere Teil des monatlich eingezahlten und an die Sicherheitsorgane weitergeleiteten Geldes stammte."*

(Kopien der verwandten Dokumente und auszugsweise Übersetzungen: Arbeitsgruppe Dritte Welt, Postfach 1007, 3001 Bern)

Vortragsreihe der Uni Bielefeld
Praxisschwerpunkt Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik.
Vorträge Frauen und Dritte Welt im Forschungsseminar
Nu 14 - 16 Raum M 5/106
9.1.1980
Petra Müller, Braunschweig
14 - 16 Uhr: Politische Dimensionen von Frauenbewegungen (BRD - USA)
16.1.1980
Monika Schuckar, Frankfurt
14 - 16 Uhr: Frauenbewegungen im Iran
23.1.1980
Maria Mies, Den Haag
14 - 16 Uhr: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung

KAMERUN

René Philombe: Gesang des Widerstandskämpfers

René Philombe: Gesang des Widerstandskämpfers

Dies Kamerun in Trauer
ich bewundere und beklage es.
Verwaist sind seine Hütten, doch die Gräber bis zum Rand gefüllt.
Mein Herz kocht vor Zorn, bleich ist mein Gesicht –
Besser aufrecht sterben, als versklavt zu kriechen.
In einem Strom von Blut, zur Horrorzeit der Sperrstunde,
agieren Nacht für Nacht die Mörderbanden.
Mein Land ist nur noch Land der Panther,
nur noch Land, in dem der Terror seine Krater öffnet.
MEIN VERLETZTES VOLK
Der dumme, wiederkäuende Menschenfresser verdoppelt seinen Mut,
seine Stimme klingt unter den Märtyrern, die nie eine Träne netzte,
und ersetzt die Waffen des Unglücks.
In diesem ungleichen Kampf,
in dem die Wut der Kolonialherren, ein Schwert des Argwohns,
auf alle Helden niederfällt,
in dem die Heimat nie ihr Inneres verschließt,
wachsen tausend neue Helden aus den Totenklagen nach.
Man sieht sie aus dem Schlaf fahren, schwörend,
sich die Freuden ihrer Wiege zu erobern –
und man sieht, wie sich durch sie verjüngen die Ahnen,
die von den Thronen und vom Alter schon gebrochen waren –
und man sieht sie, Diener des erzürnten Volkes, sich als Sterbende noch
gegen die Ungerechtigkeit erheben, sieht sie ihr Bett verlassen
und entbieten, was ihnen noch von ihrem bleichen Leben blieb.
Um ist tot – was hatte er getan?
Und wo ist Moumié?
Auch ich will von dem Gift der Gefahr kosten,
ich will diese Monster, die Caesaren, diese Hampelmänner und Idole
nicht länger mehr auf meinen Schultern tanzen sehen.

Anmerkungen

Auszug aus dem Gedicht von René Philombe
Übernommen aus einer Sendung im WDR II, Radiothek, Mai 1979
Eine Übersetzung aus dem Französischen; nach Gehör aufgeschrieben (d. h. kleine Ungenauigkeiten können sich eingeschlichen haben).

'Um' – Ruben Um Nyobé, Gründer der UPC, wurde 1958 mit vier Kameraden von einer französischen Militärpatrouille ermordet.
Moumié – Felix Moumié, Präsident der UPC – 1960 in Genf vom französischen Geheimdienst (Betchel von der 'Main Rouge') vergiftet.

René Philombe – Kameruner Schriftsteller

René Philombe, geb. 1930, lebt heute in Jaunde, der Hauptstadt Kameruns. Weitab von den Villenvierteln der reichen Europäer und Afrikaner, die mit allem Komfort und Klimaanlage leben. Er wohnt in einer Lehmhütte, die weder mit Wasser noch mit Fenstern ausgestattet ist, nur mit einer einfachen Glühbirne unter der Decke. Er lebt dort, wo man einen berühmten Schriftsteller nicht vermuten würde, in den Quartiers, den Armenvierteln von Jaunde. In seinem eigenen Land gilt der bekannte Schriftsteller nicht viel. Das liegt an der hohen Analphabetenrate – aber auch an dem Desinteresse der Intellektuellen. Afrikanische Literatur erscheint ihnen wertlos. In europäischem Stil erzogen, zählt für sie nur ebensolche Literatur. Zumindest ‚sollte' sich ein afrikanischer Autor nach europäischem Muster ausrichten. Erst jetzt, wo auch in Europa afrikanische Literatur Anerkennung und Lob bekommt, beginnen auch Afrikaner, sich für ihre eigene Literatur zu interessieren. So weit kann die Entfremdung von der eigenen Kultur und Muttersprache führen! – – Doch, was nützt die schönste Auszeichnung kamerunischer Literatur im Ausland, wenn die Bevölkerung selbst diese Literatur gar nicht kennt? Wenn diese Werke afrikanischer Schriftsteller nur im Ausland und von Ausländern gelesen werden? René Philombe lebt dort, wo seine Literatur angesiedelt ist, bei den Menschen, für die er schreibt.

Schon in der Schule hatte er sich schriftstellerisch hervorgetan und die Zeitung ‚L'appel du Tamtam' (Der Ruf des Tamtam) herausgegeben. 1947–49 ist er Gerichtssekretär, zu seinem Arbeitsplatz muß er täglich 37 km zu Fuß laufen. Er gründet eine Kulturvereinigung und bekommt erste Preise. – 1955–57 erkrankt er an Kinderlähmung und ist seitdem beidbeinig gelähmt. Er gibt zwei Wochenzeitungen gegen das Kolonialsystem heraus ‚Die Stimme des Bürgers' (in französischer Sprache) und ‚Das Wort der Wahrheit' (in seiner Stammessprache Ewondo). Mehrere Gefängnisstrafen wegen ‚politischer Subversion' sind die Quittung seiner Tätigkeit. Trotz der Lähmung muß er ins Gefängnis. Am 23. Januar 1960, dem Tag der nationalen Unabhängigkeit, ruft er den nationalen Schriftstellerverband ins Leben, um sich mit seinen Kollegen zu organisieren. Zwei Jahre später kehrt er in sein Heimatdorf zurück und gründet eine Arbeiter- und Bauernkooperative. Erneute Verhaftung und Gefängnisstrafe sind wiederum das Ergebnis für René Philombes Anstrengungen – und diesmal von der schwarzen Regierung verhängt.

Internationale Literaturpreise und 1967 erneute Hausdurchsuchung und Haftstrafe sind das Resultat seiner weiteren politischen und literarischen Tätigkeit. Gutbezahlte Posten, mit der Auflage, endlich still zu sein, lehnt er ab. Kein materiell gesichertes Exil reizt ihn. Reich ist er wahrhaftig nicht, denn von seiner Schriftstellerei kann er in Kamerun nicht leben.

Seine Aufgabe als Schriftsteller beschreibt er so: versuchen, die Probleme des Volkes zu nennen, seine Bedürfnisse auszudrücken, seine Leiden zu lindern und die Aufmerksamkeit auf sein Elend zu lenken. Er ist ein Dichter der Revolte und der Humanität, was für ihn durchaus kein Widerspruch ist. Wie Ernesto Cardenal ist er der Ansicht, man müsse sich mit Armut und Leid identifizieren und nicht nur davon reden, d. h. inmitten der Ärmsten leben. Erst müssen die Verhältnisse geändert werden, bevor von Humanität die Rede sein kann.

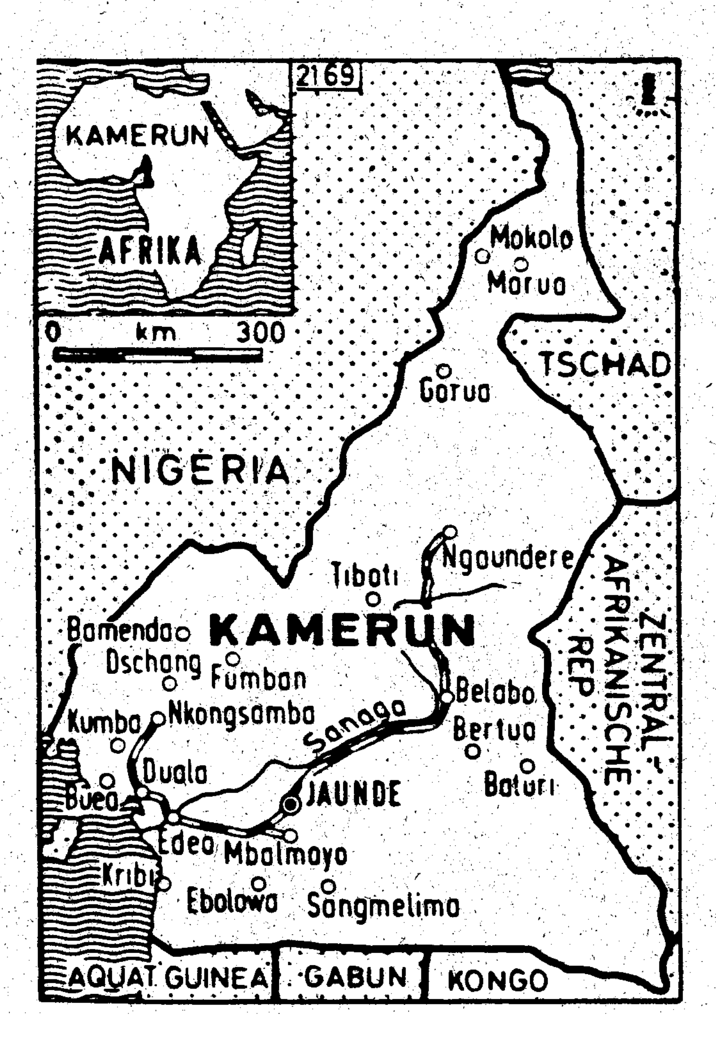
René Philombe war zum Festival ‚Horizonte '79' nach Berlin eingeladen (21. Juni – 15. Juli 79), doch kam er dort nie an. Ein Telegramm teilte dem WDR (der die Sendung über Philombe machte) mit, daß ihm die Ausreise von den Sicherheitsbehörden verweigert worden sei. Ohne Angabe von Gründen.

Anm. Afrikanische Literatur, ins Deutsche übersetzt, wird es 1980 auf der Buchmesse in Frankfurt geben, von René Philombe „Der weiße Zauberer von Zangali".

Kamerun – was ist das für ein Land? Wie kann es geschehen, daß offensichtlich positives Handeln von Kamerunern von den eigenen Landsleuten unterdrückt wird? Hat die Regierung in Kamerun kein Interesse an der Bildung des Volkes, selbst der elementarsten? Nach außen ein ruhiger, stabiler Staat, in dem man getrost investieren kann (s. FAZ v. 19. 6. 78) – mit einem gesetzten, zurückhaltenden Staatsmann – aber ein Staat, der auf die geringste Kritik, und sei es nur am schlechten Zustand der Straßen, äußerst rigoros und aggressiv reagiert (so auch auf die Kritik eines gelähmten und armen Schriftstellers) – mit ständiger Bespitzelung bis auf das letzte Dorf, mit Willküraktén der Polizei, Verhaftungen, Deportationen, Folterungen, Pressezensur.

Was ist das für ein Land?

B.F.



Stabilität durch Unterdrückung

Zwanzig Jahre Aufbau und „Stabilität" – um den Preis von Freiheiten

„Zwanzig Jahre Fortschritt, zwanzig Jahre Frieden" verkündet der Sprecher des kamerunischen Rundfunks vor jeder Nachrichtensendung. In der Tat: dem mit diktatorialen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten Ahmadou Ahidjo ist es gelungen, dem Land „Kontinuität" und „Stabilität" zu verleihen, die, auch wenn sie nur äußerlich sind, für afrikanische Verhältnisse eine Ausnahme darstellen. Kamerun gilt aus europäischer Sicht heute im allgemeinen als stabiles, westlich orientiertes und relativ liberales Land mit günstigen Investitionsmöglichkeiten. Ein Bild, das äußerst überraschend ist, wenn man sich die Anfänge des Regimes Ahidjo vergegenwärtigt.
El Hadj Ahmadou Ahidjo, ehemaliger Postbeamter aus dem Norden Kameruns, von der französischen Kolonialmacht zum Garanten französischer Interessen ausersehen und 1958 zum Premierminister ernannt, galt allgemein als ein Mann des Übergangs. Am 1. Januar 1960, dem Tag, an dem Kamerun die formale Unabhängigkeit erhielt, brachen in Douala, dem größten Hafen und Wirtschaftszentrum des Landes, heftige Unruhen aus: der Tower des Flughafens wurde beschossen, in den Straßen formierten sich Demonstrationszüge, man sang Lieder auf Félix Moumié, den Führer der sozialistisch orientierten UPC (Union des Populations du Cameroun), die als die entscheidende politische Kraft die Unabhängigkeit erkämpft hatte. Ahidjo, der nie eindeutig die Unabhängigkeit gefordert hatte und deshalb von der UPC als Erfüllungsgehilfe des französischen Kolonialismus und Imperialismus angesehen wurde, konnte sich der Unabhängigkeitsfeier nur erfreuen, weil auf seinen Wunsch französische Truppen im Lande geblieben waren. Damals glaubte wohl keiner der zur Feier geladenen Gäste, daß dieser Mann 19 Jahre später fester denn je im Sattel sitzen würde.

Politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich

Ohne die massive Unterstützung Frankreichs hätte sich Ahidjo zweifellos weder durchsetzen noch an der Macht halten können. Bereits 1955 verbot die Kolonialverwaltung die UPC, nachdem diese die völlige politische Unabhängigkeit und eine radikale wirtschaftliche Trennung von Frankreich gefordert hatte und in der Hoffnung auf eine nationale Erhebung bewaffnete Aktionen und Demonstrationen organisiert hatte. 1958 wurde Ruben Um Nyobé, Gründer der UPC, der „kamerunische Ho Tschi Minh" (1), von Kolonialtruppen im Maquis getötet. Auch über den Zeitpunkt der formalen Unabhängigkeit hinaus blieb Frankreich militärisch präsent: bis 1963 waren mehrere Tausend Mann im Lande, und noch heute gibt es französische Militär- und Polizeiberater und französische Waffenhilfe für das Ahidjo-Regime.
Am stärksten ist der Einfluß Frankreichs jedoch im wirtschaftlichen Bereich geblieben. Aufgrund der Kooperationsverträge sind die Kameruner gezwungen, fast die Hälfte (47 %) ihrer Importe aus Frankreich zu beziehen. Die Exporte nach Frankreich hingegen nehmen ständig ab und betragen nur ein Viertel des Gesamtexportes. Als Abnehmer kamerunischer Waren kommen deshalb immer mehr die übrigen Staaten der EG in Betracht.

Währungspolitisch ist Kamerun vollständig von Frankreich abhängig. Es gehört – wie fast alle ehemaligen französischen Kolonien – zur CFA-Zone (Communauté financière africaine = Afrikanische Finanzgemeinschaft). Der dort geltende Franc CFA hat einen starren Wechselkurs mit dem französischen Franc (1 F/FCA = 0,02 FF). Frankreich garantiert diese Währung nach außen, beansprucht dafür jedoch alle erwirtschafteten oder anderweitig erhaltenen Devisen für sich. Diese Art der Geldwirtschaft begünstigt natürlich die französischen Investoren, da dadurch der Geschäftsverkehr für sie enorm erleichtert wird. Außerdem können französische Unternehmer ihren Gewinn – im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz – in unbeschränkter Höhe nach Frankreich überweisen.
Die Franzosen stellen mit 17 000 von insgesamt 27 000 Ausländern in Kamerun das größte Kontingent. Sie leiten die meisten der ungefähr 100 industriellen Unternehmen und stellen 80 % des ausländischen Kapitals. Wichtige Industriezweige wie die metallverarbeitende Industrie werden von französischem Kapital mehrheitlich beherrscht.

Wirtschaftliche Fehlentwicklungen seit der Unabhängigkeit

Obwohl Kamerun im Gegensatz zu manch anderem afrikanischen Land, begünstigt durch die vorteilhaften klimatischen Verhältnisse, eine große Zahl unterschiedlichster landwirtschaftlicher Anbauprodukte vorweisen kann (Kakao, Kaffee, Baumwolle sind die wichtigsten Exportgüter, daneben werden Palmöl, Erdnüsse, Bananen, Gummi und Holz ausgeführt), ist der Agrarsektor das große Sorgenkind Kameruns. Doch ist es bis heute nicht gelungen, Kapital aus diesem natürlichen Reichtum zu schlagen. Die globale Plurikultur löst sich bei näherem Hinsehen in regionale Monokulturen auf. Dies hat zur Folge, daß Schwankungen der Weltmarktpreise oder Absatzschwierigkeiten voll auf den einzelnen Produzenten, der jeweils von einem einzigen Produkt abhängig ist, durchschlagen.
Zwei weitere strukturelle Probleme sind das sehr starke regionale Ungleichgewicht, das trotz des Wirtschaftswachstums nicht abgebaut werden konnte, und die große Abhängigkeit von Kaffee und Kakao, die 60 % des gesamten Agrarexportes ausmachen, was wiederum Abhängigkeit von den Abnehmerländern bedeutet (2).
Die auf Fünf-Jahres-Plänen basierende Wirtschaftsplanung war nicht imstande, die seit etwa 15 Jahren propagierte „landwirtschaftliche Revolution" zu vollbringen (3). Diese Pläne gehen auf die während der Kolonialzeit gültigen Entwicklungsprogramme FIDES (Fonds d'investissement et de développement économique et social = Fonds für Investitionen und ökonomische und soziale Entwicklung) zurück, die Frankreich eine optimale Nutzung der Kolonien ermöglichten.
Mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan nach der Unabhängigkeit (1960 bis 1965) sollte der Aufbau einer unabhängigen, auf die Bedürfnisse der kamerunischen Bevölkerung ausgerich-

teten Wirtschaft erfolgen. Doch mit der Unabhängigkeit war, wie bereits erwähnt, der Einfluß Frankreichs kaum geringer geworden, was besonders die Tatsache verdeutlicht, daß der erste Fünf-Jahres-Plan von einer französischen Beraterfirma ausgearbeitet wurde. Als Richtziel der wirtschaftlichen Entwicklung galt die Verdoppelung des Einkommens bis 1980. Der Landwirtschaft wurde Priorität eingeräumt. Die Verarbeitung ihrer Erzeugnisse sollte die Grundlage für die Industrialisierung bilden. Ertragssteigerungen erhoffte man sich insbesondere von Genossenschaftsgründungen, deren Gewinne den Plan zu einem Drittel mitfinanzieren sollten. Waren hier noch gewisse Zugeständnisse an die UPC zu erkennen – Ahidjo sprach zu jener Zeit vom „afrikanischen Sozialismus", der das Handeln der Regierung bestimme – so redete er 1965 vom „Planliberalismus", der den Gegebenheiten Kameruns eher entspreche. Der Grund für diesen Gesinnungswandel lag nicht nur im Scheitern der hochgesteckten Ziele in der Landwirtschaft. Die Ausschaltung der Opposition nahm in jenen Jahren die ganze Kraft Ahidjos in Anspruch. Die These ist daher vertretbar, daß es sich bei Ahidjos „afrikanischem Sozialismus" um den Versuch handelte, der UPC das Wasser abzugraben, indem man einige ihrer populären wirtschaftspolitischen Forderungen aus politischem Kalkül in das eigene Programm übernahm. Für die Verwirklichung des Plans fehlte es außerdem an Geld, an ausgebildeten Kräften, an einer straffen Organisation, um die Agrarstrukturen entscheidend zu verändern. Zudem waren Korruption und Unterschlagung an der Tagesordnung.



Baumwollernte im Norden

Eine auf wirtschaftliche Unabhängigkeit abzielende industrielle Entwicklung wurde nicht ernsthaft in Angriff genommen. Die Industrie folgte immer mehr ausländischen, insbesondere französischen Interessen, was entscheidenden Einfluß auf den Zweiten Plan (1966 bis 1971) hatte, der zwar der „Plan des Bauern" genannt wurde und in dem 19,5 % für die Landwirtschaft bestimmt waren. Gleichzeitig wurde aber die Investitionsgesetzgebung 1964 und 1965 so sehr zum Vorteil für ausländisches Kapital geändert, daß dieses in verstärktem Maß in das Land floß, ohne irgendeiner Planung zu unterliegen. Der immer mächtiger werdende Parteiapparat erstickte die letzten Eigeninitiativen der Bauern. Die Planzahlen wurden in bestimmten landwirtschaftlichen Sektoren nicht einmal zu einem Drittel erfüllt.

Im Dritten Plan (1971 bis 1976) standen der Landwirtschaft nur noch 9 % zu. Die Industrie, die hauptsächlich auf ausländische Märkte ausgerichtet war und nur innerhalb einer dünnen Oberschicht im eigenen Land Abnehmer fand, schuf bei der Landbevölkerung neue Bedürfnisse. Diese glaubte die Bevölkerung durch eine Arbeit in Douala, wo sich die Hälfte aller Industrieansiedlungen konzentriert, befriedigen zu können. Deshalb verließen viele Jugendliche intakte Dorfgemeinschaften, in denen niemand zu hungern brauchte. „Mitschuld" an dieser Entwicklung ist die für afrikanische Verhältnisse hohe Schulbesuchsquote, die im Süden fast 100 % erreicht, im Norden allerdings nur etwa 30 %. Der Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze sind nur in geringem Umfang vorhanden. Die Jugendlichen ziehen es trotzdem vor, in der Stadt zu bleiben, da sie während der Schulzeit keine fachlichen Kenntnisse erhalten, um die landwirtschaftliche Entwicklung in ihren Heimatdörfern voranzutreiben: das Bildungssystem ist zu sehr am französischen Vorbild orientiert.

Rund 80 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, die mit 40 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion dient der Selbstversorgung. Dabei herrschen veraltete Produktionstechniken in kleinen Betrieben (1 bis 2 Hektar) vor. Fehlende infrastrukturelle Voraussetzungen, die eine Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verhindern, sowie eine ungenügende Nutzbarmachung landwirtschaftlicher Flächen (nur 5 % der Gesamtfläche werden genutzt, obwohl ein Vielfaches möglich wäre) sind kennzeichnend für den Agrarsektor (4). Aufgrund der Bevölkerungszunahme von 2,3 % pro Jahr und eines Anteils der unter 25-jährigen von 60 % der Gesamtbevölkerung werden 1981 1,9 Mio. Jugendliche eine Arbeit suchen. Die Regierung kann jährlich nur 90 000 neue Arbeitsplätze schaffen, womit starke soziale Spannungen für die 80er Jahre vorprogrammiert sind.

Das Planziel von 1960, die Verdoppelung des Einkommens bis 1980, ist zwar nominell erreicht, das Realeinkommen stagniert dagegen seit 1975 bei einer Inflationsrate uu 20 %, von der vor allem die Lebensmittelpreise betroffen sind. Ein Bauer im Süden erwirtschaftet durchschnittlich 50 000 F/CFA pro Jahr, ein Viehzüchter im Norden muß sich mit etwa 30 000 F/CFA pro Jahr begnügen (5). Die Löhne der Arbeiter werden von der Regierung in Kategorien eingeteilt. Über Neuregelungen und Lohnerhöhungen entscheidet allein der Staat. Der garantierte monatliche Mindestlohn beträgt umgerechnet 130 DM.

Verelendungstendenzen sind in Kamerun nicht so kraß wie in nicht-afrikanischen Ländern, da das soziale System der Großfamilie sogar in den städtischen Zentren noch relativ gut funktioniert. Wer etwas verdient, gibt es an die Familie weiter, wodurch das schlimmste Elend aufgefangen werden kann.

In letzter Zeit versucht die kamerunische Regierung unter dem Schlagwort „économie autocentrée" (etwa: unabhängige Wirtschaft) vermehrt rohstoffverarbeitende Industrie anzusiedeln. Röstereien, Baumwollspinnereien, Zuckerrohrfabriken, holzverarbeitende Betriebe sollen am stärksten gefördert werden, da deren Endprodukte teilweise der Bevölkerung zugute kämen und diese Art der Industrialisierung den Gegebenheiten Kameruns am ehesten entspräche. Ob diese Pläne realisiert werden können, ob sie tatsächlich die sozialen Spannungen (insbesondere die bedrohlich anwachsende Arbeitslosigkeit) vermindern werden, oder ob sie wie bisher nur einer kleinen Oberschicht und ausländischen Interessen nützen werden, bleibt abzuwarten. Fest steht dagegen schon heute, daß das für die „économie autocentrée" nötige Kapital weiterhin aus dem Ausland kommt, wobei der letztjährige Wirtschaftsbesuch des kamerunischen Premierministers in der BRD gezeigt hat, daß deutsches Geld in Kamerun sehr willkommen ist.

Die Ausschaltung der Opposition

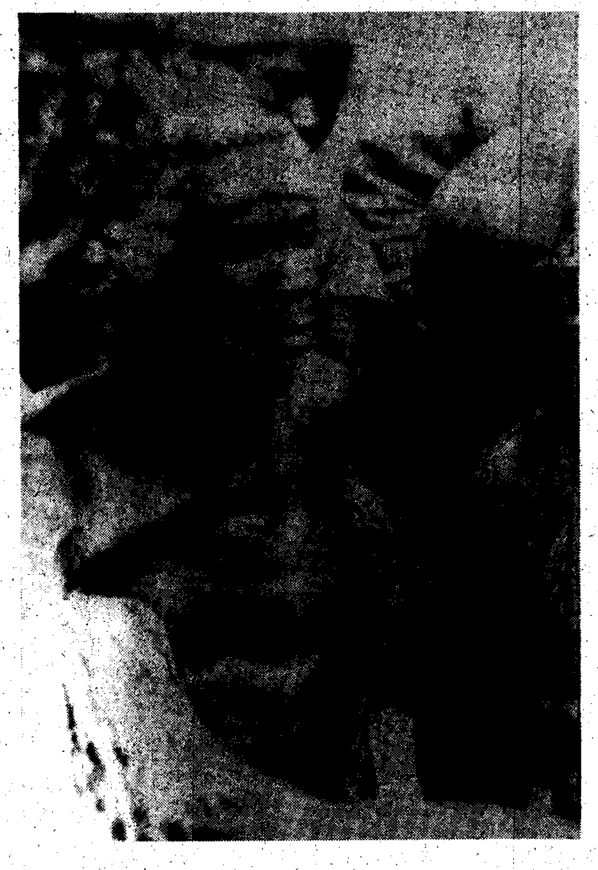
Das politische Klima Kameruns (Verdrossenheit und Angst bei den einen, Konformismus und Ehrerbietung für die herrschende Clique bei den anderen) ist noch heute stark geprägt durch die Nachwirkungen der blutigen Auseinandersetzungen in den 50er und 60er Jahren.
Der Unabhängigkeit ging eine Phase zunehmender Selbstverwaltung voraus, in der sich mehrere Parteien entwickelten, darunter auch die UC (Union Camerounaise), die 1956 vom heutigen Staatspräsidenten Ahidjo gegründet wurde und aus der die heutige Einheitspartei UNC (Union Nationale Camerounaise) hervorgegangen ist.
Größeres politisches Gewicht hatte jedoch die UPC (Union des Populations du Cameroun), die als erste die völlige Unabhängigkeit unter Einschluß der britischen Mandatsgebiete forderte und 1955 mit Gewalt (Attacken auf Polizeistationen und andere öffentliche Gebäude) an die Macht gelangen wollte. Der erhoffte allgemeine Aufstand des Volkes blieb jedoch aus. Nach dem Verbot durch die Franzosen ging ein Teil der UPC-Führer ins Exil, Um Nyobé und andere begannen im Bamileke-Land (im Süden) einen Guerilla-Krieg, der bald zu unkoordinierten Einzelaktionen ohne eindeutige Strategie gegen Ahidjo und seine konservativen politischen Freunde wurde (6).



Haftzentren für politische Gefangene

Zwar fiel Um Nyobé 1958, und Félix Moumié wurde 1960 in Genf von dem französischen Geheimpolizisten Louis Béchtel vergiftet – die Kraft der UPC war jedoch damit nicht gebrochen. Ahidjo führte die unerbittliche Verfolgung ihrer Anhänger weiter und schaffte es außerdem, ihr die Unterstützung durch das Ausland abzuschneiden. China und die Sowjetunion, deren Lieblingskind Moumié angeblich war, brachen ihre freundschaftlichen Beziehungen zur UPC ab; ebenso mehrere afrikanische Staaten, die bald das Ahidjo-Regime anerkannten (7). Der Guerilla-Krieg endete 1965; doch erst 1970 gelang es, den letzten populären UPC-Führer, Ernest Ouandié zu fassen, abzuurteilen und hinzurichten.

Mit den parlamentarischen Oppositionsparteien hatte Ahidjo dagegen leichtes Spiel. Er erklärte Ende 1961, sämtliche Parteien sollten sich im Interesse der nationalen Einheit zu einer Einheitspartei zusammenschließen. Die vier Führer einer „Front National Unifié" (ein Zusammenschluß von vier Oppositionsparteien) verfaßten ein Manifest gegen die von Ahidjo geforderte Fusion, da sie zu einem totalitären Einparteienregime führen müsse. Alle vier Fraktionsführer wurden verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Damit war die parlamentarische Opposition ausgeschaltet; zu den Wahlen in Ostkamerun stellte 1965 nur noch eine Partei Kandidaten auf: die UC (8). Ahidjo hatte sich zum Beherrscher des ehemals französischen Mandatsgebietes gemacht, seine Macht unterlag keiner Kontrolle mehr, Gegner des Regimes wurden fortan rücksichtslos verfolgt.
Im englischsprachigen Westteil des Landes (9) verlief der Prozeß der Gleichschaltung der politischen Kräfte etwas langsamer. Doch 1966 gelang es Ahidjo, alle Führer der Parteien Westkameruns zu überreden, mit seiner UC eine einzige Partei zu bilden: die im August 1966 gegründete UC. Damit war Kamerun zu einem Einparteienstaat geworden. Am 20. 5. 72 hob Ahidjo zu guter Letzt den föderativen Status des Landes auf, indem er sich die neue Einheitsverfassung in einer Volksabstimmung bestätigen ließ. Mit der Schaffung des Einheitsstaates République Unie du Cameroun wurden alle möglichen Ansatzpunkte für separatistische Tendenzen neutralisiert und potentielle Zentren neuer oder alter Oppositionskräfte aufgehoben.
Einheitsstaat, Einheitspartei, Einheitsgewerkschaft: Ahidjos Werk der „nationalen Einigung" war vollendet, seine Machtbasis geschaffen.


Medizinmann

Der Einheitsstaat: Institutionalisierter Tribalismus statt nationaler Einheit

Das Einparteiensystem ist allerdings konstitutionell nicht verankert. Die Verfassung von 1972 sieht sehr wohl die Möglichkeit mehrerer Parteien vor. Bei den Kommunal-, Department- und Nationalwahlen stehen jedoch nur die Listen der UNC zur Abstimmung. In manchen Wahllokalen sind gar keine Nein-Zettel vorhanden. Die Wahlen sind nicht geheim, es gibt keine Wahlkabinen. Da Wahlzwang besteht, wird bei Straßenkontrollen überprüft, ob im Personalausweis die Teilnahme an der letzten Wahl vermerkt ist.
In den führenden Positionen von Partei und Staat besteht Personalunion. Die UNC hat das faktische Monopol der Ämtervergabe. Sie ist im ganzen Land in Zellen, Basiskomitees und Untersektionen organisiert und bestimmt das gesellschaftliche Leben. Um in Kamerun Karriere zu machen, muß man Parteimitglied sein. Die UNC kontrolliert das gesellschaftliche Leben bis in die Familien hinein. Wer z. B. ein größeres Familienfest, etwa eine Hochzeit, plant, muß dies vorher bei der Ortsgruppe der UNC melden; die Polizei führt dann Kontrollen durch. Die Folgen sind Angst und politisches Schweigen innerhalb der Familien und damit die Zerstörung der politisch-gesellschaftlichen Identität der Menschen.
Ihrer offiziellen Ideologie zufolge ist die UNC Sprachrohr der Bevölkerung und bietet den Bürgern des Landes die Möglichkeit demokratischer Meinungsäußerung und Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Ahidjo erklärte: „Hauptziel der UNC ist es, der öffentlichen Meinung einen Rahmen zu geben, die Verbindung individueller Interessen mit der gewünschten sozialen Ordnung zu erleichtern sowie die politische Aktion zu koordinieren. Die UNC bietet außerdem allen Bürgern besondere Möglichkeiten, an der Lenkung der Staatsgeschäfte teilzunehmen" (25. 2. 74).
In Wirklichkeit gibt es jedoch keine demokratischen Entscheidungsprozesse. Alle wichtigen Entscheidungen werden vom Politbüro der UNC und in letzter Instanz von Ahidjo selbst gefällt. Laut UNC-Status wird die Politik der Partei durch Ahidjos Programmreden definiert. Das Politbüro legt sogar die Tagesordnung der Nationalversammlung fest und nominiert bei Wahlen die Kandidaten der Einheitsliste.

Um seinem Ziel der nationalen Integration gerecht zu werden, versucht Ahidjo, bei der Besetzung wichtiger Ämter in Staat, Verwaltung und Wirtschaft ein „prästabiliertes Gleichgewicht" zwischen den verschiedenen Regionen und Ethnien zu wahren. Ein Beispiel: Direktor der BICIC (Banque industrielle et commerciale du Cameroun) ist ein Mann aus dem Norden, die SBC (Société Camerounaise de Banques) leitet ein Mann aus der Küstenregion, die BIAO (Banque internationale pour l'Afrique occidentale) einer aus dem Süden, die SGB (Société Générale de Banques) einer aus dem französischsprachigen Westen, die Cameroon Bank einer aus dem englischsprachigen Westen (10). Trotz – vielleicht auch wegen – dieser Proporz- und Balancepolitik gibt es in diesem Staat der über 200 Ethnien immer noch starke regionale und ethnische Rivalitäten, vor allem zwischen dem traditionell liberaleren englischsprachigen und dem wirtschaftlich weitaus stärkeren französischsprachigen Teil sowie zwischen den Stämmen des Südens und denen des Nordens. Die „nordistes" halten die „sudistes" für Schwätzer und Phantasten, die „sudistes" wiederum halten ihre Landsleute aus dem Norden, zu denen auch Ahidjo gehört, für ungebildet und äußern oft den Vorwurf, in Wahrheit regiere eine Art Schattenkabinett von „nordistes" im Einvernehmen mit Ahidjo das Land.



Dorf in Nordkamerun

Besonders heikel ist das Bamileke-Problem. Die aus dem Südwesten stammenden Bamileke, etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung, haben sich ähnlich wie die Ibos in Nigeria besonders gut an die modernen ökonomischen Strukturen angepaßt. Sie sind geschickte Kaufleute, kontrollieren die meisten großen Wirtschaftsunternehmen und okkupieren auch mehr und mehr Posten in Verwaltung, Schule und Armee. Der Unmut vieler anderer Stämme wächst und gewinnt immer mehr politische Sprengkraft.
Ahidjos Versuch, über einen institutionalisierten Tribalismus das Ziel der nationalen Integration zu verwirklichen, erscheint daher nicht ganz problemlos.

Polizeisystem

Entscheidender Faktor der „Stabilität" Kameruns ist der Repressionsapparat. Das Netz der kamerunischen Sicherheitskräfte ist angeblich eines der effektivsten in ganz Afrika (11). Der Personalstand der Sicherheitskräfte ist doppelt so hoch wie der der Armee (12). Es gibt offizielle und geheime Organe. Da sind zunächst die „normalen" Polizeikräfte, die Sûreté Nationale. Daneben die Gendarmerie, die den Charakter von paramilitärischen Sicherheitskräften hat und bis vor kurzem auf den Landstraßen systematische Personenkontrollen vornahm. Wer den näheren Umkreis seines Wohnortes verlassen wollte, brauchte eine polizeiliche Genehmigung.

Brigade Mixte Mobile heißt die berüchtige Geheimpolizei, die in den Gefängnissen und „centres de rééducation" (Umerziehungslager) eingesetzt wird. Die DIRDOC (Direction de Documentation) ist eine Art geheime Staatspolizei; sie ist direkt dem Staatspräsidenten unterstellt und ausschließlich ihm verantwortlich. Nicht etwa ein Richter, sondern die DIRDOC entscheidet über Verhaftung und Freilassung von politischen Gefangenen und über ihre Verlegung in andere Gefängnisse. Der DIRDOC-Chef Fochivé gilt als einer der mächtigsten Männer Kameruns. Er hat mehr Macht als jeder Minister.
Hinzu kommt ein weitverzweigtes Spitzelsystem, das sich bis in die Familien hinein in Mißbrauen und Angst vor Denunziation auswirkt. Besonders Mädchen und Frauen werden als Spitzel angeheuert; häufig arbeiten sie als Freudenmädchen oder in Bars. Sogar in Paris soll es unter den Studenten weibliche Spitzel Ahidjos geben.

Das „rechtliche" Instrumentarium der Repression

Die Verfassung, die am 20. 5. 72 in einer Volksabstimmung von 99 % aller Wähler angenommen wurde, enthält zwar einen Grundrechtekatalog; die Grundrechte werden jedoch in schöner Regelmäßigkeit jeweils eingeschränkt durch die Formel „außer wenn das Gesetz anderes bestimmt".

Mit welchem Rechtsinstrumentatium Rechte außer Kraft gesetzt und unter Wahrung demokratisch-institutioneller Formen jegliche Opposition ausgeschaltet wird, zeigen vor allem drei Erlasse aus den Jahren 1961 bis 1963, mit denen die Ahidjo-Regierung bis heute nicht nur gegen UPC-Rebellen, sondern gegen jeden Gegner des Regimes operiert (13):

1. Eine Verordnung vom 4. 10. 61, durch die mehrere ständige Militärgerichte eingesetzt wurden.
2. Eine Verordnung vom 12. 3. 62 „zur Verfolgung hochverräterischer Umtriebe".
   Art. 1 stellt die Aufwiegelung zum Widerstand gegen den Vollzug von Gesetzen und Verordnungen unter Strafe, Art. 2 den mangelnden Respekt vor der Obrigkeit sowie Subversion. Art. 3 sieht Gefängnis bis zu 5 Jahren für jeden vor, „der unwahre Gerüchte oder Nachrichten ausstreut oder zutreffende Nachrichten mit tendenziösen Kommentaren versieht, sofern diese Gerüchte, Nachrichten oder Kommentare geeignet sind, der Autorität der Behörden zu schaden."
   Diese Ordonnanz, die noch heute in Kraft ist, öffnete der Willkür des Regimes Tür und Tor und hob praktisch die Meinungs- und Pressefreiheit auf. Schon die tendenziöse Kommentierung von Nachrichten steht ja unter Strafandrohung.
3. Eine Verordnung vom 25. 10. 63, in der alle Straftaten, die politische Färbung haben, den Militärgerichten übertragen werden. Die Zuständigkeit der Militärgerichte, deren Besetzung beim Staatspräsidenten liegt, umfaßt damit außer dem militärischen Bereich alle Delikte, die die innere und äußere Sicherheit des Staates betreffen, Straftaten gegen das Waffengesetz und Straftaten wie Mißachtung der Obrigkeit, Subversion, tendenziöse Kommentierung wahrer Nachrichten. Auch Verfahren wegen Schwerstdelikten (vorsätzliche Tötung, Brandstiftung) können die Militärgerichte auf Antrag des Armeeministers an sich ziehen.
   Gegen die Urteile der Militärgerichte gibt es kein Rechtsmittel, Berufung oder Revision sind ausgeschlossen.

Zudem herrscht seit 1961 unaufhörlich Ausnahmezustand; dies bedeutet weitgefaßte Eingriffsrechte der Behörden:

- Entfernung von Vorbestraften aus Notstandsgebieten
- vorläufige Inhaftierung von Personen, die für die öffentliche Sicherheit als gefährlich angesehen werden. Diese „Administrativhaft" (internement administratif) kann beliebig oft verlängert werden.
- Selbst wenn nur in einem Teil Kameruns Notstand ist, gelten die Eingriffsrechte im ganzen Staatsgebiet.
- Nach Aufhebung des Notstands gelten die getroffenen Maßnahmen weiter.

Auf solch zweifelhafter „rechtlicher" Grundlage fanden 1971 die beiden Prozesse vor Militärgerichten in Yaoundé gegen fast 100 UPC-Leute statt, unter denen der letzte UPC-Führer Ernest Ouandié und der katholische Bischof

Hilfe für Kampuchea

Ungeachtet unserer Schwierigkeiten, uns mit einer der im Kampuchea-Konflikt beteiligten Parteien zu identifizieren, halten wir einen humanitären Aufruf zur Hilfe für das zu Hunderttausenden vom Hungertod bedrohte kampucheanische Volk für dringend erforderlich. Nach unseren (allerdings sehr dürftigen) Informationen ist UNICEF z.Zt. am ehesten in der Lage, dafür zu sorgen, daß die Hilfsmittel tatsächlich der notleidenden Bevölkerung zugute kommen.
Spenden daher bitte an:
UNICEF, Postscheckkonto Köln 300000 oder Dresdner Bank Köln 9830418 (jeweils unter dem Stichwort „Kambodscha-Hilfe"). Red.

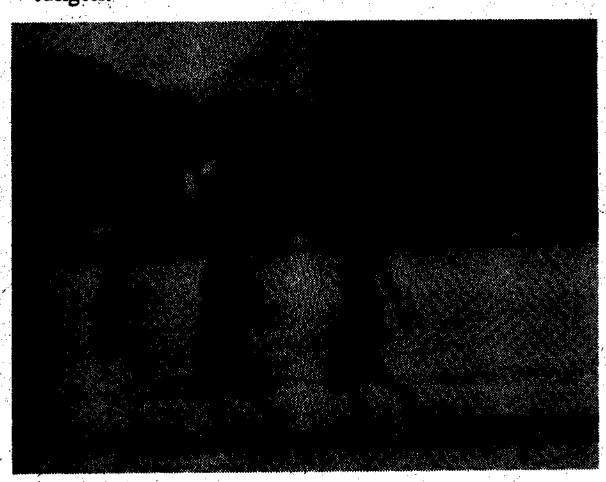
von Nkongsamba, Ndongmo, waren. Die Verfahren endeten mit sechs Todesurteilen und mehreren lebenslangen Haftstrafen. Drei der Todesurteile wurden vollstreckt. Ernest Ouandié, Gabriel Tabeu und Raphael Fosting wurden auf einem großen Platz in Bafoussam öffentlich hingerichtet.

Die Ereignisse von 1976

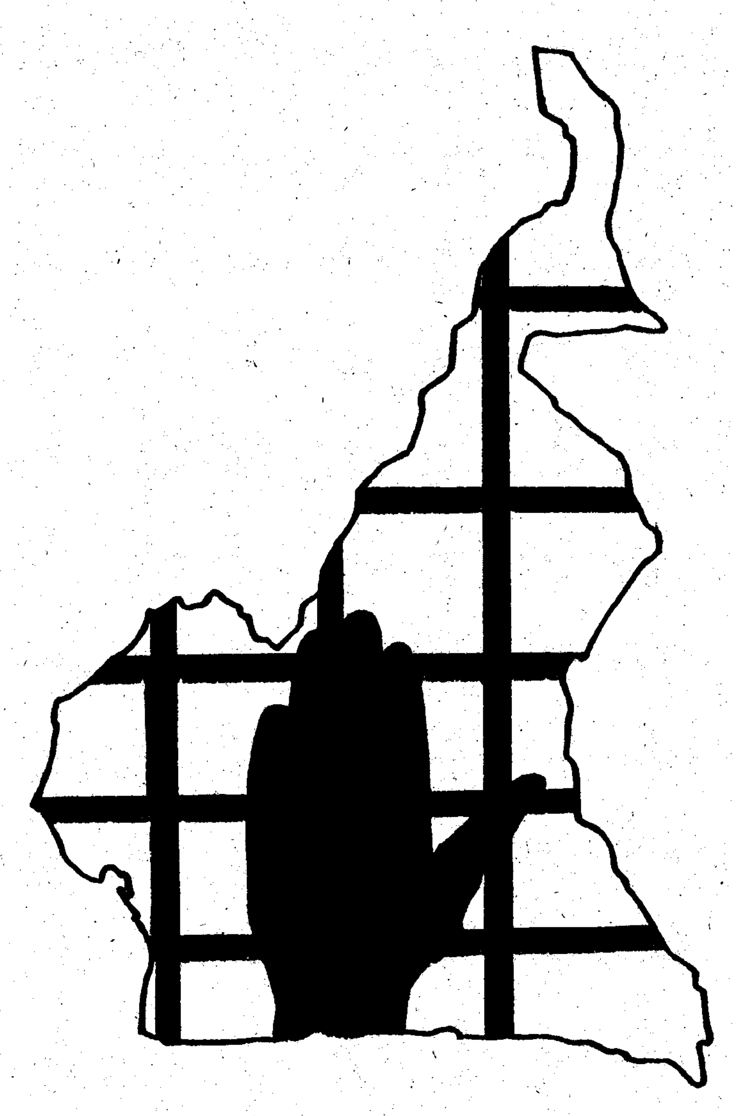
In den letzten Jahren wurden politische Gefangene jedoch weder einem Militärgericht noch einem sonstigen Gericht vorgeführt. Dennoch sind auch heute noch Hunderte von Personen – Exilgruppen sprechen sogar von vielen Tausenden – aufgrund „subversiver" Aktivitäten inhaftiert. Die letzte große Verhaftungswelle fand im Sommer 1976 statt.

Zweierlei war geschehen:

1. In Douala, Yaoundé und anderen Städten waren am hellichten Tage blitzartige Flugblätter verteilt worden (z. B. auf Märkten), Autos waren mit Aufklebern versehen worden, Wandparolen waren aufgetaucht. Auf den Flugblättern wurden Korruption, Clanwirtschaft, skandalöse Selbstbereicherung von UNC-Führern und die Lobby der „nordistes" um Ahidjo angeprangert. Auch am Eingang zum Präsidentenpalast in Yaoundé soll ein Stoß Flugblätter deponiert worden sein, und innerhalb des Präsidentenpalastes soll sogar jemand „Nieder mit Ahidjo" an die Wand gepinselt haben (14).
   Wahrscheinlich ging diese Flugblattaktion auf das Konto des MANIDEM (Manifeste National pour l'Instauration de la Démocratie), einer 1974 von der UPC und anderen Regimegegnern ins Leben gerufenen konspirativ organisierten sozialistischen Sammlungsbewegung.
2. Seit Januar 1976 hatte es in Douala und anderen Städten wilde Arbeiterstreiks gegeben, mit denen Lohnerhöhungen durchgesetzt werden sollten. Angesichts der sozialen Spannungen (Verslumung, wachsende Jugendarbeitslosigkeit) war dies nicht verwunderlich. Vor allem nicht in Douala: Hafen, wirtschaftliche Hauptstadt, Fabriken, Kontors, Dienstleistungsgewerbe, Büros .... ein Heer von etwa 150 000 Lohnabhängigen, eine Arbeiterklasse, die bereits auf eine Kampftradition von gut 30 Jahren zurückblicken kann.
   Die Hafendirektion entließ kurzerhand die streikenden Docker und stellte dafür Arbeitslose ein, die jedoch ihrerseits prompt in den Ausstand traten. Als die Streikbewegung sich auf Eisenbahn, Brauereien, Bäckereien, Banken und Elektrizitätswerke ausbreitete, reagierte die Ahidjo-Administration mit Razzien und Massenverhaftungen.



Hochland im regenarmen Norden



Hunderte von Arbeitern, Beamten, Angestellten, Studenten und Schülern, auch Frauen, wurden verhaftet, gefoltert und schließlich in die Umerziehungslager von Tcholliré und Yoko gebracht. Zwar wurde im Laufe der letzten Jahre ein Teil von ihnen wieder freigelassen, die übrigen jedoch haben bis heute, d. h. über drei Jahre nach ihrer Verhaftung, weder einen Untersuchungsrichter noch einen Staatsanwalt noch einen Verteidiger gesehen. Der kamerunische Premierminister Paul Biya erklärte dazu am 4. 6. 78 in Stuttgart Vertretern von Amnesty International, daß man den 1976 Verhafteten keinen Prozeß mache, weil ein solcher für sie höchst nachteilig wäre.

Menschenrechtsverletzungen

Die Haftbedingungen sind äußerst hart, die politischen Gefangenen werden in Gefängnissen bzw. Haftzentren festgehalten, die sich zumeist in entlegenen und klimatisch ungesunden Gebieten befinden, die Ernährung ist höchst mangelhaft. Nach amnesty international vorliegenden Informationen gibt es solche Haftzentren für politische Gefangene in Tcholliré, Yoko, Bafoussam, Mantoum, Nkongsamba, N'Kondengue, Yacoundé, Mokolo; außerdem vermutlich in Garoua, Foumban und Batouri.
Als unentbehrlicher Träger sozialer Einrichtungen konnte es sich die Presbyterianische Kirche Kameruns auf ihrer Synode 1977 erlauben, eine eindeutig formulierte Petition über

die elende Situation der Gefangenen an Ahidjo zu richten und ihn aufzufordern, „die Würde .... des menschlichen Lebens zu wahren, indem er eine gute Versorgung der Gefangenen sicherstellt" (15). Verbessert wurden die Haftbedingungen jedoch seither nicht.
In den Prozessen von Yaoundé gegen die UPC (1971) erklärten viele der Angeklagten, daß ihre Geständnisse durch Folter erzwungen worden seien. Mißhandlungen und Folterungen vermeintlicher oder tatsächlicher Oppositioneller wurden auch von anderen immer wieder bestätigt. Der Belgier Charles van de Lanoitte, der jahrelang in Kamerun gelebt hat, berichtete in der französischen Zeitung Rivarol vom 28. 1. 71 (16) detailliert über die von der Brigade Mixte Mobile praktizierten grausamen Methoden („Papageienschaukel", „Zementkübel", Elektroschocks).

Zwanzig Jahre „Kontinuität" und „Stabilität" – um den Preis von Freiheiten und Menschenrechten.

Peter Jörder und Hans-Peter Winterhalder,
amnesty international, Kamerun-Koordinations-Gruppe

Anmerkungen:

1) vgl. Georges Chaffard a.a.O.
2) vgl. Illy, Handbuch der Dritten Welt, S. 225 ff.
3) zu den Fünf-Jahres-Plänen vgl. Beuth, S. 230–256, 330–346
4) vgl. Beuth S. 241 ff.
5) vgl. Eyinga, S. 221
6) vgl. Illy, Politik und Wirtschaft, S. 83 f.
7) vgl. Holzer, S. 265
8) Näheres bei Illy, Politik und Wirtschaft, S. 110 f.
9) Bei der Volksabstimmung im britischen Mandatsgebiet 1961 hatte der Norden für Nigeria votiert, der Süden für den Anschluß an das ehemals französische Mandatsgebiet. Noch im gleichen Jahr war der Bundesstaat Kamerun gebildet worden.
10) vgl. Le Monde, 6. 2. 79
11) vgl. Africa, Januar 1978
12) vgl. Internationales Afrikaforum 14/1978 No. 1, S. 29
13) vgl. hierzu Bulletin der internationalen Juristenkommission, S. 8 f.
14) Afrique-Asie 27. 12. 76
15) Reformierter Pressedienst Nr. 147, März 1977
16) Zit. in Mongo Béti, Main basse ...., S. 249 f.

Dieser Artikel basiert auf folgenden Veröffentlichungen:

Weltmission heute: Menschenrechte in Afrika, Evang. Pressestelle für Weltmission, 1976
Die Ausnahmegesetze in der Bundesrepublik Kamerun, in: Bulletin der Internationalen Juristenkommission Nr. 20, Sept. 1964
Belo, Yannick: Cameroun. Le réveil de l'opposition, Afrique-Asie Nr. 125, 27. 12. 76
Béti, Mongo: Main basse sur le Cameroun, Paris 1972
ders.: Ausnahmezustand statt Unabhängigkeit, Interview mit dem Kameruner Oppositionellen Mongo Béti, 3. Welt-Magazin, Bonn, Nr. 6/1977
Beuth, Heinz-Willi: Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik Kameruns, Berliner Studien zur Politik in Afrika und Asien, Frankfurt Bern 1975
Chaffard, Georges: La mort de l'Ho Chi Minh Camerounais, in: Les carnets secrets de la décolonisation, Bd. 2, Paris 1967
Decraene, Philippe: Cameroun, le culte de la continuité, Le Monde 6. 2., 7. 2. und 8. 2. 79
Eyinga, Abel: Mandat d'arrêt. De la démocratie au Cameroun 1970–78, Paris 1978
Holzer, Werner: Kamerun. Die überlisteten Revolutionäre, in: 26mal Afrika. Panorama der modernen Welt, München 1968
Illy, F. Hans: Politik und Wirtschaft in Kamerun, München 1976
ders.: Kamerun, in: Handbuch der Dritten Welt, S. 217 ff.
Jacobsohn, Heinz Joachim: Verfassung der Vereinigten Republik Kamerun, Beilage zu Verfassung und Recht in Übersee, Heft 1/1974

UNRUHEN IM NORDEN KAMERUNS KOSTEN MINDESTENS 120 MENSCHEN DAS LEBEN

Der Sonderkorrespondent der französischen Zeitung „Libération" berichtete am 30. Oktober aus N'Djamena, daß am 20. und 21. Oktober bei einem Bauernaufstand im Norden Kameruns etwa 200 Bewohner eines Dorfes von Regierungstruppen getötet wurden.
Diese Meldung wurde von Reuter in Abidjan bestätigt und schlug sich als kurze Pressemitteilung auch in einigen überregionalen deutschen Tageszeitungen nieder.
„Le Monde" (17.11.1979) ist den Ereignissen noch einmal nachgegangen und kam zu folgendem Ergebnis:

In einem von Arabern nahe der Grenze zum Tschad bewohnten Dorf namens Dolle versuchten die Einwohner in Eigenregie eine Schule zu errichten, da ihnen von der Zentralregierung in Yaoundé keine Mittel zur Verfügung gestellt worden waren. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß diese Araber nicht zu den zwei dominierenden und in Yaoundé einflußreichen islamischen Stämmen (Fulbe und Kotoko) des Nordens gehören.
Die Dorfbewohner machen eine Umlage und bringen auf diese Weise etwa 3000 Mark zusammen, die sie ihrem Bürgermeister, einem Kotoko übergeben, um damit eine Schule bauen zu lassen. Dieser verschwindet jedoch mit dem Geld und setzt sich nach Nigeria ab. Doch die Araber geben nicht auf und erstellen ein Gebäude, das als Schule dient.
Da man jetzt einen zweiten Lehrer brauchen könnte, wird ein dementsprechendes Gesuch an die zuständigen Behörden gerichtet. Die Antwort ist nicht nur negativ, denn gleichzeitig wird auch der einzige Lehrer aus Dolle abberufen. Die Dorfbewohner versuchen die Abfahrt des Lehrers mit Gewalt zu verhindern, woraufhin dieser bei der Polizei Zuflucht sucht.
Der erste Versuch der Gendarmen, die aufgebrachten Bauern zu verhaften, schlägt fehl. Der Präfekt der nächst-größeren Stadt rückt deshalb mit etwa 20 unbewaffneten Gendarmen an, zieht es aber beim Anblick der durch einen Marabut angetriebenen Masse vor, sich in Sicherheit zu bringen und die Gendarmen ihrem Schicksal zu überlassen. 14 von ihnen werden getötet und drei schwer verletzt.
Der zu Hilfe gerufene Regionalpräfekt von Maroua befiehlt die Entsendung eines Fallschirmjägerkommandos, das das Dorf „säubern" soll.

„Von da an bestehen zwei Versionen der Ereignisse. Die einen sagen, daß alle Einwohner systematisch massakriert worden seien, die anderen behaupten, daß die kleinen Kinder von der Armee verschont worden seien." (Le Monde 17.11.1979). Von einem der Teilnehmer an der Strafexpedition wird berichtet, daß er etwa 120 Leichen gezählt hat. Insgesamt sollen der „Säuberung" etwa 200 Menschen zum Opfer gefallen sein.
Interessant ist in diesem Zusammenhang die Darstellung der kamerunischen Zeitung „Cameroon Tribune" vom 27. Oktober 1979. Unter der Überschrift „Wieder Ruhe in Dolle" wird lediglich von einem Zusammenstoß zwischen den Bewohnern des Dorfes Dolle berichtet, der die Polizei zum Eingreifen veranlaßte. Weiter heißt es: „Es gab Tote auf beiden Seiten. Die vollkommene Ruhe ist jedoch wieder an Ort und Stelle eingekehrt. Wir wünschen, daß mit dieser klaren und genauen Feststellung den Gerüchten ein Ende bereitet wird, die in vielfältiger Form über die unglückliche Angelegenheit verbreitet worden waren und ihr Größenordnungen beimaßen, die in keinem Verhältnis zur Realität stehen."
Ruhe um welchen Preis!

Hans-Peter Winterhalder

DER BEFREIUNGSKAMPF IN NAMIBIA

Die Südwestafrikanische Volks-Organisation (SWAPO), die am 19. April 1960 gegründet wurde, kämpft für die Befreiung und Unabhängigkeit Namibias. Seit 1966 hält Südafrika Namibia besetzt, entgegen den Beschlüssen der Vereinten Nationen und des Internationalen Gerichtshof. Das illegale Regime hat seine Grundsätze des Rassenhasses, der Apartheid in Namibia durchgesetzt, das Land zu einem Anhängsel der Republik (Südafrika) gemacht und seine illegale Macht dazu benutzt, die Ausbeutung der großen Rohstoffreserven Namibias zu erleichtern.

Aber es ist nicht länger nur eine Frage der illegalen Besetzung Namibias durch Südafrika, denn es wird ein Kolonialkrieg geführt. Während der letzten vier Jahre hat das Volk von Namibia unter der SWAPO seinen bewaffneten Kampf zur Befreiung Namibias entwickelt und ausgedehnt. Südafrikas Antwort darauf war die Entsendung von 50 000 Truppen- und Plizeiangehörigen, um zu versuchen, das Land zu unterwerfen. Sie sind dabei, einen klassischen Unterwerfungsfeldzug gegen SWAPO und das Volk von Namibia zu führen: eine 5 km Sperrzone wurde entlang der gesamten nördlichen Grenze gezogen, Dörfer wurden willkürlich zerstört, ganze Waldgebiete entlaubt, Wasser vergiftet und Lager von SWAPO Freiheitskämpfern in Angola zerstört. Es gibt gut dokumentierte Belege von weitverbreiteter Folter und Einschüchterung durch die südafrikanische Armee, als auch durch die Marionettenhäuptlinge von Nord-Namibia.



Südafrika und ihre Unterstützer bei den Vereinten Nationen (insbesondere Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich) widersetzten sich dem nationalen Befreiungskampf der Menschen in Namibia um die Stabilität in dem Gebiet zu erhalten, eine Stabilität, welche die massiven ausländischen Investitionen in Namibia schützen soll.

Angesichts der zunehmenden südafrikanischen Besetzung des Landes, sieht SWAPO einen zunehmenden bewaffneten Kampf als den einzigen Ausweg zur echten Befreiung.

MEDIZINKÄSTEN FÜR SWAPO

Die intensiven militärischen Auseinandersetzungen bedeuten, daß es dringend nötig ist, medizinische Ausrüstung für die SWAPO Militärärzte zu bekommen. Sowohl an der Front, als auch für die Landbevölkerung. Das Namibia Support-Committee Health Collective bemüht sich um medizinische Ausrüstung, die einfach und leicht genug ist, um in die Kampfgebiete mitgenommen und an die SWAPO geschickt werden zu können. Jeder Kasten, der in speziell dafür entworfene Taschen verpackt ist, soll eine chirurgische Grundausrüstung für Verletzungen enthalten, eine Auswahl von Drogen und eine Grundausrüstung an ERSTE-HILFE-Material. Ein illustriertes Handbuch mit Anweisungen für die Erkennung und Behandlung von verschiedenen Fällen ist auch für jeden Kasten vorbereitet worden.

WAS SIE TUN KÖNNEN

Jeder Kasten wird 400 DM kosten. Erreichen Sie, daß Ihre Gewerkschaft Ihr Handwerksverband, Ihre Universität, Ihr Krankenhaus, Ihre Schule oder Ihre Kirche für mindest einen Kasten sammelt. Personen, die eine Sammlung durchführen wollen, sollten an das N.S.C. schreiben, um eine Sammlungsliste oder eine Bankanweisung auszufüllen.

Erreichen Sie, daß Ihre Organisation eine Versammlung mit einem Redner oder Film arrangiert.
Arrangieren Sie eine Wohltätigkeitsversammlung, einen Tanzabend oder einen Flohmarkt.
Leiten Sie Ihre Resolution, die SWAPO zu unterstützen, an ihre Gewerkschaft weiter.

SWAPO-MEDIZINKÄSTEN IN GEBRAUCH

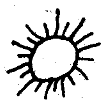
Dr. Libertine Amathila, SWAPOs Medical Officer (C.M.O.) konnte über die Ankunft der ersten 10 SWAPO-Medizinkästen berichten. *„Der Inhalt ist wunderbar"* sagte sie während eines Besuches in London im Juni. *„Ich habe ein oder zwei Dinge herausgenommen und anderes hinzugefügt, zum Teil um das Gewicht herabzusetzen und um sicherzustellen, daß die Kästen den dringenden Nöten in der Kriegszone, wie Malaria, Pneumonia, Durchfall, Würmer, Unterernährung und Erste Hilfe im Kampf entsprechen. Ein Punkt für diejenigen, die die Kästen herstellen: die hellfarbenen Schultertaschen, die bisher benutzt wurden, wären sicherer, wenn sie dunkelgrüne oder graue Schutzfarbe hätten."*
Dr. Amathila sagte, daß SWAPO bis zu 100 Kästen in diesem Jahr brauchen könne, danach wären sie in der Lage,

die Schultertaschen mit Medizin, die sie in Sambia kaufen würden, neu aufzufüllen. Sie bereitet jetzt eine Gebrauchsanweisung in Englisch und später in den Stammessprachen vor, die in die Medizinkästen gelegt werden soll.

Als C.M.O. ist Dr. Amathila verantwortlich für die Gesundheit von 1.500 Namibianern, darunter ca. 400 Kinder unter 5 Jahren, und für ein Unterrichtsprogramm, für Krankenschwestern und Medizinische Assistenten im „SWAPO-Erziehungs- und Gesundheitszentrum" in Sambia. Sie kauft auch Medizin ein und dient als Berater für Medizinische Teams, die in Zusammenarbeit mit SWAPO-Kollegen in Angola direkt die Freiheitskämpfer in den Kriegszonen Nord-Namibias versorgen. Sie plant in Kürze für diejenigen, die Gliedmaßen oder Augen bei südafrikanischen Bomenüberfällen und Angriffen verloren haben, und für diejenigen, die psychologische Schäden davongetragen haben, sowie alle anderen Kriegsopfer in Sambia ein Genesungszentrum zu eröffnen.

Innerhalb von Namibia und in den Lagern sind die medizinischen Nöte enorm. *„Die südafrikanische Regierung hat wunderschöne Krankenhäuser gebaut" sagte sie, „aber sie sind dazu da, um die Leute für dumm zu verkaufen. Der Dienst, der darin geboten wird ist veraltet und unzulänglich, und die Krankenschwestern zeigen dasselbe arrogante Verhalten, wie ihre Apartheid-Bosse. Schwarze Patienten werden als Versuchskaninchen für weiße Medizinstudenten benutzt und viele von ihnen sterben auf dem Operationstisch. Missionskrankenhäuser haben sehr viel bessere Einrichtungen, aber im Norden wurden die meisten von ihnen auf Anordnung der südafrikanischen Streitkräfte geschlossen. Südafrikanische Truppen behaupten, daß die medizinische Versorgung im Rahmen ihrer vielpropagierten 'heart and mind'-Kampagne verbessert werde, aber ich habe keine Auswirkungen davon gesehen"* sagte Dr. Amathila.

Medizinische Hilfe kommt jetzt aus Schweden, Norwegen und Holland



Inhalt der Medizinkästen (für etwa 12-18 Personen, 3 Monate lang)

Wundpäckchen, Leukoplaststreifen, Zinkoxydpflaster, Mull- und Baumwollbinden, Dreieckbinden, Tupfer, Wattepakete, Wundsalben, aufblasbare Schienen, Flasche mit Desinfektionsmittel, Schere, Zange, Skalpell mit Klingen, Sicherheitsnadel, Taschenlampe, Luftschlauch, Schmerzmittel, Aspirin, Antibiotika, Penicillin, Malaria- und Typhusmittel, Wurmmittel, Vitaminpräparate, Augen-, Ohren- und Hautmedikamente, Mittel gegen Durchfall und Verstopfung, Salztabletten, Antihistamine, Beruhigungsmittel und Schlagtabletten; zahnmedizinische Instrumente.
Jeder Kasten kostet 400,– DM.

Spenden unter dem Stichwort
„SWAPO Medizinkästen"
an
Stadtsparkasse Mülheim/Ruhr Nr. 367001976

KURDEN

Die Lage der Kurden in Syrien

Kurden in Syrien

Die Kurden in der Hauptstadt Damaskus leben zu einem Drittel zerstreut in der Stadt, zu 2/3 im „Kurdenviertel" am Fuße des Quassioun-Berges. Wenn man von denjenigen absieht, die in arabischen Städten und Regionen leben (die 5 letzten Zahlen der Tabelle), so lassen sich 3 kurdische oder überwiegend kurdische Regionen unterscheiden, die sich im Norden des Landes befinden und in denen insgesamt 740.000 Kurden leben, 10 % der Gesamtbevölkerung der Republik.

1) Das Massiv des Kurd-Dagh, was soviel heißt wie „Berg der Kurden", nordwestlich von Aleppo, angrenzend an die Ebene von Antiochia und Alexandrien. Der Kurd-Dagh, dichtbevölkert und vollständig kurdisch, umfaßt 360 prosperierende Dörfer, und ist, so kann man sagen, die westlichste Gegend Kudistans und die einzige kurdische Berggegend in Syrien. Dort wachsen Getreide, Wein, Pappeln, Feigen, Maulbeerbäume. Weiter oben Eichen, auch Olivenbäume, denn wir befinden uns an der Pforte zum Mittelmeer.

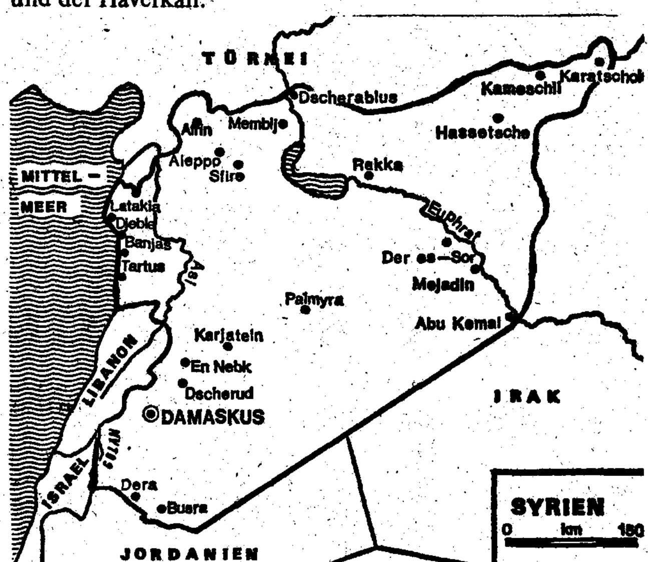
Zu der Zahl von 290 000 Kurden kommen die 30 000 von Djebel Samaan und Azaz, den angrenzenden Bergdistrikten, die teilweise kurdisch bevölkert sind und nur durch das Tal des Afrin-Flusses vom Kurd-Dagh getrennt sind. An der Nordseite schließt sich der Kurd-Dagh an die Kette des Anti-Taurus im türkischen Kurdisten an.

2) Die Region Ain-El-Arab nordöstlich von Aleppo, östlich der Stelle, an der der Euphrat nach Syrien hineinkommt. Dies ist ein kurdisches Gebiet mit 120 Dörfern. Gemäß der Terminologie, die die arabo-moslemischen Geographen des Mittelalters benutzten, befindet man sich hier nicht mehr im eigentlichen Syrien (Al-Sham), sondern bereits in der Steppe von Djazira, oder der „Insel" zwischen Euphrat und Tigris, dh. in Ober-Mesopothamien. Derselben Terminologie zufolge endet der Irak, dessen Name das arabische Wort für Nieder-Mesopothamien oder Wüsten-Mesopothamien ist, irgendwo zwischen Bagdad und Tikrit, und schließt so das ganze mittlere Kurdistan aus, das heute irakisches Staatsgebiet ist.

290.000	....	Kurd-Dagh
30.000	....	Djebel Samaan und Azaz
60.000	....	Ainz-El-Arab
360.000	....	Nord-Djazira
10.000	....	Süd-Djazira
10.000	....	Stadt Aleppo
5.000	....	Stadt hama
30.000	....	Stadt Damaskus
30.000	....	andere Regionen und Städte
825.000		insgesamt = 11 % der Bevölkerung Syriens

(Quelle: siehe Anmerkung)

3) Der nördliche Teil der Provinz (Gouverneurssitz) Djazira mit 450 000 Einwohnern, davon 360 000 Kurden. Diese mehrheitlich kurdische Region, die fast 700, sämtlich kurdische Dörfer zählt – die arabischen Elemente dort sind nomadisch – erstreckt sich über 280 km entlang der türkischen Grenze zwischen Ras Al-Ain im Westen und dem nördlichen Teil des irakischen Kurdistans. Diese Region ist zwischen 20 und 60 km breit und umfaßt den größten Teil des „Entenschnabels" im Nordosten des Landes. In der osmanischen Epoche war dies die Gegend, in der die arabischen Nomadenstämme, die großen Kamelzüchter der Shammar, Tai und Bakkareh umherzogen, neben den kurdischen Stämmen, den Schafzüchtern der Milli, der Dakkori und der Haverkan.



Geschichte des syrischen Kurdistans

Ab 1920 flohen die kurdischen Stämme nach dem Mißerfolg der Aufstände gegen den Kemalismus aus dem türkischen Kurdistan und blieben in diesem Teil von Djazira. Sie wurden dort seßhaft und entwickelten einen modus vivendi gemeinsam mit den arabischen Stämmen, die Nomaden geblieben waren und bereit waren, ihre Herden aus den Anbaugebieten zurückzuhalten. Bald wuchsen durch die Arbeit der kurdischen Bauern in der Steppenebene, zwischen den neu angelegten Getreidefeldern, Orte, in denen der Markt abgehalten wurde. So ist die syrische Djazira innerhalb einiger Jahrzehnte der größte Kornspeicher des Landes geworden und rangiert jetzt vor dem Haurangebiet.

Die Baathpropaganda behauptet allerdings in Verfälschung der historischen Tatsachen, daß alle in Nord-Syrien lebenden Kurden eigentlich aus der Türkei gekommen seien. Damit soll den Kurden das Recht auf Existenz im syrischen Staat abgesprochen werden.

Der mittlere Teil der Provinz Djazira mit dem Hauptort Hasaka hat kaum mehr als 100 000 Einwohner, die große

Mehrheit davon Araber, hauptsächlich Nomaden. Unter ihnen leben fast 10 000 Kurden, zu denen eine kleine Gruppe von Yezidis gehört, die in der Gegend um den Kathounsee sind und das Siedlungsgebiet der Yezidi des Sindjar-Berges im irakischen Kurdistan auf syrischem Boden fortsetzen.
Was die Staatszugehörigkeit angeht, so bilden diese drei Regionen einen integralen Bestandteil des syrischen Territoriums. In ethnographischer Hinsicht wird man feststellen, daß die 3 Regionen – alle an der türkischen Grenze gelegen und damit angrezend an das türkische Kurdistan – die kurdisch bevölkerte Zone mit Djazira nach Süden hin fortsetzen und in gleicher Weise an das irakische Kurdistan angrenzen.
Die syro-türkische Grenze, festgelegt im sogenannten Vertrag von London (9.3.21) zwischen Frankreich (Mandatsmacht) und der kemalistischen Regierung der Türkei, entspricht nicht genau der ethnischen arabo-kurdischen Grenzlinie. Wie sie 3 kurdische Enklaven nach Syrien hin ausschließt, so läßt sie an der Nordseite, im türkischen Kurdisten, ein Landstück mit arabischer Mehrheit südlich von Haran, einen weiteren Teil mit kurdisch-arabisch gemischter Bevölkerung, östlich von Kilis, in der Türkei. Außerdem hat die kemalistische Türkei Syrien 1938 auch den Sanjak von Alexandretta mit der Ebene von Antiochia weggenommen, eine Gegend, die arabisch-türkisch gemischt bewohnt ist, das heutige Hatay.
Die betreffenden kurdischen Regionen innerhalb Syriens sind voneinander durch arabisch bewohnte Zonen getrennt.

Die hier in 3 deutlich abgegrenzten Regionen im Norden des Landes lebenden Kurden machen 10% der Bevölkerung Syriens aus, die ihrer Rechte auf eigene Nationalität und kulturelle Gemeinschaft beraubt sind. Die Kurden Syriens sind im wesentlichen ein bäuerliches Volk. Der Anbau wird in der Bergregion intensiv, in den beiden anderen Regionen extensiv betrieben. Neben der Agrarproduktion gibt es Schaf- und Ziegenzucht, auf dem Kurd-Dagh Olivenölherstellung und Produktion von Holzkohle, die nach Aleppo exportiert wird. Das städtische Element, das hauptsächlich von Kleinhandel und Handwerk lebt, macht knapp 20% aus.

Die „legalen" und ideologischen Grundlagen der Unterdrückung

Unter der langen osmanischen Herrschaft war das Verhältnis zwischen den beiden Völkern, dem kurdischen und dem arabischen, gut-nachbarschaftlichen innerhalb der „umma", der Gemeinschaft der Gläubigen. Als die französischen und britischen Truppen Syrien 1946 verließen, und das Land formal unabhängig wurde, waren die arabisch-kurdischen Beziehungen ungetrübt. Mittlerweile jedoch erkennt der syrische Staat, regiert von einer arabischen Bourgeoisie, die dem Großgrundbesitztum der Nationalen Front entsprossen ist, und die Idee des Panarabismus verficht, die Rechte der Kurden als nationale Minderheit nicht an. Ihre Existenz wurde geleugnet, ein Verhalten, das die Politik panarabisch-nationalistisch orientierter Regierungen gegenüber nationanalen und regiliösen Minoritäten häufig auszeichnet. Dennoch waren die Kurden Syriens zunächst keinen repressiven Maßnahmen unterworfen. In den kurdischen Städten Qamishli, Amouda und Afrin erhielten die Kinder öffentlichen Unterricht zwar nur in Arabisch, jedoch zirkulierten die kurdischen Bücher ungehindert.
1957 gründete eine Gruppe von Intellektuellen, Arbeitern und Bauern die Kurdischen Demokratische Partei Syriens (KDP) nach dem Muster der DPK im Irak. Ihr programmiertes Ziel ist die Anerkennung der Kurden Syriens als ethnische Gruppe mit dem Recht auf eigene Kultur. Sie strebt den gemeinsamen Kampf mit anderen politischen Formationen des Landes für eine Agrarreform und für eine demokratische Regierung in Damaskus an.
1959 wurde eine Anzahl Verantwortlicher der syrischen KPD verhaftet. (Dies war die Zeit der syrisch-ägyptischen Union, als Sarraj, dem VAR-Präsidenten Nasser direkt unterstellt, das Prokonsulat innehatte.)
Im September 1961 trennten sich Syrien und Ägypten und in Syrien übernahm das Gespann Qudsi-Azm, aus der arabischen Großgrundbesitzerschicht hervorgegangen, die Macht. Diese Regierung verschärfte die Politik der nationalen Unterdrückung gegen die Kurden, die beschuldigt wurden gegen den Arabismus vorzugehen. Die syrischen Kurden wurden der „Komplizenschaft" mit den irakischen Kurden verdächtigt, die den Aufstand vom September 1961 herbeigeführt hatten, um innerhalb des Systems ein Antonomiestatut zu erhalten.
Am 23.8.1962 erließ die Regierung ein Gesetzesdekret (no. 93), das eine Sondererzählung der Bevölkerung der Provinz Djazira vorsah. Es wurde behauptet, daß die Kurden vom türkischen Kurdistan aus Djazira „illegal infiltrierten", um „ihren arabischen Charakter zu zerstören."
Im November 1962 wurde die Zählung durchgeführt; von den Resultaten wurden 120.000 Kurden aus Djazira, als „Ausländer" deklariert, subtrahiert und ihnen die an die syrische Nationalität gebundenen Rechte unrechtmäßigerweise entzogen.
Um der „kurdischen Gefahr" zu begegnen und in der Region den „Arabismus zu retten", kündigte die Regierung 1962 den sogenannten Plan für einen „arabischen Gürtel" (Al-Hizam Al-Arabi) an, der vorsah, die gesamte entlang der türkischen Grenze in Djazira ansässige, kurdische Bevölkerung zu vertreiben und sie fortschreitend durch Araber zu ersetzen. Die vertriebenen Kurden sollten weiter südlich – und zwar möglichst zerstreut – etabliert werden. Die Entdeckung von Erdöl in Qaratchok, mitten im kurdischen Gebiet von Djazira sprach nur für eine solche Politik.

Im März 1963 übernahm die Baath-Partei unter Michel Aflaq die Macht. Ihr Sozialismus erweist sich v.a. als nationalistisch. Die Situation für die Kurden verschlechtert sich. Im November 1963 veröffentlicht der Baath in Damaskus eine „Studie über die Provinz Djazira in nationaler, sozialer und politischer Hinsicht", verfaßt vom Chef der politischen Polizei von Djazira, Mohamed Taleb Hilal. Sein Werk verhilft ihm zur Ernennung zum Gouverneur von Hama, später ist er jahrelang Ernährungsminister in mehreren baathistischen Kabinetten.
Hilal widmet sich dem „wissenschaftlichen Nachweis" – dazu werden „anthropologische Betrachtungen" angestellt –, daß „die Kurden keine Nation konstituieren". Hilal schlußfolgert: „Das ist nun das kurdische Volk, das weder Geschichte, noch Zivilisation, noch Sprache, noch einen ethnischen Ursprung hat. Es hat nur die Eigenschaft der Wildheit und zerstörerischen Gewalttätigkeit, Qualitäten, die übrigens jeder Bergbevölkerung eigen sind." Außerdem „leben die Kurden von der Zivilisation und dem Erbe anderer Nationen. Weder an der Zivilisation, noch an der Geschichte dieser Nationen haben sie teilgehabt." Der beflissene Nationalist Hilal legt einen Plan vor, der zuerst gegen die Kurden von Djazira anzuwenden sei und 12 Punkte enthält:
1) Entfernung („batr") der kurdischen Bevölkerung aus dem Gebiet und ihre Zerstreuung;
2) Politik des „tadjhil", d.h. politische Umnachtung, indem

den Kurden jede Art von Unterricht verweigert wird, sogar in arabischer Sprache;

3) „tadjwii", d.h. Politik des Aushungerns, indem den interessierten Kurden die Möglichkeit der Beschäftigung oder Anstellung vorenthalten wird;
4) Auslieferung der Überlebenden der Aufstände in Nord-Kurdistan an die türkische Regierung;
5) „Teilen und Herrschen" durch Aufhetzung der Kurden gegeneinander;
6) Politik des „Hizam", dh. des arabischen Gürtels so wie 1962 vorgeschlagen;
7) „Kolonisation" („iskan") durch Verpflanzung von „reinen und nationalistischen Arabern" in kurdische Gebiete, um die Kurden zu überwachen, bevor sie zerstreut würden;
8) Stationierung von Divisionen in der Zone des Gürtels mit der militärpolitischen" Aufgabe, die Zerstreuung der Kurden und die Etablierung der Araber gemäß den staatlichen Plänen zu überwachen;
9) Bildung „fester Kollektive" („mazarii djama 'iyya"), um die in die Gegend verpflanzten Araber zu bewaffnen und militärisch zu trainieren;
10) Verbot für jeden in den entsprechenden kurdischen Regionen, der die arabische Sprache nicht beherrscht, die bürgerlichen Rechte der aktiven und passiven Wahl auszuüben;
11) Transfer von kurdischen „ulemas" (religiöse Gelehrte) nach Süden und Transfer von arabischen ulemas an deren Stelle;
12) schließlich die Durchführung einer breiten anti-kurdischen Kampagne unter den Arabern.

Mit Ausnahme des Zwangstransfers sind diese Maßnahmen im Laufe der 60-iger Jahre realisiert worden.

Die Repression wirkt sich in Syrien besonders schwer gegen die 120.000 Kurden aus, die nach der Spezialzählung 1962 als Nicht-Syrer klassifiziert worden sind. Da ihnen Dokumente nicht ausgestellt werden, können sie weder legal heiraten, noch im Krankenhaus behandelt werden, noch ihre Kinder in den Schulen einschreiben lassen. Als fremde und verdächtige, als die sie angesehen werden, sind sie jedoch zum Militärdienst verpflichtet. Viele von ihnen haben auf dem Golan gekämpft.

Interview zur aktuellen Situation der Kurden

Im folgenden beantwortet ein verantwortliches Mitglied der Kurdischen Demokratischen Partei Syriens – sein Name bleibt aus Sicherheitsgründen unveröffentlicht – Fragen zur aktuellen Situation der Kurden in Syrien.

F.: Existiert der Hilal-Plan offiziell als Programm der syrischen Regierung, wird weiter an seiner Verwirklichung gearbeitet?

A.: Der Hilal-Plan hat als Vorbild die zionistische Siedlungspolitik. Nachdem er von unserer Partei öffentlich bekannt gemacht und kritisiert worden ist, zieht die Regierung es inzwischen vor, sich in ihrem Kurden-Programm nicht mehr direkt auf Hilal zu beziehen. Die Ziele sind jedoch die gleichen geblieben und zu großen Teilen in die Tat umgesetzt worden. Eins der Ziele ist die Trennung der Kurden Syriens von denen, die in der Türkei leben, durch einen „arabischen Gürtel." Im Rahmen der „Arabisierung" sind seit 1973 ca. 80.000 Araber in den drei Nordprovinzen angesiedelt worden. Ein 300 km langer Streifen, zwischen 10 und 20 km breit, ist dafür verstaatlicht worden, das Land wurde ersatzlos konfisziert, davon sind 282 kurdische Dörfer und 6 Städte betroffen. Die Kurden haben sich durch diese Maßnahmen aber, wo es irgend möglich war, nicht bewegen lassen, Kurdistan zu verlassen. Ich würde für die Zahl der Kurden 1.000.000 nennen. Es ist bis jetzt nicht versucht worden, die Kurden durch direkte Zwangsmaßnahmen zu vertreiben. Es ist nicht wie im Irak, wo die Kurden auf Lastwagen geladen und deportiert wurden, um in den zu arabisierenden Gebieten



Raum zu schaffen. Wir haben aber gewisse Befürchtungen, daß auch die syrische Regierung solche Methoden anwenden könnte. Die im Hilal-Plan vorgesehenen Maßnahmen zur Vertreibung sind sonst in großem Umfang realisiert worden. Es gibt viele Möglichkeiten indirekten Zwangs. Z. B. ist es den Kurden verboten, ihre Lehmhäuser, die zweimal jährlich in Stand gesetzt werden müssen, zu reparieren, sodaß sie verfallen. Häufig werden Leute aus politischen Gründen von ihrer Arbeitsstelle entlassen. Dies betrifft besonders häufig Lehrer, denn sie gelten aufgrund der wichtigen Funktion, die sie ausüben, als potentiell gefährlich. Ich selbst war Lehrer und bin wegen meiner Parteimitgliedschaft von der Schule entlassen worden.

F.: Welche rechtliche Grundlage hat die Landkonfiskation?

A.: Vorschläge und Rechtfertigungen derartiger Maßnahmen werden häufig in der Zeitung „Al-Wunadil", für Baath-Mitglieder, gebracht. Die Landkonfiskation wird dort als Maßnahme zur Landreform ligitimiert.

F.: Wie sind die für die „Arabisierung" nötigen Menschen in den „arabischen Gürtel" gebracht worden und wie hat sich das Verhältnis zwischen Kurden und eingepflanzten Arabern entwickelt?

A.: Diese Araber sind nicht freiwillig gekommen. Ein Teil von ihnen hat ihr Land verloren, als der Stausee hinter dem Euphrat-Staudamm angelegt wurde. Dieser Damm ist aber angelegt worden um die Bewässerung dieser Gegend und damit die landwirtschaftliche Produktivität zu verbessern. Solche Projekte haben nicht den Zweck, die Umsiedlung der Anwohner in eine entfernte Gegend nötig zu machen. Man hat den Staudamm aber benutzt, um Menschenmaterial für den arabischen Gürtel zu gewinnen. Andere Leute, die Baath-Mitglieder sind, erhielten den Befehl, sich an der Arabisierung zu beteiligen. Wieder andere sind allein durch die Verspre-

chungen und Vergünstigungen angelockt worden, die die Baath-Regierung ihnen geboten hat. Sie hörten, daß das zu besiedelnde Gebiet sehr fruchtbar ist. Sie bekamen das Land, das die Regierung den Kurden weggenommen hat, geschenkt. Sie erhielten moderne Häuser mit Elektrizität und anderem Komfort. Für ihre Arbeit als Bauern auf dem konfiszierten Kurdischen Land erhalten sie Lohn von der Regierung, und jede Person, die „arabisiert", erhält eine Prämie von 5000 Lira und wird bewaffnet. Die Arabisierung entspricht im Prinzip der zionistischen Kolonisation.

F.: Welche Beziehungen haben unter diesen Bedingungen Araber und Kurden untereinander?

A.: Die Politik unserer Partei richtet sich nicht gegen die Siedler, sondern gegen die chauvinistische Politik des Baath. Aber die kurdischen Bauern, die in ihren Häusern geblieben sind, und sehen, daß die angesiedelten Araber das Land bebauen, das eigentlich ihnen, den Kurden, selbst gehört. . . das ist, wie wenn in einer Familie nur ein Bruder alles bestimmt und alle Rechte hat.

F.: Trotzdem haben die meisten Kurden ihr Land nicht verlassen. Wie existieren sie ohne Land, ohne Arbeitsplätze weiter?

A.: Die Folge des Landverlusts war die Abwanderung der jungen Generation in die arabischen Städte, wo sie arbeiten und ihren Angehörigen Geld schicken.
Die kurdischen Kinder besuchen meistens die Schulen in den modernen Dörfern des arabischen Gürtels. Natürlich werden sie dort nur in arabisch unterrichtet. Unterricht in kurdisch ist streng verboten und der Besitz eines kurdischen ABC-Buches wird mit Gefängnis bestraft wie der Besitz von Opium. Die Wege aus den kurdischen in die arabischen Dörfer sind oft weit und beschwerlich, besonders im Winter. Dennoch halten wir es für sehr wichtig, daß unsre Kinder die Schule überhaupt besuchen.

F.: Hat die Arabisierungspolitik ihr Ziel, die kurdische Bevölkerung Syriens von den Kurden in der Türkei zu trennen, erreicht?

A.: Nein. Der Kontakt ist zwar schwieriger beizubehalten, aber es sind immer noch enge Beziehungen vorhanden, besonders weil es viel Familien gibt, deren Mitglieder auf beide Länder verteilt leben. Das Sykes-Picot-Abkommen 1916 hat die syrisch-türkische Grenze willkürlich, entlang der Bagdad-Bahn festgelegt. Sie entspricht weder geographisch noch ethnisch den natürlichen Bedingungen und zerteilt sogar ein Dorf.

F.: Auf welche Weise leisten die Kurden Widerstand gegen die Repressionen?

A.: Ein bewaffneter Kampf wird in Syrien nicht geführt. Dies ist auch nicht möglich. Wir widersetzen uns der Durchführung des Arabisierungsplans, indem wir trotz der sehr schwierigen Bedingungen, die man zu schaffen versucht, so lange es irgend möglich ist, in Kurdistan bleiben. Am wichtigsten ist es für uns im Moment, die Öffentlichkeit in und außerhalb Sytiens über die Behandlung der Kurden zu informieren, darüber, daß unsere nationale und kulturelle Identität und unsere Rechte nicht anerkannt werden. Die syrische Regierung reagiert z.B. sehr empfindlich auf den Vorwurf der Mißachtung der Menschenrechte durch internationale Organisationen.

F.: Wie ist die Reaktion der Regierung gegen den kurdischen Widerstand, wie geht man gegen die politischen Gegner vor?

A.: KDP-Mitglieder sind den Verfolgungsmaßnahmen in besonderem Maße ausgesetzt. Häufig sind Verhöre und Verhaftungen zum Zweck des Verhörs. Eine Anzahl unserer Mitglieder befindet sich, zum Teil seit Jahren, in Haft, ohne daß jemals Anklage gegen sie erhoben worden ist und ein Urteil vorliegt.
Sowohl bei den Verhören als auch bei längerer Inhaftierung werden die Leute menschenunwürdiger Behandlung und Folter ausgesetzt. Sie werden beschimpft, beleidigt und geschlagen. Man wendet Elektroschocks an und reißt ihnen die Schnurrbärte aus. Man läßt sie lange Zeot in einem Autoreifen zusammengekrümmt liegen und man schlägt sie. Ich weiß von einem 50-jährigen, dem die Füße an den Schnurrbart gebunden wurden, dann wurde er geschlagen und wenn er sich vor Schmerz bewegte, riß er sich selbst den Bart aus.

F.: Was ist der Grund dafür, daß das Kurdenprogramm der Regierung nicht in allen Punkten durchgeführt worden ist?

A.: Das liegt daran, daß zeitweise andere, wichtigere Probleme die Kräfte in Anspruch genommen haben. So die inneren Streitigkeiten in der Baath-Partei und vor allem außenpolitisch die Auseinandersetzung mit Israel. Die Streitigkeiten der Araber untereinander und der Kampf gegen Israel absorbieren Kräfte der nationalistisch-chauvinistischen Regierungen, die sich sonst gegen uns richten würden. Wir sind für die arabische anti-imperialistische, anti-zionistische Einigung und unterstützen besonders den Kampf des palästimemsischen Volkes; den Haath-Chauvinismus, der sich gegen uns als nationale Minderheit richtet, lehnen wir schärfstens ab.

F.: Ist die syrisch-irakische Annäherung ein Schritt in Richtung einer anti-imperialistischen Einigung? Welche Folgen wird die Annäherung für die Kurden haben?

A.: Diese Annäherung ist nur oberflächlich. Es gibt grundlegende Differenzen zwischen beiden Seiten. Die Propagierung der Annäherung soll nur das Volk betäuben. Syrien und Irak konkurrierenden immer noch um die regionale Hegemonie. Es gibt die blutige Geschichte der Kämpfe zwischen syrischem und irakischen Baath. Wieviele Mordaktionen sind z. b. vom Irak aus gegen syrische Intellektuelle verübt worden! Dazu kommen die religiösen Differenzen: Im Irak regiert eine sunnitische Minderheit eine schiitische Mehrheit; in Syrien die schiitischen Alawiten eine sunnitische Mehrheit. Vor ca. 1 1/2 Monaten hat ein wichtiges Mitglied des syrischen Baath, Mohamed Haidar, eine Erklärung herausgegeben, die sich nur an Parteimitglieder richtet. Das Motto ist: Zwei Parteien und nicht eine. Das zeigt, daß die vom Irak aus angestrebte Vereinigung der Baathparteien durchaus nicht überall akzeptiert wird.

Anmerkung:
Quelle: Mustafa Nazdar, les Kurdes en Syrie, in: Les Kurdes et le Kurdistan, ouvrage collectiv sous la direction de Gérard Chaliand, Paris 1978, streckenweise übersetzt.
In der mittelalterlichen arabo-moslemischen Literatur finden sich relativ zahlreiche, wenn auch fragmentarische Informationen über die Kurden in Syrien und Djazira. Die moderne Literatur über den Gegenstand ist hingegen auf einige wenige Texte beschränkt.
Die offiziellen Statistiken über die Zahl der Kurden sind mangelhaft und ihre Glaubwürdigkeit fraglich. So ist man auf Schätzungen angewiesen. Für die in der Republik Syrien lebenden Kurden kann eine Zahl von ca. 825.000 angenommen werden. Bei einer Gesamtbevölkerung Syriens von 7,5 Millionen (1976) beträgt also der Anteil der Kurden 11 %. U.H. Juni 1979

Frauen in der Dritten Welt – Texte und Fragen, Hrsg. Ev. Missionswerk und Ev. Frauenarbeit

Das vorliegende Studienheft „Frauen in der Dritten Welt" hat laut Herausgeber die Absicht, die Leser/Frauen auf die weltweite Unterdrückung der Frauen aufmerksam zu machen, aber auch darauf, Europa als Missionsfeld zu entdecken. Sehr eindrucksvoll wird der Leser in den am Rande abgedruckten Fragen daran erinnert, daß es Unterdrückung und Diskriminierung auch in den reichen Industrieländern gibt. Wenn z. B. in Bangladesh die Geburt eines Sohnes ein sehr wichtiges und gewünschtes Ereignis ist, so findet sich bei uns die Parallele dazu in dem Begriff „Stammhalter". Oder wenn die Rede von der Beteiligung von Frauen an den Befreiungskämpfen im südlichen Afrika ist, so wird gefragt, warum wir so wenig über die kämpfenden Frauen in europäischen Revolutionen und Befreiungskämpfen wissen.

Das Heft beinhaltet interessante Berichte über das Leben von Frauen in verschiedenen Ländern, u. a. über Arbeiterinnen in den sog. Billiglohnländern Südostasiens, Prostitutionstourismus, Frauen in den arabischen Ländern usw. Sehr eindrucksvoll ist die Analyse über die Hamburger Morgenpost (ein SPD-Boulevardblatt), die im Stil der BILD-Zeitung Frauen in der Dritten Welt nach den drei journalistischen „S" darstellt: Sex, Sensation und Sentimentalität.
Einige Beiträge (zu Burma und Sumatra) dürften mit Vorsicht betrachtet werden, da die Tatsache, daß Frauen in jenen Ländern in gehobenen akademischen Positionen zu finden sind, schon als Indiz für Emanzipation und Gleichberechtigung gewertet wird.
Neben den Länderberichten gibt es Beiträge zur feministischen Theologie sowie zur Rolle der Frau innerhalb der Kirche und Gemeinde. Insgesamt ist das Heft informativ und auch für nicht christlich-orientierte Leser interessant.

Zu bestellen bei: Missionshilfe Verlag
Mittelweg 143
2000 Hamburg 13

Preis DM 3,– + Porto



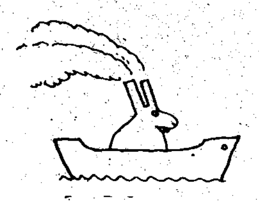
In München erscheint in unregelmäßiger Zeitfolge eine ethnologische Zeitschrift „Trickster" (Untertitel: Wider das eurozentrische Denken), die laut Impressum „von einer Anzahl netter Ethnologen" herausgegeben wird.
Bis jetzt sind drei Nummern erschienen, wovon die erste hauptsächlich die Ethnologie als Wissenschaft und das Ethnologiestudium problematisiert. Die weiteren Hefte behandeln schwerpunktmäßig die zerstörerische Rolle der Ethnologen und Anthropologen in fremden Kulturen. Das eurozentrische Selbstbewußtsein dieser Forscher, das das Forschungsinteresse bestimmt, führt auch häufig zum Mißbrauch der Menschen, der „Forschungsobtjekte", oder zu dem, was man auch als akademischen Kolonialismus bezeichnen kann.
Neben theoretischen Beiträgen gibt es Film- und Buchbesprechungen, Gedichte sowie Beiträge zu aktuellen (ethnologischen) Ereignissen.
Der Stil des Heftes ist eine Mischung von wissenschaftlich-theoretischen Artikeln bis zu spontisprachlichen Beiträgen, die das Spektrum des Mitarbeiterkollektivs widerspiegeln. Die Zeitschrift versteht sich als Diskussionsforum für ethnologische Probleme, dürfte aber auch für Nicht-Ethnologen interessant sein.

Bezugsadresse:

Trickster
Postfach 58
8000 München 34

Preis pro Heft 2,50 DM

–rs–



Rezension

Die folgende Rezension, die sich kritisch mit dem besprochenen Buch „Die Entpuppung" von Aicha Lemsine auseinandersetzt, stellt nur die Meinung der Rezensentin dar. Im nächsten Heft werden wir eine Gegenrezension veröffentlichen, die das Buch ganz anders beurteilt.

Als den „ersten großen weiblichen Entwicklungsroman aus der Dritten Welt" preist der Verlag das Buch an:
Aicha Lemsine, Die Entpuppung. Ein Entwicklungsroman. rororo 4402, neue Frau, 1979, 4,80 DM.
Die Autorin ist Algerierin, laut Umschlag „Mittdreißigerin, die mit Mann und Kindern in Algerien lebt."
Der Handlungsort ist ebenfalls Algerien. Erzählt wird über das Leben von Frauen in der polygynen (d.h. der Mann hat mehrere Ehefrauen) Familie. Die erste Hauptperson, Khadidja, wird mit einem jungen Mann verheiratet. Es ist eine Liebesehe, was bei solchen von Eltern arrangierten Heiraten ungewöhnlich ist. Da sie aber nur ein Kind, einen Sohn gebähren und somit „den Durst des Mannes nach Söhnen" nicht befriedigen kann, nimmt er nach islamischer Sitte weitere Ehefrauen.
Die Geschichte wird weitererzählt über die algerische Revolution hinaus bis zu den 70er Jahren und zu den Emanzipationsversuchen der Tochter der zweiten Mitfrau.
An sich könnte die Geschichte interessant sein und für hiesige Leser auch eine Menge Informationen bieten. Was die Autorin aber aus diesem „Entwicklungsroman" macht, ist sehr bedenklich, manchmal schon makaber.
Bevor der Leser in die Handlungsgeschichte eingeweiht wird, stolpert er an den sprachlichen Verwirrungen (und da der Inhalt ebenso wirr wird, kann es also nicht an der Übersetzung aus dem Französischen liegen). Es ist ein unendlicher Schwall von Adjektiven, holprigen Vergleichen und mißlungener Symbolik. So „drängt durch die gedämpfte Stille einer lauen Sommerdämmerung ein Schrei"; „der launische Regen kennt keinen Frühling, nicht wahr?", da ist ein junges frisches Mädchen mit regelmäßigem Gesicht, dem es aber mit dem ausdruckslosen Mund an Reiz fehlt, aber dessen Fesseln die braunen, rassigen Arme sind." Da ist ein alter Mann, „fromm und geschickt, mit glorreicher Vergangenheit und mit verbindlichem, honigsüßem Wesen."
Oder die Blicke der Frauen sind „ein geheimnisvoller Zauber, verwirrend, merkwürdig, von legendärer Schönheit, vermischt aber mit einer gewissen Traurigkeit". Auch das Land, Algerien, bleibt nicht verschont. Gerade unabhängig geworden, ist es laut Autorin „jung und arrogant, das stolz seine Brust schwellen läßt". Es ist eine „ungestüme Nymphe und eine Jungfrau, die alle Armen der Schöpfung um ihre Rockzipfel sammelt."
Die Autorin ist unermüdlich in ihrem Versuch, Personen und Dinge mit Eigenschaften zu bekleiden. Es ist kein Substantiv ohne Adjektiv. In der Euphorie treibt sie ihre Schreibintuition bis zum Exzess. Wem wäre es schon eingefallen, die Hauptstraße eines Dorfes mit einer Jungfrau zu vergleichen:
„Die Strasse schlängelte sich in launigen Windungen, die unfehlbar ans Ziel führten. Wie eine widerspenstige Jungfrau bot sie dem Benutzer Widerstand: im Sommer war sie staubig, im Winter schlammig." (Zitat!! S. 54).
Die Sprache der Autorin verrät ein großes Maß an Sexismus, der mit offenen sexuellen Assoziationen verbunden ist. Nicht nur, daß eine Dorfstraße mit einer widerspenstigen Jungfrau (jede Jungfrau wehrt sich gegen ihren Benutzer, sprich Vergewaltiger) verglichen wird. Dasselbe Dorf wird von der Revolution geschüttelt „wie eine faule, frigide Ehefrau." (S. 56).

Die Frauen werden mit Eigenschaften beschrieben, die sonst nur in chauvinistischen, misogynen (frauenfeindlichen) Romanen der früheren Jahrhunderte vorkommen. Sie sind dumm und neidisch, kokett, eifersüchtig und intrigenhaft. Die Männer dagegen sind große, kräftige Helden, ähnlich dem Idealbild in Arzt- und Silvia-Romanen.
Wen verwundert es dann, wenn es der Autorin an rudimentären Analysefähigkeiten fehlt. Die Hauptperson Khadidja, die als „temperamentvoll", „feurig", „mit brennendem Neugier" und „scharfer Zunge" dargestellt wird, ist in meine Sprache übersetzt eine selbstbewußte, energische Frau, auch sexuell aktiv (soweit die verschlüsselte, blumige Sprache es verrät). Oder ihr Sohn – da er nicht in das Klischeebild paßt – ist somit „kränklich, nervös, schwächlich, übermäßig schlank, nachdenklich" – in meiner Sprache ein sensibler Mensch.
Vielleicht könnte man es der Autorin verzeihen, daß sie als Frau in einem islamischen, patriarchalischen Land keine feministische Sprache entwickeln konnte. Da aber der Inhalt ebenfalls kitschig wird und quasi zu einem (schlechten) Liebesroman ausartet, wird sie ihrem Anspruch, einen Entwicklungs- und Emanzipationsroman zu schreiben, nicht gerecht.
Sie spricht durchaus Themen an, die uns interessant sein könnten: die Heiratsriten, den Alltag der Frauen, deren Arbeit und Beziehungen untereinander. Aber das alles bleibt sehr bruchstückhaft. Anstatt etwas über die Ursachen und Folgen der Revolution in Algerien zu erzählen, wird diese mehrmals – wohl um den politischen Anspruch zu erfüllen – inhaltlos, als etwas Romantisches dargestellt. Auch bleibt es dem Leser unverständlich, warum nach der Revolution bei den Algeriern eine Bewußtseinsänderung in Gang kommt; so auch bei den Frauen, so daß diese anfangen, sich Gedanken (die im Buch Gedanken bleiben) über ihre Situation zu machen.
Unverständlich und widersprüchlich bleibt, warum die beschriebenen Frauen einerseits mit ihrem Leben zufrieden und untereinander solidarisch sind, andererseits aber viele Frauen über ihr Los klagen; die Autorin berichtet detailliert über die Intrigen und Mißgunst unter ihnen.
Den Absichten der Autorin ist zu entnehmen, daß sie ihr Buch quasi als Leitfaden für die Emanzipation der algerischen Frau versteht. Diese sieht demzufolge so aus:
Die Tochter der Mitfrau Khadidjas, Faiza, schafft es, ins Gymnasium zu gehen und darf anschließend Medizin studieren. Sie ist entschlossen, einen Beruf auszuüben und sich den Männern nicht unterzuordnen. Männer interessieren sie gar nicht. – bis sie eines Tages einen Mann kennenlernt. Buchstäblich beim ersten Anblick verliebt sie sich in diesen Mann, in seine Stimme und Augen, in Haut und Haare. Zwangsläufig kommen dann bald die Heiratspläne. Leider verunglückt der Bräutigam tödlich auf der Fahrt zu den Schwiegereltern in spe. Aber wie „der Zufall, dieser Possenspieler" es will, bleibt von dem verstorbenen Geliebten doch nocht etwas übrig: die Braut, die kein Gefühl von Trauer zeigt, ist schwanger (was für ein Skandal in dortigen Verhältnissen, vorehelichen Koitus zu haben und dazu noch schwanger zu werden!). Und die Braut, die schon als Inkarnation der neuen Emanzipation gilt, hofft sofort, daß es ein Sohn sein wird – was dann auch eintritt. Also bleiben doch, trotz der Universitätsausbildung und des Berufes, die im Buch inhaltlich mit keinem Wort erwähnt wer-

den, Liebe, Mann und Kinder die Hauptinhalte der ein bißchen emanzipierten „entpuppten" Frau.
Das Buch endet mit der Beschreibung, wie die Braut jeden Freitagabend zum Grab des Geliebten geht, das Gedicht lesend, das er ihr in der Zeugungsnacht zitiert hatte ...

Ich halte dieses Buch nicht nur für schlecht, sondern auch für gefährlich; auch wenn viele Frauen hier von ihm begeistert sind. Gefährlich ist nicht nur, daß es als (erster) großer weiblicher Roman aus der Dritten Welt angepriesen wird. Da werden vom Verlag und von der Autorin feministisches Bewußtsein und Weiblichkeit als Synonyme verkauft. Diese Art von „Weibliehkeit"entpuppt sich aber als das Gegenteil des Emanzipatorischen: verklärend, verblendend, verstellend. In einer geschickten Form werden die Realitäten des Alltags beschönigt und ignoriert, so daß dadurch das „Emanzipationsziel", der Rosengarten der Liebe und Heirat, sogar für einige Leserinnen hier glaubwürdig wird.
Gefährlich und realitätsfremd finde ich auch das Emanzipationsrezept der Autorin. Sicher ist es für Frauen in der Dritten Welt äußerst notwendig, eine Berufsausbildung und überhaupt eine Schulbildung zu erhalten, aber dieses an sich bedeutet noch keine Emanzipation. Sie ist nur eine ihrer Vorbedingungen, wie wir das am Beispiel an uns selbst feststellen können. Leider sieht die Realität in den meisten armen Ländern so aus, daß die Menschen dort nicht einmal genügend Nahrung haben, um zu überleben. Wie können sie dann ihren Töchtern eine Universitätsausbildung finanzieren, so wünschenswert dies auch immer sei? Und noch einmal: wenn die Ausbildung von Mädchen – wie im besprochenen Buch – das Ziel hat, als Überbrückungszeit bis zur Ehe zu dienen und die Heiratschancen zu verbessern, so frage ich mich, wo da die Entwicklung und Emanzipation ist.
Gefährlich finde ich auch, diese Art von Büchern als „Dritte-Welt-Literatur" zu verkaufen. Abgesehen von einigen lateinamerikanischen Autoren ist die Literatur aus der Dritten Welt bei uns unbekannt. Übersetzungen aus afrikanischer und asiatischer Literatur fehlen fast ganz, obwohl es dort auch viele gute Schriftsteller gibt. Um dieser Kultureingeschränktheit ein wenig aufzuhellen, wird jetzt von einem großen Verlag und im Namen von Frauenliteratur („Frauenliteratur" verkauft sich derzeit ebenso gut wie Umweltschutzpapier!) ein Entwicklungsroman vermarktet, der sich als Manipulationsroman entpuppt.

-rs-

Sprechen wir doch nicht mehr
von den 1200 Verhungernden pro Stunde

I.

Sprechen wir nicht mehr soviel
von den 30 000 Verhungernden pro Tag,
sondern,
endlich,
endlich viel mehr
von denen, die am Hunger fett werden.

Sprechen wir doch nicht
von der Armut,
sondern,
endlich,
endlich davon,
wer und was sie bedingt.

Und sprechen wir am wenigsten
von den vielen, vielen Hilfsaktionen
(denn die sind zum Stillehalten,
sind zur Tarnung,
sind da, uns zu verdummen).
Zählen wir also nicht
die vielen, vielen Hilfsaktionen,
sondern sprechen wir,
endlich,
endlich davon,
warum denn Hilfsaktionen überhaupt notwendig sind.

Sprich nicht mehr
vom Elend,
sonst wirst Du am Elend mitschuldig.
Sprich
unermüdlich von denen,
unerschrocken von denen,
die das Elend verursachen.

Sprechen wir nicht
von Kriegen,
sondern,
endlich,
endlich von denen, ja, denen,
die an den Kriegen verdienen.

Sprechen wir nicht
vom Mehrwert,
nicht mehr vom Mehrwert,
sondern,
endlich,
endlich davon,
wo mehr als achtzig Prozent der erarbeiteten Steuern bleiben.

Sprechen wir nicht
von den immer komplizierter werdenden Rechtsbestimmungen,
sondern
decken wir endlich auf,
zeigen wir endlich,
was die Rechtsbestimmungen immer komplizierter macht.

II.

Machen wir klar,
daß diese Rechtsbestimmungen
nichts weiter sind
und
sein wollen als
Vorrechtsbestimmungen für die Privilegierten
und
zu nichts weiter erfunden
als zur Erhaltung ihrer Privilegien.

aus:
Werner Sprenger, Brauchen Hungernde denn Gedichte,
Nie/nie/sagen-Verlag, Freiburg 1977

AKTIONSGRUPPEN

Bundeskongreß der entwicklungs-politischen Aktionsgruppen

Bericht über den 3. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen vom 26. – 28. 10. 1979 in Köln

Auf dem „BuKo 3" waren ... Vertreter von ... entwicklungspolitischen Aktionsgruppen und Institutionen vertreten. Zu Beginn des BuKo berichteten Vertreter regionaler Gruppenzusammenschlüsse (Hessen, Saarland, München/Südbayern, Hamburg, Baden-Württemberg und Köln) über ihre Arbeit. Auf großes Interesse stießen die Neueröffnungen von Zentren in München und Hamburg, wo Dritte Welt-Gruppen zusammen mit anderen politischen Gruppen Räume bzw. eine Fabrik als Informations-/Arbeits- und Veranstaltungszentrum betreiben. Danach wurde von einigen anwesenden Gruppen etwas über die Arbeit der Länder-Gruppenkoordinationen Nicaragua, Chile und Südafrika berichtet. Der Bericht des Koordinationsausschusses des BuKo (KA), der z.T. schriftlich vorlag, wurde von einigen KA-Vertretern mündlich ergänzt.

– Zum FORUM, dem monatlichen Organ der BuKo-Gruppen, wurde von der Herausgebergruppe (ig3w Kiel) aufgrund negativer Erfahrungen ein neues redaktionelles Konzept vorgeschlagen. Es wurden von den Gruppen kaum mehr Artikel zur inhaltlichen Diskussion und zum Erfahrungsaustausch geschickt, es meldeten sich keine Gruppen mehr für die monatlich wechselnde Redaktionsarbeit. (zu dem Neuvorschlag: s.u. „Beschlüsse")

– Im Bereich „INTERNATIONALE KONTAKTE" machte Moussa Gueye die Erfahrung, daß es schwierig ist, mit Ausländergruppen/ausländischen Studenten in Kontakt zu kommen: z.T. durch deren unpolitische Haltung, z.T. durch das Ausländergesetz (Verbot politischer Betätigung). Die Beziehungen zu den Dritte Welt-Gruppen der benachbarten Staaten stecken noch in den Kinderschuhen.

– Zu den SEMINAREN des BuKo stellte der KA fest, daß sich die Zusammenarbeit mit anderen Trägern (zur inhaltlichen Vertiefung und finanziellen Entlastung) bewährt habe und die BuKo-Seminare zu einem wichtigen Instrument der Kommunikation, Information und Öffentlichkeitsarbeit des BuKo geworden sind.

Nebenbei erwähnt wurde, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Finanzierung eines Südafrika-Seminars abgelehnt hat: Die Südafrikanische Republik sei kein Entwicklungsland mehr. (!)

– Edda Stelck erzählte über die breite und erfolgreiche Zusammenarbeit der Gruppen auf dem EVANGEL. KIRCHENTAG und die SÜDAFRIKA-BOYKOTTAKTION DER EVANGEL. FRAUENARBEIT.

Allgemein beklagt wurde von den KA-Mitgliedern die mit ihrem Amt verbundene Überlastung: sie seien praktisch nur zu administrativer, nie zu inhaltlicher Arbeit gekommen.

Am Samstagmorgen fanden dann (nach einer kurzen Vorstellung aller anwesenden Gruppen ARBEITSKREISE statt: zu „Tourismus in der Dritten Welt", „Gewerkschaften und Dritte Welt", „Kriterien für Entwicklungsprojekte: Welche Entwicklung streben wir an?", „Erfahrungsaustausch über Öffentlichkeits- und Medien-Arbeit", „Nicaragua: Das Problem von Gewalt und Befreiung", „Neue Weltwirtschaftsordnung", „Südliches Afrika", „Befreiung und Solidarität am Beispiel Kampuchea", „Zusammenschluß der Gesamtalternativbewegung (auch im Hinblick auf die Wahlen 1980)", „Struktur und Perspektiven des BuKo". Eine ausführliche Wiedergabe der z.T. recht umfangreichen AK-Ergebnisse würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Aus vielen AKs kamen allerdings konkrete Vorschläge und Forderungen, die sich in den (anschließend wiedergegebenen) Beschlüssen und Resolutionen des BuKo niederschlugen.

Bis zu diesem Zeitpunkt des BuKo hatte sich die (schon auf BuKo 2 im letzten Jahr feststellbare) Tendenz, den BuKo z zu einem AUSTAUSCH- UND KOORDINATIONSINSTRUMENT der Gruppen zu machen, „praktisch" bewährt: vor allem die Arbeit in den AKs war hierfür sehr gut geeignet, man hätte allerdings in den meisten AKs noch gezielter über bestimmte Konkretisierungen aus den Gesprächen diskutieren sollen: Kampagnen, Seminare, Resolutionen ... Diese Funktionen des BuKo müßten noch weiter ausgebaut werden, nur so kann das inhaltlich sehr breite Spektrum der Gruppen inhaltlich vorankommen, an bestimmten Punkten zu einer Zusammenarbeit gelangen und langfristig auch inhaltlich näher zusammenrücken.

BESCHLÜSSE UND RESOLUTIONEN

* Genau um diese Frage – in welche Richtung die BuKo-Strukturen weiterentwickelt werden müssen – gab es heftige Diskussionen, ähnlich denen auf BuKo 1 und 2: Eine große Zahl von Gruppen will den BuKo zum Dachverband ausbauen, mit vollem politischen Mandat, als Sprachrohr der Gruppen. Die Gruppen und der BuKo seien in der Öffentlichkeit nicht präsent und hätten keinen Einfluß: Dagegen wurde (auch von uns) eingewandt, daß die inhaltliche Breite der BuKo-Gruppen durch solch einen BuKo-Dachverband leiden würde, daß die Einigkeit in vielen entwicklungspolitischen Fragen unter den Gruppen nicht vorhanden sei und daß die Wirksamkeit einer „Politik der Presseerklärungen" durch einen BuKo Dachverband doch überschätzt würde: Langfristige Veränderungen des entwicklungspolitischen Bewußtseins geschähen vor allem durch lokale/direkte Informationstätigkeit.

  Beschlossen wurde, daß der KA auf der Grundlage von BuKo Beschlüssen und Seminar-Ergebnissen öffentliche Stellungnahmen abgeben darf (und soll)

* Zum FORUM hatte die ig3w Kiel vorgeschlagen, daß in Zukunft
  – für bestimmte Themenbereiche fest verantwortliche Gruppen und
  – die ig3w Kiel die Redaktionsarbeit machen.

  Alle Gruppen dürfen allerdings auch in Zukunft (unzensiert) im FORUM schreiben.

  Ohne eine solche Veränderung wollte die ig3w Kiel auch die Herausgeber-Arbeit nicht mehr machen. Trotz verschiedener Bedenken, das rotierende Redaktionssystem (und die dadurch stärkere Identifikation der Gruppen mit

„ihrem" Rundbrief) aufzugeben, wurde der Kieler Vorschlag akzeptiert: Kiel gibt also auch in Zukunft das FORUM heraus.

* Für die administrative Arbeit des KA (Post, Finanzen, Organisation) stimmen die Gruppen der ANSTELLUNG EINER BEZAHLTEN KRAFT zu. Sie soll durch die Gruppen selber, dann über eine freiwillige Abgabe von Hauptamtlichen im entwicklungspolitischen Bereich und die Ev. Kirche (und der Rest evtl. über das Bundesministerium) finanziert werden.
* In den NEUEN KA wurden gewählt: akafrik Bielefeld, ig3w Kiel, Werkstatt 3 Hamburg (dort wird wohl die bezahlte Kraft „angesiedelt"), Freie Internationale Universität/Aktion Dritter Weg, Edda Stelck/frakfurt, iz3w Dortmund, Projektgruppe Multis und Dritte Welt/Hamburg.
* An SEMINARTHEMEN für das nächste Jahr wurden beschlossen:
  - Dritte Welt-Zeitschriften in der Bundesrepublik
  - Gewerkschaften und Dritte Welt
  - Tourismus in der Dritten Welt
  - Kampuchea
  - Aufbau eines Informationszentrums Dritte Welt
  - Ausländer in der Bundesrepublik
  - Frauen in der Dritten Welt
  - Entwicklungspolitik der Bundesrepublik (auch hinsichtlich der Wahlen '80)
* Der BuKo empfiehlt den Gruppen eine BETEILIGUNG AN DER SÜDAFRIKA - BOYKOTTWOCHE
* Die RESOLUTIONEN des BuKo sind im folgenden dokumentiert (siehe Kästen).

* Bezugsadresse des FORUM: ig3w Kiel, Jägerhorst 6, 2300 Kiel

* Kontaktadresse des KA: Werkstatt 3, Neustweg 32-34 2000 Hamburg 50, 040 – 3909041

bm

RESOLUTION 1:
Nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika (RSA)

Antragsteller: Bernd Brückel, AKE Karlsruhe; AG Südliches Afrika

Nach neuesten Presseberichten, die sich auf das Außenministerium der USA berufen, soll die RSA eine Atomwaffe zu Versuchszwecken gezündet haben. Damit wäre Wirklichkeit geworden, was die informierte Öffentlichkeit seit langem befürchtet, seit die Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika aufgedeckt wurde. Durch die Weitergabe des Trenndüsenverfahrens zur Urananreicherung durch die Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe und die STEAG Essen und durch die Beteiligung bundesdeutscher Firmen (Siemens, GHH, Varian, MAT, Steigerwald u.a.) beim Bau und Ausrüstung einer Urananreicherungsanlage ist Südafrika in die Lage versetzt worden, Atombomben zu bauen.
Dadurch wird, gerade in Südafrika, wo ohnehin die bestehenden Spannungen dauernd zu Konflikten führen, die Möglichkeit einer friedlichen Lösung noch weiter eingeschränkt. Durch die Weiterverbreitung von Atomwaffen wird der Weltfriede immer stärker gefährdet werden.
Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen haben sich seit jeher vehement gegen die Zusammenarbeit mit rassistischen und faschistischen Regierungen ausgesprochen, insbesondere gegen die nukleare Zusammenarbeit mit der RSA, Brasilien und Argentinien. Jede Zusammenarbeit mit solchen menschenverachtenden Systemen verlängert die Leidenszeit der durch sie unterdrückten Völker und verleiht diesen Unrechtsregimen einen Schein von Legitimität.
Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen fordert die Bundesregierung und die Herstellerfirmen von nuklearer Technologie deshalb energisch auf, j e g l i c h e Zusammenarbeit auf kerntechnischem Gebiet mit solchen Regierungen s o f o r t einzustellen und alle diesbezüglichen bestehenden Verträge sofort zu kündigen.
Wir nehmen die genannten Presseberichte zum Anlaß, von der Bundesregierung zu fordern:
- Strikte Einhaltung der UN-Sanktionen,
- Kündigung des Kulturabkommens,
- Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen.

Angenommen bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen

RESOLUTION 2: Entwicklungshilfe der Bundesregierung

Antragsteller: AG „Welche Entwicklungspolitik?"

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen lehnt eine von der Bundesregierung unter der Bezeichnung „Entwicklungshilfe" betriebene Politik ab, die primär durch die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmt ist und die Empfängerländer einseitig auf westlich orientiertes Wachstum fixiert.
Entwicklung darf nicht bedeuten: Entwicklung von Handelsbeziehungen, die nur zum Wachstum der Geberländer und der angeschlossenen überseeischen Zentren führt.
Entwicklung soll bdeuten: Gleichberechtigte unabhängige Verwirklichung der materiellen, kulturellen, politischen und sozialen Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten. Entwicklungshilfe im Dienste deutscher Exportinteressen bewirkt das Gegenteil: Sie schafft neue Abhängigkeiten und Strukturen der Unfreiheit.
Trotzdem möchte sich der Bundeskongreß ausdrücklich mit den in staatlichen, kirchlichen und privaten Institutionen engagierten Mitarbeitern solidarisieren, die sich um Alternativen zur herkömmlichen Entwicklungspolitik bemühen und Selbsthilfeprojekte und Befreiungsanstrengungen der Betroffenen unterstützen. Wir warnen jedoch davor, diese wenigen Initiativen als Vorzeigeobjekte gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit auszuschlachten und damit die ungleich massivere Ausbeutung der Dritten Welt an Rohstoffen und Arbeitskräften zu verschleiern.

Angenommen bei 5 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

RESOLUTION 3: Kampuchea

Antragsteller: AG „Gewalt und Befreiung am Beispiel Kampuchea"

In Kampuchea sind gegenwärtig Hunderttausende von Menschen vom Hungertod bedroht. Diese Menschen müssen auf allen Wegen, die eine wirkliche Hilfe für die Betroffenen sicherstellen, unterstützt werden. Allerdings reicht eine humanitäre Hilfe allein nicht aus: Der zur Zeit in Kampuchea tobende Krieg ist die Ursache für das drohende Massensterben: Eine Voraussetzung für die Beendigung dieses Krieges ist der Abzug de vietnamesischen Truppen von kampucheanischen Boden.
Die auf dem 3. Bundeskongreß versammelten Aktionsgruppen unterstützen deshalb nicht nur alle humanitären Bemühungen, die zur Verhinderung eines Massensterbens des kampucheanischen Volkes geeignet sind, sondern fordern gleichzeitig den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und die Herstellung des Rechtes auf Selbstbestimmung des kampucheanischen Volkes.

Angenommen bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen.



RESOLUTION 4: Mayas in Guatemala/I

Antragsteller: Maya International, Bonn

In Anbetracht der Tatsache, daß
- zwei Drittel der Bevölkerung Guatemalas Indianer (Mayas) sind
- diese (indianische) Bevölkerungsmehrheit seit ihrer Unterwerfung vor 450 Jahren weder das Recht auf Selbstbestimmung erhalten hat noch an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt ist, also bis auf den heutigen Tag unter der gleichen Abhängigkeit steht wie die Schwarzen in Südafrika
- die Indianer in Guatemala infolge Landraubs und unzureichender Löhne von einer Hungerkatastrophe bedroht werden
- sie zu 90 % Analphabeten sind
- jeder Versuch einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation der Indianer mit blutigem Terror durch die Militärdiktatur und ihr nahestehenden Femegruppen unterdrückt wird (allein im letzten Jahr wurden über 100 Kekchi-Mayas, darunter Frauen und Kinder, von guatemaltekischen Streitkräften ermordet, weil sie dagegen demonstrierten, daß man sie von ihrem Land vertrieb).

rufen wir
- die Bundesregierung
- die Vereinten Nationen
- die Medien und
- die Öffentlichkeit

auf, sich dafür einzusetzen, politische Sanktionen und wirtschaftlichen Boykott gegen die Regierung in Guatemala zu verhängen, solange sie nicht freie Wahlen zuläßt und die Diskriminierung der Indianer aufhebt.

Angenommen ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen.

RESOLUTION 5: Mayas in Guatemala/II

Antragsteller: Maya International, Bonn

In Anbetracht der Tatsache, daß
- das Massaker in Guatemala, dem am 29. Mai 1978 über 100 Indianer, darunter Frauen und Kinder, zum Opfer fielen, mit Waffen verübt wurde, die aus Israel stammen
- ein Vertrag zwischen Israel und der guatemaltekischen Regierung besteht, der die Ausrüstung der Armee und Luftwaffe Guatemalas mit israelischen Waffen vorsieht
- die Streitkräfte in Guatemala keine andere Funktion haben, als den Status kolonialer Ausbeutung, unter dem das gualtemaltekische Volk, insbesondere die Indianer, die Mehrheit des Volkes, leidet, aufrechtzuerhalten
- die USA, die bisher die Diktaturen in Guatemala mit Waffen versorgte, aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen in Guatemala (die Zahl der politischen Morde ist hier inzwischen auf 70 000 angestiegen) ihre Militärhilfe eingestellt hat
- Israel auch in anderen Ländern Lateinamerikas, namentlich in Nikaragua (unter Somoza) und El Salvador (unter der Diktatur Romero), repressive Militärregime mit Waffengewalt unterstützt

rufen wir
- die Bundesregierung
- die Vereinten Nationen
- die Medien und
- die Öffentlichkeit

auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit sie nicht weiterhin ungehindert das Emanzipationsstreben unterdrückter Völker erschwert.

Angenommen ohne Gegenstimme bei neun Enthaltungen.

Da es immer weniger gelingt, Leute zu traditionellen Solidaritätsveranstaltungen wie Diskussionen oder Referaten von Vertretern der Befreiungsbewegungen zu mobilisieren, haben wir — der Arbeitskreis südliches Afrika der Aktion Dritte Welt und das Süd-Nord-Forum Freiburg — eine „neue alte" Form der politischen Agitation wiederentdeckt: das Theater. Der Erfolg bestätigt uns: Zu der Aufführung des südafrikanischen Stückes »Sizwe Bansi ist tot«, vorgetragen von der freien Theatergruppe Martin Lüttge, kamen Ende September über 300 Besucher. Außer den „gestandenen Antiimperialisten", die auf jeder Veranstaltung zu dem Thema „Dritte Welt" wiederzutreffen sind, waren es diesmal auffallend viele Schüler und Lehrer — gekommen um ein gutes Theaterstück zu sehen.

Sizwe Bansi ist tot

Dieses Stück entstammt der südafrikanischen „Schwarzen Bewußtseinsbewegung". Der Kampf gegen die Unwissenheit und für die Selbstachtung der Schwarzen kommt in ihm deutlich zum Ausdruck. Hier eine kurze Inhaltsangabe:

Es geht um drei Afrikaner (gespielt von zwei Schauspielern, Martin Lüttge in einer Doppelrolle), die ihren schwierigen Alltag mit viel Witz und Mut bewältigen.
Im ersten Teil des Stückes erzählt »Styles«, Fotograf, auf zwerchfellerschütternder Weise, wie er es geschafft hat, der Besitzer seines kleinen Ateliers zu werden. Gegen Bürokratismus, Schmutz und vor allen Dingen gegen die riesigen Kakerlaken erfindet er immer neue komische Listen. Schließlich unterbricht ein Kunde seine Ausführungen, »Robert Zwelinzima« alias »Sizwe Bansi« tritt auf. Sizwe erzählt in einem Brief an seine Frau, die in einem „Homeland" zurückgeblieben ist und vier Kinder zu versorgen hat, was er in der Stadt Port Elizabeth erlebt: Er hat keine Arbeit, weil er keine Arbeitserlaubnis besitzt. Außerdem hat er nach einer Razzia einen Stempel in „seinen" Paß gedrückt bekommen, der ihn verplichtet, sofort in seinen Heimatort Kingwilliamstown zurückzukehren. Er kann aber nicht zurückgehen, weil es im Homeland keine Arbeitsmöglichkeit gibt. So findet er erst einmal Unterschlupf bei Buntu. Im Gespräch mit Buntu, der wie Styles von Martin Lüttge gespielt wird, wird Sizwe seine Aussichtslosigkeit erst völlig bewußt. Er muß in der Stadt bleiben, weil seine Familie nicht genügend zum Überleben hat, er wird aber keine Arbeit erhalten, da seine Papiere — „das Buch" — nicht in Ordnung sind.

Sizwe: Kann ich nicht das Buch verbrennen und mir ein neues besorgen?
Buntu: Das Buch verbrennen? Mach dir nichts vor, Sizwe! Aber nehmen wir an, du machst das. Du mußt sofort ein neues beantragen. Stimmts? Und bis das neue da ist, sieh zu, daß die Polizei dich nicht anhält und dein Buch sehen will. Sofort vor Gericht, Brude. Anklage: Zeigt Ausweisbuch auf Verlangen nicht vor. Fünf Rand oder fünf Tage. Schließlich kriegst du das neue Buch. Hin zum Arbeitsamt wegen des Stempels ... du mußt den Vermerk haben: Arbeitserlaubnis für diese Zone. Der Weqße auf dem Arbeitsamt nimmt das Buch, sieht es sich an — dich sieht er nicht an! — geht zu der großen Maschine und gibt deine Nummer ein ... (Buntu führt vor, wie eine Nummer in einen Computer eigegeben wird) ... Karte springt raus, er ließt: „Sizwe Bansi. Erlaubnis für Kingwilliamstown ..." Nimmt dein Buch, holt den Stempel und schon ist er wieder drin. Also verbrennst du das Buch oder wirfst es weg und besorgst dir ein neues. Selbe Sache passiert. (Buntu füttert den Computer, die Karte springt heraus) „Sizwe Bansi. Erlaubnis für Kingwilliamstown ..." Und der Stempel ist zum dritten Mal drin ... Aber diesmal bist du auch drin, im Einsatzwagen und ab ins Büro des Inlandkommissars; Karte um den Hals mit deiner Nummer drauf; Geleitschutz auf beiden Seiten und zurück nach Kingwilliamstown. Die Bahnfahrt lassen sie dich auch bezahlen!"

Auf dem Nachhauseweg nach einem feuchtfröhlichen Abend im „Himmel", wie die Bar sinnigerweise heißt, entdecken sie eine Leiche, deren „Buch" in Ordnung ist. Sizwe nimmt schließlich — nach langen gutvorgetragenen Bedenken — den Paß des toten Robert Zwelinzima an sich. Sizwe Bansi ist tot.

Buch: Athol Fugard, John Kani, Winston Ntshona, Sizwe Bansi ist tot, Fischer Verlag, Frankfurt 1979, 9,80 DM
Theateraufführung: Theaterhof Priessental, Regie: Regine Vergeen, Schauspieler: Martin Lüttge und Michael Leye. Theaterhof Priesental e.V., 8263 Burghausen, Tel. 08677/5585



Weitere Theaterstücke von den gleichen Autoren, die schon auf verschiedenen deutschsprachigen Bühnen gespielt wurden, sind: „Die Insel" und „Aussagen nach einer Verhaftung auf Grund des Gesetzes gegen die Unsittlichkeit".

Die Insel

Ein weiteres 2-Personen-Stück, das die südafrikanische Realität deutlich macht, ist „Die Insel" von den gleichen Autoren. Zwei Gefangene John und Winston befinden sich in einer Zelle auf der Insel — die Insel ist das Synomonym für Robben Island, einer Gefangeneninsel in Südafrika, wo viele schwarze Südafrikaner inhaftiert sind. Die Szenen machen die Hoffnungen und Ängste der Gefangenen deutlich.

In der ersten Szene sind John und Winston am Abend eines Tages erschwerter und grotesker Arbeitsbedingungen verletzt in ihrer Zelle — jeder füllte abwechselnd eine Schubkarre und schob sie dann mit großer Anstrengung, um sie an der Stelle zu entleeren, wo der andere gräbt —. Sie geraten in Streit, weil Winston seine Rolle eines Stückes, das beide gemeinsam bei einer Feier aufführen wollen, nicht richtig lernt und lernen will. Es handelt sich um das Stück „Antigone" von Sophokles. In dieser griechischen Tragödie wird Antigone vom König Kreon zum Tode verurteilt, weil sie ihren Bruder Polyneikes, der als Rebell im Kampf gefallen ist, gegen das Gesetz, gegen das ausdrückliche Verbot Kreons

begraben hat. Dieses „Stück im Stück", das in der letzten Szene aufgeführt wird, zeigt deutlich die Situation der auf Robben Island verbannten Gefangenen, die moralisch im Recht gegen das geschriebene Recht der Mächtigen, der weißen Herrschenden, verstoßen haben.

Die Hoffnung der Gefangenen wird deutlich in der zweiten und dritten Szene. John ist in einem Wiederaufnahmeverfahren zu geringerer Strafe verurteilt worden und hat nur noch drei Monate auf der Insel abzusitzen. Die Erinnerung an ihre unmenschliche Behandlung wird reflektiert und gleichzeitig die an ihre Verwandten und Freunde in Freiheit. Winston führt John vor Augen, was ihm in den nächsten drei Monaten wiederfahren wird, um dann verzweifelt feststellen zu müssen, daß er selbst lebenslang im Knast bleiben muß.

In der letzen Szene wird „Antigone" gespielt von John und Winston aufgeführt.
John, als Kreon verkleidet:
Ihr habt die Beweisaufnahme gehört. Unnötig jetzt, die Zeugen des Staates zu rufen, die über jeden vernünftigen Zweifel hinaus beweisen würden, daß die Angeklagte schuldig ist. Im übrigen liegt es nicht im Interesse des Staates, die Identität dieser Zeugen preiszugeben. Da war ein Gesetz. Das Gesetz wurde gebrochen. Das Gesetz bestimmt die Strafe. Meine Hände sind gebunden. Bringt sie von dort, wo sie steht, hin zur Insel. Dort mauert sie ein in eine Zelle lebenslänglich und gebt ihr genügend Nahrung, daß uns ihr Blut nicht beflecke.
Winston (zum Publikum)
Brüder und Schwestern des Landes! Ich begebe mich jetzt auf meine letzte Reise. Ich muß für immer aus dem Licht des Tages gehen, hin zur Insel, fremd, kalt, verloren zwischen Leben und Tod. Und so in mein Grab, mein ewiges Gefängnis, lebendig verurteilt zu einsamem Tod.
(Reißt sich die Perücke herunter und steht dem Publikum als Winston, nicht Antigone gegenüber)
Götter unserer Väter. Mein Land. Meine Heimat. Die Zeit wartet nicht mehr. Ich geh jetzt in meinen lebendigen Tod, denn ich ehrte die Dinge, denen Ehre zukommt.

Das Stück endet, wie es begann. Sie legen ihre Hände aneinander und stellen ihr rechtes und Bein zusammen, um Handschellen bzw. Fußschellen anzudeuten. Sie beginnen dreibeinig zu rennen. Die Sirene heult. Das Licht wird schwächer bis zum Black-out.



Einen weitereren Aspekt der Apatheidsgesetze macht das Stück **Aussagen nach einer Verhaftung auf Grund des Gesetzes gegen Unsittlichkeit** deutlich.
Dieses Gesetz, den „Reformen" der Apartheid dieses Jahr zum Opfer gefallen, verbot den sexuellen Kontakt von schwarzen Männern und weißen Frauen. Auch wenn der Rahmen der Handlung — beide werden einander nackt umarmend von der Polizeit entdeckt — durch Gesetzesreformen verändert hat, bleibt dieses Stück lesens- und besonders sehenswert. In der Liebensbeziehung zwischen den schwarzen Lehrer und der weißen Bibliotekarin wird deutlich, wie kulturell verschieden beide Welten geprägt sind, wie unterschiedlich die Probleme sind. In der schwarzen Vorstadt, aus der er kommt, gibt es kein Wasser mehr. Sie bietet ihm Wasser an ohne zu merken, daß sie schon damit in die Gestik der weißen Herrenmenschen gerutscht ist. Der schwarze Mann kann kein gleichberechtigter Partner einer weißen Frau sein, jedenfalls nicht im kulturellen Zusammenhang Südafrikas, diese Aussage Fugards bleibt auch heute nocht aktuell.

Alle drei Stücke sind in dem Buch: Athol Fugard/John Kani/Winston Ntshona Aussagen erschienen, Frankfurt/M. 1979, Fischer-Taschenbuch-Nr. 7051, Preis 9,80 DM.

Die Aktion zum Jahr des Kindes

Einige Eindrücke zum „Entwicklungspädagogischen Workshop: Dritte Welt in Schule und Jugendarbeit" vom 31.8.—2.9. in Essen

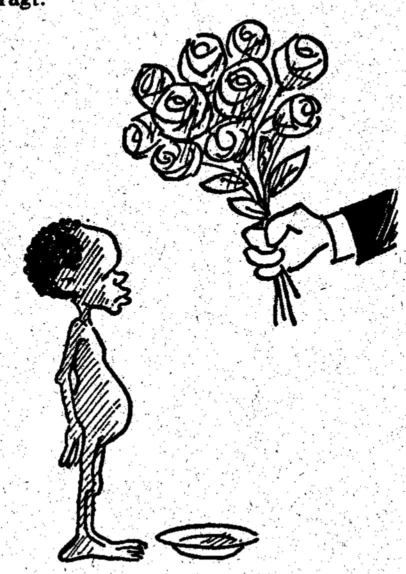
veranstaltet von der Nationalen Kommission für das Internationale Jahre des Kindes mit finanzieller Unterstützung von BMZ, Deutsche Unesco-Kommission, Brot für die Welt, Misereor, GEW u.a.

„Workshop, dacht ich, hört sich locker an, so als könne man dort Leute treffen, die ähnlich wie ich arbeiten, mit ihnen sien Erfahrungen austauschen, aber auch etwas dazulernen durch konkretes Tun. Auch Leute, deren „Produkte" ich kannte, wollte ich gerne kennenlernen und mich mit ihnen austauschen. Was ich dann antrag, waren ein Haufen Leute, die es sehr wichtig hatten, die sehr geschäftig waren und die ihre Forschungsergebnisse zur Schau tragen wollten. Leute, die hocherhobenen Hauptes durch die Menge schritten und von denen man den Eindruck hatte, als müßten sie ständig etwas von ihrer kostbaren Weisheit unters Volk streuen.

Besonders unangenehm ist mir dabei der Leiter der Podiumsdiskussion aufgefallen. Er ließ kein Gelegenheit aus, zu betonen, was er schon alles publiziert habe. Anstatt die Redebeiträge zu strukturieren und den Vorsitzenden der GEW Herrn Frister, der sich durch unternehmerfreundliche Aussagen auszeichnete, zu möglichst präzisen, betrieb er ständig Selbstbeweihräucherung.
Neben solchen — vor allem Herren — gab es dann das niedere Volk, das meist als Lehrer oder Mitglied einer Aktionsgruppe in der direkten Vermittlungsarbeit stand. Kontakt zu solchen Leuten war mit wesentlich wichtiger als der zu den sogenannten Experten. Genau das war aber auf dieser Art von Tagung nur sehr schwer möglich, da die Zahl der Teilnehmer zu groß war (ca. 250 Teilnehmer) und das Programm viel zu dicht gedrängt war.
Am Samstag war der Tag der Arbeitskreise, bei denen man — das soll keineswegs unter den Tisch gekehrt werden — wertvolle Anregungen bekommen konnte. Doch da von 9.00—18.00 Uhr mit halbstündiger Unterbrechung für einen 13,— DM kostenden Bohneneintopf (das BMZ hat's ja zum

Glück bezahlt) getagt wurde, boten sich so gut wie keine Möglichkeiten für informelle Kontakte. Das Angebot war übergroß (11 Arbeitskreise mit ca. 33 verschiedenen Projekten, Medien und Arbeitskreisen) und machte mich in dieser Fülle auch etwas hilflos.
Bestimmt habe ich auf dieser Tagung Anregungen bekommen und auch einige nette Leute getroffen, doch der Nutzen, den ich daraus für mich und meine/unsere Arbeit gezogen habe, steht in keinem Verhältnis zum Aufwand.
Die Größe der Tagung machte es zwar möglich, viel zu bieten, doch ich wurde die ganze Zeit den Verdacht nicht los, daß sie eine sehr starke Alibi-Funktion hatte. „Man" tut etwas zum Jahr des Kindes und zwar mehr als nur Festtagsreden halten. Wenn man bedenkt, daß das eine der kostspieligsten Aktionen zum Jahr des Kindes war, fragt man sich, ob nicht auch mit geringerem Aufwand mehr Effekt hätte erzielt werden können. Auch wenn in einigen Arbeitskreisen gute Diskussionen zustande kamen, so lähmte mich das Desengagement einiger Dritte-Welt-Profis, für die das ein Thema ist, wie jedes andere auch, das man vermarkten kann, d.h. worüber man sich diplomieren, promovieren oder habilitieren kann. Politisches Engagement oder eigene Vermittlungsarbeit ist diesen Leuten fremd. Zugegeben, der Vorwurd ist hart und trifft wahrscheinlich nur einen geringen Teil der Teilnehmer, doch hatten sie eher die leitenden Fuktionen auf der Tagung inne und dadurch schon eine ziemliche Bedeutung.

Sehr störend für die Atmosphäre war der Gesamtrahmen: Untergebracht waren wir in teuren und luxuriösen Hotelzimmern und im Saalbau zu Essen gings ebenfalls sehr vornehm her. Die Kellner weißbefrackt bedienten, die immer durstigen Teilnehmer — die Luft war unerträglich trocken und stickig — mit Coca-Cola für 2,50 DM pro 0,2 l. Das sind vielleicht nur unangenehme kleine Randerscheinungen, doch das persönliche Wohlbefinden, die Arbeitsbereitschaft und die Aufnahmefähigkeit werden entscheidend durch solche Dinge geprägt.



Mehrere kleine Tagungen auf regionaler Ebene mit weniger Pomp und geringerem finanziellen Aufwand hätten zwar weniger Publicity gebracht, hätten aber für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der BRD vermutlich weitgehendere Wirkungen gehabt. hiwe

IN EIGENER SACHE

Viele Artikel erreichen jede Woche die Redaktion der „blätter". Um die bisweilen chaotische Papierflut für uns zu ordnen und uns die Arbeit zu erleichtern, möchten wir einige Hinweise für die äußere Form der Artikel geben. Zur Erläuterung geben wir zunächst eine kurze Beschreibung, wie mit eingehenden Artikeln in der Redaktion verfahren wird.
Die neu eingetroffenen Artikel werden einmal wöchentlich von einer Redaktionsgruppe gesichtet und (aus-)sortiert; die diskussionswürdigen Artikel werden in einem „Leseordner" abgeheftet. Dieser Ordner ist jedem Mitarbeiter zugänglich, jeder der eingegangenen Artikel wird mindestens von drei (eingeteilten) Redaktionsmitgliedern gelesen, die der Redaktionskonferenz Bericht erstatten. Aufgrund der anschliessenden Diskussion wird ein Artikel dann entweder zum Abdruck freigegeben, aufgeschoben, dem Verfasser oder einen Mitarbeiter zur Überarbeitung gegeben, oder auch abgelehnt. Überarbeitete Artikel kommen dann wieder in den Leseordner usw. .

Die Arbeit der Redaktion wird durch die oft unzweckmäßige äußere Form der Artikel unnötig erschwert; deswegen die folgenden Hinweise:
1. **Was schicken?** Bitte schickt uns keine Diplomarbeiten oder Dissertationen etc. mit dem Hinweis, daß wir uns selber das Interessante daraus herauspicken sollen. Wenn Ihr Thesen oder Erkenntnisse Eurer Arbeit für wichtig haltet, dann faßt sie kurz zu einem Artikel zusammen; das fällt dem Autor wesentlich leichter als einem Redaktionsmitglied.

2. Legt dem Artikel, falls verfügbar, reproduzierbare Fotos (schwarz-weiß) bei. Das erleichtert und verbessert das lay-out.

3. Äußere Form: (zwölf goldene Regeln)

1. Gebt auf der ersten Seite Eures Artikels Eure Korrespondenzadresse inclusive Telefonnummer an, um Rückfragen zu erleichtern. Gebt bitte auch an, ob und wo der Artikel schon veröffentlicht wurde.

2. Beschreibt die Manuskriptseiten nur einseitig (bitte kein Makulaturpapier verwenden), das ermöglicht es uns, die Seiten zu zerschneiden und später leichter ergänzt, gekürzt oder korrigiert werden. Aus dem gleichen Grund: schickt uns die Arbeit auf normalem Schreibmaschinen- oder akzeptablen Fotokopier-Papier; Durchschläge oder schlechte Fotokopien könnt Ihr selber behalten.

3. Laßt zwischen den Zeilen mindestens 1-1/2 Zeilen Abstand, so daß man über der Zeile noch fehlende Worte oder Buchstaben ergänzen kann. (Solche Korrekturen aber nur im Notfall und in kleinem Umfang anbringen; wenn man zuviel zwischen den Zeilen lesen muß, wird das Lesen zum Verwirrspiel.)

4. Laßt links etwa 1/3 Rand und schreibt ca. 50 Anschläge pro Zeile; das ermöglicht uns: erstens die Länge des Artikels abzuschätzen, zweitens den Artikel abzuheften und drittens an den Rand Anmerkungen zu schreiben sowie dem Setzer Hinweise zu geben.

5. Bitte numeriert die einzelnen Seiten oben und unten Hinweis, daß noch eine Seite folgt). So wird vermieden, daß ein Teil aus Versehen weggelassen wird.

6. Bitte verwendet möglichst wenig Abkürzungen (Abk.). Verwendet im Mansukript (Msk.) nur Abk., die später auch gedruckt werden sollen. (z.B. sind die Abk. „z.B." oder „BRD" oder „UNO" erlaubt, nicht aber „Abk." für „Abkürzung", „Msk." für „Manuskript", „innenpol." für „innenpolitisch" oder „EL" für „Entwicklungsland".

7. Gliedert den Artikel! Bildet Zwischenüberschriften, die einen Hinweis darauf geben, was im folgenden Abschnitt angesprochen wird.

8. Bildet bitte keine Sätze, durch deren Überlänge die Gefahr heraufbeschworen wird, daß das, was eingangs des Satzes gesagt wurde, im Verlauf des Lesens des Satzes in Vergessenheit gerät, so daß der Leser des Satzes, wenn er glücklich an dessen Ende gelangt ist (– falls es dazu überhaupt kommt!? –), so klug ist, wie wenn er den Satz erst gar nicht gelesen hätte. Kurz gesagt: Bildet kurze Sätze!

9. Bitte benutzt möglichst wenig Fremdwörter und wissenschaftliche Terminologie.

10. Bei wichtigen Broschüren, informativen Quellen etc. bitte die genaue Bezugsadresse angeben.

11. Korrigiert Eure Tipp- und sonstigen Fehler bitte selber (in Blockschrift). Wenn sich die Fehler häufen, müßt Ihr die Seite eben noch mal schreiben. Für den Redakteur ist es nervend, wenn er einen inhaltlich guten Artikel wegen der Unleserlichkeit oder wegen der vielen Fehler umschreiben und selber neu tippen muß. Fast alle Redaktionsmitglieder schreiben Schreibmaschine auch nur mit dem Ein-Finger-System („Adler-Suchsystem").

12. Bitte behaltet zur Sicherheit einen Durchschlag oder eine Kopie des Manuskripts.

4. Bedingungen der Mitarbeit:

Unsere Arbeit beruht auf der Basis der Freiwilligkeit. Für veröffentlichte Artikel gibt es deswegen kein Honorar. Die Redaktion behält sich kritische Stellungnahmen zu einzelnen Artikeln vor. Bei Änderungen des Artikels (Kürzungen, Einschüben, etc.) wird – wenn möglich – Rücksprache mit dem Verfasser gehalten.



Redakteure der „blätter..." beim Studium eingegangener Manuskripte

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Erich Fried: Vietnamesen ertrinken

Vor zehn Jahren schrieb ich über
Amerikas Taten
in einem Gedicht, das ich Aufzählung
nannte:
„Fünfhundertsiebenundsechzig alte
Männer und Kinder und Frauen
erschossen in einem Dorf,
das My Lai heißt oder Song My ...
und elfhundert Frauen und Kinder
aus einem Ort an der Küste
auf Dschunken ins Schlepptau ge-
nommen
und auf die See gebracht,
bis die Dschunken kenterten,
und dann die Taue durchschnitten,
und die noch schwammen,
mit Maschinenpistolen erledigt."

Heute kentern wieder Dschunken auf
hoher See...
Und alle Regierungen – die Vereinig-
ten Staaten,
China, Malaysia, Thailand,
Singapore, und so weiter,
und auch die Regierung Vietnams –
beteuern laut ihre Unschuld;
und eine Regierung gibt der anderen
die Schuld,
und die Menschen in ihren Booten
ertrinken noch immer genau so
wie vor zehn Jahren
die elfhundert Frauen und Kinder.

Wer ist schuld? –
Mein Freund Peter Weiß hat erklärt:
„Vietnam ist n i c h t schuld"
und hat viele Gründe gegeben.
Ich glaube fast alle,
aber g a n z überzeugt bin ich doch
nicht:
Niemand ist g a n z frei von Schuld
an diesen Ertrunkenen.

Sind also alle g l e i c h schuldig? –
Ich glaube, nicht. –
Die Vereinigten Staaten,
die Vietnam mit Sprühgift unfrucht-
bach machten
und Millionen zu Schwarzhändlern,
Dirnen, Verbrechern erzogen,
und die die viereinhalb Milliarden
Dollar,
die Henry Kissinger, der Friedens-
Nobelpreisträger,
für den Wiederaufbau versprach,
dann einfach nicht zahlten –
sollten die nicht schuldiger sein als
das neue Vietnam,
das ohne diese Hilfe soviel nicht be-
wältigen konnte?

Oder China,
das die lautesten Schimpfreden führt
und sich anschickt,
schon zum zweiten Mal Krieg gegen
Vietnam zu beginnen,
den es nennt: „Vietnam eine scharfe
Lektion erteilen!".
dieses China, das Vietnamesen chine-
sischer Sprache
verschreckt und zur Flucht aufge-
hetzt hat,
soll unschuldig sein?

Und wir in Europa,
die nur an die Flüchtlinge denken,
und nicht an das Unglück Vientams,
obwohl dieses halbe Europa
Amerika half in seinem Vietnamkrieg,
oder
sich n e u t r a l erklärte und
stillhielt,
wie steht es um u n s e r e Schuld?

Nein, schuldlos ist keiner,
und jeder, der sich selbst freispricht,
verklagt sich selbst: auch das Viet-
nam von heute
mit seiner Einstufung und Reglemen-
tierung von Menschen. –
Aber seine Schuld ist um vieles ge-
ringer
als die alte Schuld des Westens
und als die neue Schuld Chinas.

So wie es Spätheimkehrer gab nach
dem Krieg,
so gibt es auch späte Opfer –
und diese Frauen und Kinder,
die ertrinken
und deren Tod durch nichts ent-
schuldigt sein kann,
sind späte Opfer des alten Vietnam-
krieges und des Treubruchs
von Politikern, die Wiedergutma-
chung versprachen
und die ihr Versprechen
brachen
und die Wieder s c h l e c h t ma-
chung fördern,
die nicht dadurch gut gemacht wird,
daß wir jetzt Flüchtlingen helfen.